

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Schwarz und Deutsch

Robbie Aitken
BLACK GERMANY.
ZUR ENTSTEHUNG EINER
SCHWARZEN COMMUNITY
IN DEUTSCHLAND

Julia Roos
DIE „FARBIGEN
BESATZUNGSKINDER“
DER ZWEI WELTKRIEGE

Patrice G. Poutrus · Katharina Warda
OSTDEUTSCHE OF COLOR.
SCHWARZE GESCHICHTE(N)
DER DDR UND ERFAHRUNGEN
NACH DER DEUTSCHEN EINHEIT

*Joshua Kwesi Aikins · Teresa Bremberger ·
Daniel Gyamerah · Muna AnNisa Aikins*
AFROZENSUS.
INTERSEKTIONALE ANALYSEN
ZU ANTI-SCHWARZEM
RASSISMUS IN DEUTSCHLAND

Mahret Ifeoma Kupka
SCHWARZE KÖRPER
IN WEIßEN KUNSTRÄUMEN

Ijoma Mangold
DIE RENAISSANCE
DER HAUTFARBE.
EIN GESPRÄCH

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Schwarz und Deutsch

APuZ 12/2022

ROBBIE AITKEN

BLACK GERMANY. ZUR ENTSTEHUNG EINER SCHWARZEN COMMUNITY IN DEUTSCHLAND

Die Präsenz Schwarzer Menschen im deutschsprachigen Raum lässt sich bis ins Mittelalter zurückverfolgen. Spätestens mit dem Kaiserreich wurde die Schwarze Community größer und sichtbarer. Warum ist Deutschlands Schwarze Vergangenheit dennoch so unbekannt?

Seite 04–10

JULIA ROOS

DIE „FARBIGEN BESATZUNGSKINDER“ DER ZWEI WELTKRIEGE

Die Nachkommen alliierter Soldaten of Color mit weißen deutschen Frauen standen seit der Zwischenkriegszeit im Fokus rassistischer Propagandakampagnen. Deren Auswirkungen spürten Schwarze Deutsche auch in der frühen Bundesrepublik.

Seite 11–18

PATRICE G. POUTRUS · KATHARINA WARD

OSTDEUTSCHE OF COLOR. SCHWARZE GESCHICHTE(N) UND ERFAHRUNGEN NACH DER DEUTSCHEN EINHEIT

Tausende Schwarze Menschen kamen zum Studieren, Arbeiten oder als Asylsuchende in die DDR. In ihrem Alltag erlebten sie oftmals eine Diskrepanz zwischen antirassistischer Symbolpolitik und realer Diskriminierung, bis hin zu Gewalttaten, die auch die 1990er Jahre prägten.

Seite 19–25

JOSHUA KWESI AIKINS · TERESA BREMBERGER ·

DANIEL GYAMERAH · MUNA ANNISA AIKINS
AFROZENSUS. INTERSEKTIONALE ANALYSEN ZU ANTI-SCHWARZEM RASSISMUS IN DEUTSCHLAND

Der Afrozensus, die erste umfassende Studie zu Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Lebensrealitäten in Deutschland, zeichnet Muster des Anti-Schwarzen Rassismus nach und zeigt, wie diese in verschiedenen Lebensbereichen zusammenwirken.

Seite 26–34

MAHRET IFEOMA KUPKA

SCHWARZE KÖRPER IN WEIßEN KUNSTRÄUMEN

Schwarze deutsche Künstlerinnen und Künstler organisieren sich seit Jahrzehnten. Heute stellen sie vermehrt die Produktions- und Ausschlussmechanismen des Kulturbetriebs infrage. Indes verändern sich Institutionen wie Buchmessen, Theater und Museen nur langsam.

Seite 35–41

IJOMA MANGOLD

DIE RENAISSANCE DER HAUTFARBE. EIN GESPRÄCH

Ijoma Mangold ist Autor, Literaturkritiker und kulturpolitischer Korrespondent der Wochenzeitung „Die Zeit“. Im Interview spricht er über seine Kindheit in Heidelberg, über Identität und Zugehörigkeit sowie über heutige antirassistische Diskurse.

Seite 42–46

EDITORIAL

Heute leben rund eine Million Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen in Deutschland, ihre Familien teils seit mehreren Generationen. Dennoch werden viele auch heute noch regelmäßig mit Fragen nach ihrer „eigentlichen“ Herkunft konfrontiert. Schwarz und Deutsch zu sein ist auch 2022 keine Selbstverständlichkeit. Die Zuschreibung von Fremdheit weist historische Kontinuitäten auf. An den Höfen der deutschen Feudalaristokratie in der Frühen Neuzeit galten Schwarze Bedienstete als exotische Statussymbole. Im Kaiserreich kamen vermehrt Menschen aus den Kolonien, und erste Schwarze Communities wurden in deutschen Städten sichtbar. Doch wiederholte rassistische Propagandakampagnen, insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg, gipfelten schließlich in der Vertreibung, Zwangssterilisierung und Ermordung Schwarzer Menschen im Nationalsozialismus.

Die Erinnerung an die Existenz einer Schwarzen deutschen Community verblasste bald nach 1945. In der Phase der Zweistaatlichkeit erlebten Schwarze Deutsche – etwa die Kinder von Besatzungssoldaten in der Bundesrepublik oder Schwarze Vertragsarbeiter und Studierende in der DDR – wieder Ausgrenzung und rassistische Übergriffe. In den 1980er Jahren wurden afrodeutsche Stimmen lauter, und Selbstorganisationen wie die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) wurden gegründet. Dennoch blieb Deutschlands Schwarze Vergangenheit weitgehend unbekannt und eine Auseinandersetzung mit Anti-Schwarzem Rassismus lange aus.

In den vergangenen Jahren ist – auch durch die transnationale Bewegung Black Lives Matter – etwas aufgebrochen: Die Aufarbeitung deutscher Kolonialverbrechen wird mittlerweile vehement gefordert, ebenso die Beschäftigung mit den Lebensrealitäten Schwarzer Menschen in Deutschland. Gleichzeitig stößt der Kampf um Sichtbarkeit an diskursive Grenzen. Der Grat zwischen einem verantwortungsvollen Umgang mit der Vergangenheit und Respekt füreinander auf der einen Seite und einer dogmatischen Aufladung identitätspolitischer Debatten auf der anderen ist schmal.

Julia Günther

BLACK GERMANY

Zur Entstehung einer Schwarzen Community in Deutschland

Robbie Aitken

Geschätzt leben heute über eine Million Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland. Die Präsenz Schwarzer Menschen im deutschsprachigen Raum lässt sich bis ins Mittelalter zurückverfolgen. Seit geraumer Zeit dokumentieren Aktivistinnen und Aktivisten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die aktive Rolle, die Schwarze Menschen in der deutschen Geschichte über Jahrhunderte gespielt haben, und die Geschichte des europäischen Rassismus, der ihr Leben prägte.⁰¹ Dennoch werden die Beiträge Schwarzer Menschen zur deutschen Gesellschaft in den Geschichtsbüchern häufig ausgeklammert oder totgeschwiegen, und so bleiben viele Lücken in den vorhandenen historischen Aufzeichnungen. Dieser Beitrag bietet eine Einführung in die Geschichte(n) Schwarzer Menschen in Deutschland. Ausgehend vom mittelalterlichen Europa wenden wir uns zunächst dem 17. Jahrhundert zu, als die Zahl der Menschen afrikanischer Herkunft im deutschsprachigen Raum langsam zunahm. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt dann auf der Entwicklung einer beständigen Schwarzen Community in der Zeit von 1884 bis 1945.

VOM MITTELALTERLICHEN EUROPA BIS ZUR FRÜHEN NEUZEIT

Es gibt Belege dafür, dass sich bereits im Mittelalter Menschen afrikanischer Herkunft im deutschsprachigen Europa aufhielten. Insbesondere während der Herrschaft des Stauferkönigs Friedrichs II. als Kaiser des Heiligen Römischen Reiches (1220–1250) waren zahlreiche Schwarze Männer und Frauen an seinem kosmopolitischen Hof tätig.⁰² Sie wurden als Sklaven gekauft oder im Rahmen diplomatischer Beziehungen von muslimischen Würdenträgern geschenkt. Andere waren Untertanen des römisch-deutschen Reiches, das sich über weite Teile Mitteleuropas und des heutigen Italiens erstreckte und auch eine Ko-

lonie sizilianischer Muslime im süditalienischen Lucera umfasste, die sich dort im Exil befanden. Am Hof Friedrichs II. hatten Schwarze militärische Positionen inne, waren Unterhaltungskünstler und Bedienstete. Zu ihnen gehörte Johannes Morus, der zum persönlichen Kammerdiener des Kaisers aufstieg und auch in Lucera diente.⁰³ Der Kenntnisstand über ihr Leben und ihre Erfahrungen ist jedoch nach wie vor gering.

Während der Frühen Neuzeit traten afrikanische Pagen und Bedienstete an den Höfen der deutschen Feudalaristokratie und in den Haushalten der aufstrebenden bürgerlichen Handelsfamilien zunehmend als exotische Statussymbole in Erscheinung, ähnlich wie anderswo in Europa.⁰⁴ An größeren Fürstenhöfen durchliefen junge afrikanische Männer eine musikalische Ausbildung. Einige dienten als Musiker im Militär, eine Tradition, die bis ins 20. Jahrhundert fortgeführt wurde. Die meisten von ihnen waren ursprünglich als Sklaven gekauft worden, und es war nicht unüblich, dass Schwarze Jugendliche unter den Mitgliedern der europäischen Königshäuser als Geschenke ausgetauscht wurden. Trotz der stark hierarchischen Ordnung des Lebens am Hof gab es Möglichkeiten der Integration und des sozialen Aufstiegs. Im 18. Jahrhundert wurden Afrikaner auch an die Höfe deutscher Fürsten gebracht, um dort einen Beruf zu erlernen oder im Geiste der Aufklärung eine Ausbildung zu erhalten. Seit dieser Zeit ist auch belegt, dass Schwarze Menschen in deutschen Städten etwa als Hafendarbeiter, fahrende Künstler oder Prostituierte arbeiteten.

Zu den wenigen Personen dieser Zeit, deren Lebensläufe relativ gut dokumentiert sind, gehören der ghanaische Philosoph Anton Wilhelm Amo (ca. 1703–1759), der den Herzögen von Braunschweig-Wolfenbüttel geschenkt worden war und später an den Universitäten Halle und Jena lehrte, der gut vernetzte Wiener Höfling und Freimaurer Angelo Soliman (Mmadi Maki, ca. 1721–1796) und die Ostafrikanerin Machbu-

ba (ca. 1825–1840), die als Jugendliche von Hermann von Pückler-Muskau als Sklavin gekauft und nach Europa gebracht wurde. Sie starb 1840 in Muskau, Sachsen.⁰⁵ Doch erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts stieg die Zahl der Männer und Frauen afrikanischer Herkunft, die sich in Deutschland aufhielten, deutlich an – der Beginn einer kontinuierlichen Präsenz Schwarzer Menschen in Deutschland.

WACHSENDE SICHTBARKEIT IM KAISERREICH

Die Entwicklung einer dauerhaften – zwar kleinen, aber sichtbaren – Schwarzen Community in Deutschland war eine unvorhergesehene Folge des europäischen Imperialismus und der frühen Globalisierung. Diese Prozesse schufen Wege und Transportverbindungen, die es Schwarzen Männern und Frauen aus unterschiedlichen Gegenden erst ermöglichten, nach Europa und nach Deutschland zu gelangen. Zwischen 1884, den Anfängen des deutschen Kolonialreichs in Afrika, und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 hielten sich mehrere tausend Menschen afrikanischer Herkunft aus fast allen Regionen Afrikas sowie aus der Karibik, Südamerika und den Vereinigten Staaten in Deutschland auf. Insbesondere die regelmäßigen und direkten Schiffsverbindungen zu den neuen deutschen Kolonien erleichterten die Zuwanderung, vor allem aus Kamerun, aber auch aus Togo und dem damaligen

Deutsch-Ostafrika, das Teile der heutigen Staaten Tansania, Burundi, Ruanda und kurzzeitig Sansibar umfasste, sowie in geringerem Umfang aus dem damaligen Deutsch-Südwestafrika auf dem Gebiet des heutigen Namibia.

Vor 1914 waren die Lebenswirklichkeiten Schwarzer Menschen in Deutschland alles andere als einheitlich, doch lassen sich durchaus einige allgemeine Aussagen treffen.⁰⁶ Erstens waren Schwarze überall im deutschen Kaiserreich zu finden, in Ortschaften und Dörfern genauso wie in größeren Städten. Dies lag zum Teil daran, dass diejenigen, die direkt am Kolonialprojekt beteiligt waren, in der Regel auch diejenigen waren, die Afrikaner nach Europa brachten – Missionare, Beamte, Militärs, Geschäftsleute und Zoo-Unternehmer. Diese lebten über das ganze Land verstreut. Zweitens handelte es sich in jener Zeit bei der Gruppe Schwarzer Menschen in Deutschland um eine junge, männlich dominierte Bevölkerung – nur sehr wenige Schwarze Frauen waren zu dieser Zeit in Deutschland. Dies ist auf die geschlechtsspezifische Struktur vieler afrikanischer Bevölkerungsgruppen zurückzuführen, die an dieser Migration beteiligt waren, und hängt auch mit den Routen zusammen, über die die Menschen nach Europa kamen.⁰⁷ Drittens handelte es sich bei der überwiegenden Mehrheit der Ankommenden um Durchreisende, eine Bevölkerung in ständiger Bewegung: Nur eine Minderheit betrachtete ihren Aufenthalt nicht als vorübergehend, und nur sehr wenige blieben über einen längeren Zeitraum.

Schwarze Menschen kamen auf den unterschiedlichsten Wegen und aus den unterschiedlichsten Gründen ins Kaiserreich. Einige waren von Zwang geprägt, andere ließen Handlungsspielraum und beruhten auf einer bewussten Entscheidung für die Reise. Zahlreiche Menschen, darunter auch viele Frauen und Kinder, wurden von Unternehmern als „Exponate“ für Menschen-Zoos nach Europa geholt, in denen sie zur Unterhaltung des weißen Publikums ihre vermeintliche „Eingeborenenkultur“ vorführen sollten. Solche Spektakel waren oft ein großes Geschäft, organisiert von Impresarios wie dem

01 Zu den wichtigsten Werken gehören: Katharina Oguntoye, *Eine afro-deutsche Geschichte. Zur Lebenssituation von Afrikanern in Deutschland von 1884 bis 1950*, Berlin 1997; Paulette Reed-Anderson, *Eine Geschichte von mehr als 100 Jahren. Die Anfänge der afrikanischen Diaspora in Berlin*, Berlin 1995; Peter Martin, *Schwarze Teufel, edle Mohren. Afrikaner in Geschichte und Bewußtsein der Deutschen*, Hamburg 2001.

02 Vgl. Paul H. D. Kaplan, *Black Africans in Hohenstaufen Iconography*, in: *Gesta* 26/1987, S. 29–36; Rashid-S. Pegah, *Real and Imagined Africans in Baroque Court Divertissements*, in: Misha Honeck/Martin Klimke/Anne Kuhlmann-Smirnov (Hrsg.), *Germany and the Black Diaspora: Points of Contact, 1250–1914*, New York 2013, S. 74–91.

03 Vgl. Jeff Bowersox, *Johannes dictus Morus (d. 1254)*, www.blackcentraleurope.com/sources/1000-1500/johannesdictus-morus-d-1254/.

04 Vgl. Anne Kuhlmann-Smirnov, *Schwarze Europäer im Alten Reich: Handel, Migration, Hof*, Göttingen 2013.

05 Vgl. Stephen Menn/Justin Smith (Hrsg.), Anton Wilhelm Amo's *Philosophical Dissertations on Mind and Body*, New York 2020; Philipp Blom/Wolfgang Kos (Hrsg.), *Angelo Soliman – Ein Afrikaner in Wien*, Wien 2011.

06 Vgl. Robbie Aitken, *A Transient Presence: Black Visitors and Sojourners in Imperial Germany, 1884–1914*, in: *Immigrants and Minorities* 34/2016, S. 233–253.

07 Dieses Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen galt nicht im Fall der afroamerikanischen Künstlerinnen und Künstler, die nach Deutschland kamen.

Hamburger Zoodirektor und Völkerschauausrichter Carl Hagenbeck. Auch der deutsche Staat förderte beispielsweise die Berliner Kolonialausstellung von 1896, zu deren Anlass rund hundert Menschen aus den Kolonien in die Hauptstadt gebracht wurden, um die Öffentlichkeit für die deutschen Übersee-Ambitionen zu begeistern.⁰⁸ Noch einmal so viele junge afrikanische Männer trafen als Diener und Begleiter deutscher Kolonialfunktionäre, Missionare und Händler ein, die auf Heimaturlaub waren. Darüber hinaus wurden Dutzende afrikanische Männer angestellt, um am Hamburger Kolonialinstitut oder am Berliner Seminar für Orientalische Sprachen zukünftige deutsche Kolonisten in afrikanischen Sprachen und Sitten zu unterrichten.⁰⁹

Eine weitere treibende Kraft hinter den Migrationsbewegungen aus den Kolonien waren Teile der kolonisierten afrikanischen Gesellschaften selbst. Mitglieder der wohlhabenden kamerunischen und togolesischen Küstenelite etwa hatten die finanziellen Mittel (oder aber Sponsoren), um ihre Kinder, fast ausschließlich ihre Söhne, nach Deutschland zu schicken, damit sie dort ausgebildet wurden oder eine Lehre absolvierten. Familien wie die Bells und Akwas in Douala in Kamerun oder die Garbers und Lawsons in Aného in Togo erkannten in der Bildung einen Weg, über den sie Prestige und politischen Einfluss gewinnen konnten. Katholische und protestantische Missionsgesellschaften mit Sitz in den deutschen Kolonien waren ebenfalls daran beteiligt, junge Afrikaner in Deutschland für den künftigen religiösen Dienst auszubilden. Darüber hinaus traf in den deutschen Häfen, vor allem in Hamburg, eine Vielzahl Schwarzer Männer ein, die für die zunehmend international ausgerichtete deutsche Handelsflotte arbeiteten. Und bereits vor 1914 traten Schwarze Künstlerinnen und Künstler, vor allem aus den Vereinigten Staaten, in deutschen Städten auf.¹⁰

08 Vgl. Andrew Zimmerman, *Anthropology and Antihumanism in Imperial Germany*, Chicago 2001, S. 24–37.

09 Vgl. Aitken (Anm. 6), S. 240–243. Siehe auch Holger Stoecker, *Afrikanwissenschaft in Berlin von 1919 bis 1945. Zur Geschichte und Topographie eines wissenschaftlichen Netzwerkes*, Stuttgart 2008; Marianne Bechhaus-Gerst, *Kiswahili sprechende Afrikaner in Deutschland vor 1914*, in: *Afrikanistische Arbeitspapiere* 55/1998, S. 155–172.

10 Vgl. Jeff Bowersox, *Seeing Black: Foote's Afro-American Company and the Performance of Racial Uplift in Imperial Germany in 1891*, in: *German History* 38/2020, S. 387–413; Kira Thurman, *Singing Like Germans: Black Musicians in the Land of Bach, Beethoven, and Brahms*, Ithaca 2021.

Die deutschen Kolonialbehörden in Berlin und Afrika unterstützten zunächst die temporäre Einwanderung, insbesondere aus den Kolonien, solange dies als vorteilhaft für die Ziele des deutschen Imperialismus angesehen wurde. Eine dauerhafte Ansiedlung von Afrikanern war jedoch zu keinem Zeitpunkt beabsichtigt, und bereits in den 1890er Jahren wurden Migrationsbeschränkungen eingeführt, um die Zuwanderung aus den Kolonien zu kontrollieren und zu begrenzen. Die Begründung war, dass junge Afrikaner durch den Kontakt mit der europäischen Gesellschaft moralisch korrumpiert würden und sich nach ihrer Rückkehr nach Afrika nicht wieder in die strenge Rassenhierarchie des kolonialen Umfelds eingliedern wollten.¹¹

Der Erfolg dieser wie auch späterer Beschränkungen ist fraglich. Afrikaner aus den deutschen Kolonien erreichten Deutschland noch bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs in größerer Zahl. Die überwiegende Mehrheit von ihnen kehrte vor Beginn der Kampfhandlungen nach Hause zurück. Nichtsdestotrotz ließen sich einige Schwarze entweder aus freien Stücken oder aus der Not heraus längerfristig in Deutschland nieder, und so bildeten sich bereits vor 1914 in Städten wie Berlin, Hamburg und Hannover kleine Schwarze Communities.

WEIMARER REPUBLIK

Der Krieg und der anschließende Versailler Vertrag stellten eine Wende für die Schwarze Bevölkerung in Deutschland dar.¹² Die hohe Mobilität der Vorkriegszeit kam zum Erliegen und hinterließ nach 1918 eine viel kleinere, stabile und sesshafte Diaspora. Für die Dauer des Krieges saßen Schwarze Menschen, die sich eigentlich nur temporär in Deutschland aufgehalten hatten, im Land fest. Mehrere Männer aus den Kolonien kämpften für die deutsche Armee in Europa und wurden für ihre Verdienste im Krieg ausgezeichnet. Andere arbeiteten in Munitionsfabriken. Schwarze mit britischem oder französischem Pass wurden zum Teil als Kriegsgefangene inhaftiert.

11 Vgl. Robbie Aitken/Eve Rosenhaft, *Black Germany: The Making and Unmaking of a Diaspora Community, 1884–1960*, Cambridge 2013, S. 37–43, S. 60–62.

12 Während der Weimarer Zeit kamen etwa 600 bis 800 Kinder aus gemischten Beziehungen zwischen deutschen Frauen und den französischen Kolonialtruppen der Rheinlandbesetzung zur Welt. Siehe den Beitrag von Julia Roos in diesem Heft.

Mit Ausnahme von Deutsch-Ostafrika, wo die Kämpfe bis Ende 1918 andauerten, war das Deutsche Reich in Afrika bis 1916 praktisch zusammengebrochen. Im Rahmen des Friedensabkommens wurde Deutschland seiner Kolonien enteignet, was der kontinuierlichen Einwanderung aus den Kolonialgebieten und überhaupt der Immigration aus Afrika ein Ende setzte. Die deutschen Kolonien wurden unter zumeist französische und britische Mandate gestellt. Dies bedeutete auch, dass die mutmaßlich mehreren hundert Männer aus diesen Gebieten, die sich noch im Nachkriegsdeutschland befanden und den Großteil der Schwarzen Bevölkerung ausmachten, nun rechtlich den Mandatsmächten unterstanden. Für ihre Rückkehr nach Afrika benötigten sie also eine Erlaubnis der französischen oder der britischen Behörden. Beide Staaten zögerten jedoch, diese Verantwortung wahrzunehmen, und lehnten routinemäßig Anträge auf Rückkehr in die Heimat ab, sodass diese Männer in Deutschland strandeten und sich dort notgedrungen niederließen.¹³

Ihr rechtlicher Status war komplex: Vor dem Krieg waren sie nie deutsche Staatsbürger gewesen, sondern eher Untertanen mit begrenzten und unklaren Rechten. Nach dem Krieg wären sie am ehesten als staatenlos zu bezeichnen.¹⁴ Denjenigen, die die deutsche Staatsbürgerschaft beantragten, wurde fast ausnahmslos die Einbürgerung verweigert. In der Folge war es für sie alles andere als einfach, sich ein Leben in Deutschland aufzubauen. Die deutschen Behörden zeigten sich wenig begeistert, sich dieser Männer anzunehmen, und die Linie der Politik ihnen gegenüber war bis etwa 1939 von der Hoffnung geprägt, die verlorenen Kolonien zurückzugewinnen. Ihre Anwesenheit wurde geduldet, um negative Schlagzeilen in der internationalen Presse zu vermeiden. Dazu gehörte auch eine begrenzte finanzielle Unterstützung für arbeitslose Afrikaner.¹⁵ Das langfris-

tige Ziel blieb jedoch, die Rückkehr der Männer nach Afrika sicherzustellen.

Trotz dieser beträchtlichen Hindernisse konnten die Männer aus den ehemaligen Kolonien und anderen Regionen Afrikas, zusammen mit afroamerikanischen Männern aus den USA und der Karibik, in der Zwischenkriegszeit zunehmend Wurzeln in Deutschland schlagen. Es wurden Ehen geschlossen und Familien gegründet, obwohl die deutschen Behörden mitunter aktiv versuchten, gemischte Paare zu trennen. Angesichts des Ungleichgewichts zwischen den Geschlechtern unter den Schwarzen Einwohnern bedeutete Heirat meist, eine weiße Partnerin zu finden, und bis 1933 wurden mehrere Dutzend gemischte Ehen geschlossen.¹⁶ Aus diesen und nichtehelichen Beziehungen entwickelte sich eine neue Generation Schwarzer Deutscher. Diese afrodeutschen Familien waren Teil des größeren Wandels hin zu einer stabilen, dauerhaft ansässigen Schwarzen Community in der Zwischenkriegszeit. Doch nach den Bestimmungen des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts erbten sowohl die Ehefrauen als auch die Kinder der Männer aus den ehemaligen Kolonien deren faktische Staatenlosigkeit.¹⁷

Die meisten Schwarzen Einwohnerinnen und Einwohner zogen in die expandierenden, kosmopolitischen Metropolen Berlin und Hamburg, wo sie sowohl untereinander als auch für Außenstehende an Sichtbarkeit gewannen. Schon in der Vorkriegszeit, aber zunehmend in der Weimarer Republik, hatten gemeinsame Interessen, die geteilten Erfahrungen von Rassismus und Kolonialismus und die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen und sozialen Überlebens in Deutschland für Bindungen zwischen Schwarzen mit teils sehr unterschiedlichen Hintergründen gesorgt. Indem sie miteinander in Kontakt traten und informelle und formelle Netzwerke auf lokaler und nationaler Ebene aufbauten, entstand erstmals eine organisierte Gemeinschaft Schwarzer Menschen in Deutschland. Die Siedlungsmuster in Berlin und Hamburg sind ein Beleg für diese sich entwickelnde Community. Typischerweise konzentrierten sich die Schwarzen Bewohnerinnen und Bewohner auf einige wenige Gebiete, lebten und arbeiteten in un-

13 Vgl. Aitken/Rosenhaft (Anm. 11), Kapitel 2.

14 Zwischen 1884 und 1945 erhielten lediglich drei Familien die deutsche Staatsbürgerschaft. Vgl. Laura Frey/Robbie Aitken, „Appartenances coloniales“. Les répercussions du traité de Versailles sur le statut juridique des Allemands noirs et de leurs familles entre les deux guerres, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 2/2020, S. 365–380.

15 Vgl. Heiko Möhle, *Betreuung, Erfassung, Kontrolle – Die Deutsche Gesellschaft für Eingeborenenkunde*, in: Joachim Zeller/Ulrich van der Heyden (Hrsg.), *Kolonialmetropole Berlin*, Berlin 2002, S. 243–251.

16 Vgl. Aitken/Rosenhaft (Anm. 11), Kapitel 3.

17 Vgl. ebd., S. 94–102.



Schauspielerinnen und Schauspieler bei Dreharbeiten zum Spielfilm „Einbrecher“ von Hanns Schwarz in den Ufa-Ateliers Neubabelsberg, Potsdam, im Jahr 1930.

Quelle: Sammlung des Autors

mittelbarer Nähe zueinander und teilten sich manchmal Unterkünfte. Ein deutliches Zeichen für die Bildung einer Community war überdies die Entstehung sozialer Räume, die explizit von Schwarzen Menschen frequentiert wurden, wie die von dem Inder Hardas Singh betriebene „Indian Bar“ in Hamburg oder das Café Central in Berlin.

Das Café Central war nicht nur ein Treffpunkt für Schwarze, sondern diente auch als Rekrutierungsstätte für Film-, Theater- und Zirkusdirektoren, die nach Schwarzen Darstellerinnen und Darstellern suchten. In den späten 1920er Jahren waren die meisten Schwarzen fast vollständig von anderen Beschäftigungsmöglichkeiten ausgeschlossen und versuchten, ihren Lebensunterhalt stattdessen durch Film- und Bühnenauftritte zu bestreiten. Die Rollen, die ihnen angeboten wurden, entsprachen in der Regel dem Stereotyp „des Schwarzen“ als primitiv oder exotisch. Abgesehen von dem Kameruner Bebe Mpressa, besser bekannt als Louis Brody, hatten nur wenige

Schwarze Darsteller dauerhaften Erfolg.¹⁸ Doch in einer Zeit, in der die deutsche Wirtschaft auf eine Krise zusteuerte, bot die Arbeit als Schauspieler einen beträchtlichen finanziellen Zuverdienst. Film, Theater und Zirkus wurden zu Orten, an denen Schwarze Menschen miteinander in Kontakt kamen, was das Gemeinschaftsgefühl unter ihnen stärkte. Feste Strukturen ergaben sich für sie schließlich durch die sozialen und politischen Organisationen, die Schwarze Menschen in Deutschland selbst gründeten.

SCHWARZER AKTIVISMUS

1921 schrieb Louis Brody einen offenen Brief an die Berliner Zeitung „B.Z. am Mittag“, in dem er gegen die rassistischen Beschimpfungen protestierte, denen die Schwarze Bevölkerung Deutschlands aufgrund der „Schwarzen

¹⁸ Vgl. Tobias Nagl, *Die unheimliche Maschine. Rasse und Repräsentation im Weimarer Kino*, München 2009, S. 557–590.

Schmach“ ausgesetzt war.¹⁹ Dabei handelte es sich um eine zutiefst rassistische Propagandakampagne gegen den Einsatz französischer Kolonialtruppen während der alliierten Besetzung des Rheinlandes.²⁰ Brodys Intervention steht in einer längeren Tradition von Schwarzem Aktivismus in Deutschland, der schon in den früheren antikolonialen Aktivitäten der Kameruner Alfred Bell und Mpundu Akwa sowie in einem Zeitungsartikel des Togolesen Kuaku Karl Atiogbe aus dem Jahr 1908 seinen Ausdruck fand. In besagtem Zeitungsartikel stellte Atiogbe die vorurteilsbehafteten Annahmen der Deutschen über Schwarze Menschen ganz grundsätzlich in Frage.²¹

Brodys Brief von 1921 wurde im Namen des Afrikanischen Hilfsvereins (AH) veröffentlicht. Der 1918 in Hamburg gegründete Verein war ein Sprachrohr der sich entwickelnden Schwarzen Gemeinschaft in Deutschland. Er wurde als zentraler Organisationspunkt für alle Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland gegründet, um Fürsorge und Rechtsberatung zu bieten und als Ersatz für die „Stammesgemeinschaft und Familie der Heimat“ zu dienen.²² Von den 32 Gründungsmitgliedern waren die meisten Kameruner, aber die Mitgliedschaft stand jedem in Deutschland lebenden Schwarzen offen. Auch Männer aus Togo, Ost- und Westafrika und der Karibik engagierten sich im Verein. Obwohl viele Mitglieder in Hamburg und Berlin ansässig waren, betätigte sich die Gruppe landesweit und hatte auch in Ostpreußen, Bayern, Westfalen und Mecklenburg Unterstützer.

Obwohl der Verein sich selbst als unpolitisch bezeichnete, meldete er sich zu Themen zu Wort, die für die Mitglieder von großem sozialen und politischen Interesse waren. Ein Kreis um den Kameruner Martin Dibobe versuchte, sich in die Nachkriegsdebatten über das Schicksal der deutschen Kolonien einzuschalten.²³ Im

Juni 1918 übergaben Dibobe und seine 17 Mitstreiter dem Reichskolonialamt eine 32 Punkte umfassende Petition. Die an die Weimarer Nationalversammlung gerichtete Eingabe sah eine radikale Neuverhandlung der Beziehungen zwischen Kamerun und Deutschland vor. Die beiden Länder sollten zwar weiterhin eng miteinander verbunden sein, Kamerun sollte jedoch aus dem Griff des Kolonialismus befreit und Kameruner und Deutsche sowohl in Deutschland als auch in Afrika politisch und sozial gleichgestellt werden. Angesichts des antikolonialen Charakters der Petition überrascht es nicht, dass die Forderungen der Männer ignoriert wurden. Der AH, der 1920 43 Mitglieder zählte, vertrat die Interessen der Schwarzen Gemeinschaft in Deutschland bis zu seiner Auflösung Mitte der 1920er Jahre.²⁴

1929 gründeten einige Unterzeichner der Petition sowie ehemalige AH-Mitglieder eine deutlich politischere, kommunistisch finanzierte, antikoloniale Nachfolgeorganisation in Berlin.²⁵ Auch sie wurde von Kamerunern dominiert und versuchte, die Interessen der Schwarzen in Deutschland zu vertreten und gleichzeitig gegen die weltweite Ausbeutung von Menschen afrikanischer Herkunft zu protestieren. Ihre Netzwerke reichten über Deutschland hinaus zu einer Schwesterngruppe in Paris, zu afrikanischen antikolonialen Aktivistinnen in anderen europäischen Ländern und zu kommunistischen Aktivistinnen in Moskau. Ihre zentrale Figur war der kamerunische Kommunist Joseph Ekwe Bilé, der als Redner bei antiimperialistischen Demonstrationen der Kommunistischen Internationale auftrat. Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Januar 1933 fand der öffentliche Schwarze politische Aktivismus in Deutschland jedoch ein jähes Ende.

19 Vgl. Louis Brody, Die deutschen Neger und die „schwarze Schmach“, in: B.Z. am Mittag, 24.5.1921.

20 Siehe den Beitrag von Julia Roos in diesem Heft.

21 Zu Bell siehe Aitken/Rosenhaft (Anm. 11), S. 24–28; Karl Atiogbe, Ein Wort für meine schwarzen Brüder, in: Berliner Tageblatt, 2. Beiblatt, 15.3.1908.

22 Statut des Afrikanischen Hilfsvereins, Staatsarchiv Hamburg 331–333, SA 2819.

23 Vgl. Stefan Gerbing, Afrodeutscher Aktivismus. Interventionen von Kolonisierten am Wendepunkt der Dekolonisierung Deutschlands 1919, Frankfurt/M. 2010, S. 47–55; Paulette

Reed-Anderson, Hearing Colonial Voices: Martin Dibobe and the 1919 Cameroonian Petition, in: Mont Cameroun 2/2005, S. 49–64.

24 Zur Geschichte des Afrikanischen Hilfsvereins vgl. Peter Martin, Anfänge politischer Selbstorganisation der deutschen Schwarzen bis 1933, in: Marianne Bechhaus-Gerst/Reinhardt Klein-Arendt (Hrsg.), Die (koloniale) Begegnung. AfrikanerInnen in Deutschland 1880–1945, Deutsche in Afrika 1880–1918, Frankfurt/M. 2003, S. 200–201.

25 Zur „Liga zur Verteidigung der Negerrasse“ (LzVN) vgl. Robbie Aitken, From Cameroon to Germany and Back via Moscow and Paris: The Political Career of Joseph Bilé (1892–1959), Performer, „Negerarbeiter“ and Comintern Activist, in: Journal of Contemporary History 43/2008, S. 597–616.

VERFOLGUNG IN NAZI-DEUTSCHLAND

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten hatte große Auswirkungen auf das Leben aller Schwarzen in Deutschland. Mitglieder der Schwarzen Community erinnerten diesen Moment als einen Wendepunkt in ihrer persönlichen Geschichte.²⁶ Als nicht ins Rassekonzept der Nazis passende Außenseiter sollten sie von der Zugehörigkeit zum neuen Deutschland systematisch ausgeschlossen werden. Auf lokaler Ebene wurden Einzelpersonen von fanatisierten Parteigängern schikaniert. Wenige Monate nach der Machtergreifung im Jahr 1933 wurde der Künstler und Aktivist Hilarius Gilges in Düsseldorf von einem Mob lokaler NS-Funktionäre und -Anhänger ermordet. Einige Familien wurden aus ihren Häusern vertrieben, andere verloren ihre Existenz. Die Viktimisierung erstreckte sich auch auf in Deutschland geborene Schwarze Kinder, die in der Schule rassistischen Beleidigungen ausgesetzt waren, und fast ausnahmslos wurde ihrem Bildungsweg mit der Nazifizierung des Schulsystems vorzeitig ein Ende gesetzt. Es überrascht nicht, dass sich viele zur Flucht aus Deutschland entschieden.

Die Ausgrenzung wurde noch beschleunigt, als Reichsinnenminister Wilhelm Frick 1935 die Nürnberger Gesetze, die Eheschließungen zwischen sogenannten Ariern und Juden untersagten, in Teilen ausdrücklich auf Schwarze ausdehnte. Nun waren Ehen zwischen zeugungsfähigen Menschen afrikanischer Herkunft und weißen Europäern und Europäerinnen verboten. Die Anträge auf Erlaubnis zur Eheschließung wurden ausnahmslos abgelehnt, und die Nazis versuchten aktiv, bestehende Partnerschaften durch die Androhung von Sterilisation und Inhaftierung aufzulösen. Dies verdeutlicht die völkermörderische Absicht der antischwarzen Politik und Praxis der Nazis. Das Ziel des Regimes bestand letztlich darin, das Heranwachsen künftiger Generationen von Schwarzen Deutschen zu verhindern.

²⁶ Siehe zum Beispiel Doris Reiprich/Erika Ngambi Ul Kuo, *Unser Vater war Kameruner, unsere Mutter Ostpreußin, wir sind Mulattinnen*, in: Katharina Oguntoye/May Opitz/Dagmar Schultz (Hrsg.), *Farbe bekennen*, Frankfurt/M. 2006, S. 73–92; Gert Schramm, *Wer hat Angst vorm schwarzen Mann*, Berlin 2011; Theodor Wonja Michael, *Deutsch sein und schwarz dazu*, München 2013.

²⁷ Siehe Aitken/Rosenhaft (Anm. 11), Kapitel 7.

Bis zum Sommer 1940 wurde die antischwarze Politik bis zu einem gewissen Grad durch die Hoffnung auf die Rückgewinnung der Kolonien abgedeckt. Der koloniale Revisionismus eröffnete vorübergehend sichere Räume für Einzelpersonen und Familien. Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sahen sich Schwarze und ihre weißen Partner und Partnerinnen jedoch einem erhöhten Maß an Gewalt ausgesetzt, da der Kolonialrevisionismus und die Sorge um das internationale Ansehen Deutschlands keine Priorität mehr hatten.²⁷ Immer mehr Menschen wurden in Konzentrationslagern, Zwangsarbeitslagern und Sanatorien inhaftiert, sterilisiert und/oder ermordet.

NACHWEHEN

Die Schwarze Bevölkerung, die die NS-Zeit überlebte, zählte nun deutlich weniger Menschen, und die Community, die sich seit dem späten 19. Jahrhundert entwickelt hatte, war verstreut und traumatisiert. Mit der Zeit wurden Freundschaften und Netzwerke wiederhergestellt. Ihre Erfahrungen und Leiden bleiben jedoch in der öffentlichen und historischen Erinnerung an das Dritte Reich fast gänzlich unerwähnt, was die Unsichtbarkeit dieser Schwarzen Gemeinschaft sowie der Schwarzen deutschen Vergangenheit in der allgemeinen deutschen Geschichtsschreibung widerspiegelt. Diese Unsichtbarkeit ist das Ergebnis mehrerer komplexer Ursachen: dem schieren Ausmaß der nationalsozialistischen Gräueltaten, der zahlenmäßig geringen Größe der Schwarzen Bevölkerung in Deutschland vor 1945, dem Mangel an Archiv-Dokumentation und der anhaltenden Unfähigkeit, sich konstruktiv mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands auseinanderzusetzen. Die Folge ist, dass es kaum eine Erinnerung daran gibt, dass es in Deutschland einmal eine Schwarze Bevölkerung gegeben hat, die größtenteils aus den deutschen Kolonien stammte.

Aus dem Englischen von Birthe Mühlhoff, Dinslaken

ROBBIE AITKEN

ist Professor für Geschichte an der Sheffield Hallam University, Vereinigtes Königreich.

r.aitken@shu.ac.uk

DIE „FARBIGEN BESATZUNGSKINDER“ DER ZWEI WELTKRIEGE

Julia Roos

Nach beiden Weltkriegen waren im besetzten Rheinland neben weißen alliierten Truppen auch Soldaten of Color stationiert. In der Weimarer Republik handelte es sich überwiegend um französische Kolonialtruppen aus Nordafrika, Madagaskar, dem Senegal und Vietnam. In der frühen Bundesrepublik waren schwarze Besatzungssoldaten mehrheitlich afroamerikanische GIs. Die außerehelichen Kinder alliierter Soldaten of Color mit deutschen Frauen sind für die Geschichte politischer Konflikte darüber, ob es möglich ist, zugleich schwarz *und* deutsch zu sein, von zentraler Bedeutung.⁰¹ Dies gilt zum einen in quantitativer Hinsicht: Im 20. Jahrhundert bildeten die Söhne und Töchter schwarzer Besatzungssoldaten lange die größte Gruppe schwarzer Deutscher. Von den (relativ wenigen) Menschen, die vor 1919 aus den ehemaligen Kolonien eingewandert waren, hatte nur eine kleine Minderheit die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Im Gegensatz dazu waren die sogenannten Besatzungskinder in der Regel gebürtige Deutsche. Da sie von Soldaten abstammten, die für viele Deutsche nicht nur die als demütigend empfundene Kriegsniederlage, sondern auch eine vermeintliche „rassistische Bedrohung“ verkörperten, waren sie bevorzugte Zielscheibe nationalistischer Ressentiments. Im Dritten Reich wurden Hunderte von ihnen zur „Reinhaltung der Rasse“ zwangssterilisiert.

Die Kulturtheoretikerin Michelle Wright hat darauf hingewiesen, dass die Besonderheiten der Entstehungsgeschichte der schwarzen Diaspora in Deutschland wesentlich zur Formierung eines rassistischen Diskurses beitrugen, der schwarze Deutsche als „Afrikaner*innen“ beziehungsweise als „von außen kommende Fremde“ (Others-from-without) konstituierte.⁰² Im Folgenden sollen daher Debatten über „farbige Besatzungskinder“ zwischen 1920 und 1960 mit einem Fokus auf ihre Ursprünge, Kontinuitäten und Verschiebungen untersucht werden. Indem wir die

Geschichte beider Generationen von Besatzungskindern vergleichend betrachten, werden wichtige Defizite der öffentlichen Erinnerung in den Fünfzigerjahren sichtbar, die eine konsequente Bekämpfung rassistischer Denk- und Handlungsweisen wesentlich erschwerten.

PROPAGANDAKAMPAGNE „SCHWARZE SCHMACH AM RHEIN“

Am 20. Mai 1920 verabschiedete die Deutsche Nationalversammlung eine förmliche Anfrage an die Reichsregierung „betreffend Verwendung farbiger Truppen in den besetzten Gebieten der Rheinlande,“ die von allen Abgeordneten mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) unterstützt wurde. Die Verfasser bezeichneten es als „eine Schmach“, dass Soldaten of Color „in deutschen Kulturländern Hoheitsrechte ausüben“, für deutsche Frauen und Kinder seien „diese Wilden eine schauerliche Gefahr“, und die Zustände seien „schandbar, erniedrigend, unerträglich!“ In der ganzen Welt erhoben sich „immer mehr entrüstete Stimmen, die diese unauslöschliche Schmach verurteilen.“⁰³

Die Anfrage verdeutlicht wesentliche Aspekte der rassistischen Propagandakampagne gegen die „schwarze Schmach am Rhein“, deren Entstehung eng mit den innen- und außenpolitischen Krisen des Frühjahrs 1920 verknüpft war.⁰⁴ Im Verlauf des blutigen Ruhrkampfes, den der rechts-extreme Kapp-Putsch vom 13. März ausgelöst hatte, drangen Reichswehreinheiten illegal in die entmilitarisierte Zone ein. Daraufhin besetzten belgische und französische Truppen kurzfristig Frankfurt am Main. Dort kam es am 7. April zu Zusammenstößen zwischen marokkanischen Soldaten und deutschen Zivilisten, bei denen mehrere Deutsche getötet wurden. Bereits einen Tag später begann das Auswärtige Amt mit den Vorbereitungen für eine Auslandspropaganda zum Thema „Ausschreitungen farbiger Truppen.“⁰⁵ Der

ausschließliche Blick auf Soldaten of Color führte zu groben Verzerrungen. Zeitgenössische Statistiken zeigten, dass nur ein sehr geringer Prozentsatz kolonialer Truppen an gewaltsamen Übergriffen gegen deutsche Zivilisten beteiligt war. Ein Beispiel verdeutlicht dies: Ein Bericht des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete vom Januar 1922 beschuldigte französische Kolonialsoldaten, zwischen September 1920 und Juni 1921 siebenundzwanzig Straftaten begangen zu haben.⁰⁶ Im gleichen Zeitraum belief sich die durchschnittliche Stärke der im Rheinland stationierten Kolonialtruppen auf 25 000.⁰⁷ Hinter geschlossenen Türen gaben Regierungsbeamte zu, dass *weiße* alliierte Truppen eine ernstere Bedrohung für die öffentliche Sicherheit darstellten als Kolonialsoldaten.⁰⁸

Im Zentrum der stark pornografisch anmutenden Bildsprache der „schwarzen Schmach“ standen Sexualverbrechen, die französische Kolonialsoldaten angeblich an rheinischen Frauen und Mädchen verübt hatten. Mithilfe der reißerischen Metapher der Rheinlandbesetzung als brutale „Vergewaltigung“

Deutschlands durch „afrikanische Wilde“ sollte international gegen den Versailler Vertrag Stimmung gemacht werden. Dieses Kalkül schien zunächst aufzugehen. In den frühen Zwanzigerjahren unterstützten zahlreiche ausländische Persönlichkeiten und Vereine die Kampagne gegen Frankreichs Kolonialtruppen.⁰⁹ Aus deutscher Sicht besonders ergiebig war die Kollaboration mit dem englischen Journalisten und Labour-Politiker E. D. Morel.¹⁰ In seiner auflagenstarken Schrift „The Horror on the Rhine“ warnte Morel vor dem Sexualtrieb der „primitiven Rassen“, der sehr viel „aggressiver“ und „ungehemmter“ sei als der europäischer Männer. Der „französische Militarismus“ habe die afrikanischen Soldaten gewaltsam von ihrem „eigenen Weibervolk“ getrennt und auf das Rheinland „losgelassen“. Zwangsläufige Folge sei, dass „die sexuellen Bedürfnisse der nord- und westafrikanischen Truppen an den Körpern weißer Frauen befriedigt werden müssen“.¹¹

Rassistische Diskurse über die „Black Peril“ (angebliche Vergewaltigungen weißer Frauen durch schwarze Männer) waren ein globales Phänomen der Zwanzigerjahre.¹² Im deutschen Kolonialreich waren zwischen 1906 und 1912 „Mischehen“ zwischen deutschen Siedlern und indigenen Frauen auf dem Verordnungsweg verboten worden.¹³ Obwohl Deutschland 1919 seine Kolonien offiziell verlor, trug die Bewegung gegen die „schwarze Schmach“ wesentlich dazu bei, dass zentrale Elemente kolonialer Debatten über die „biologischen Gefahren“ der „Rassenkreuzung“ weiterlebten, indem sie auf die deutsche Gesellschaft übertragen wurden.¹⁴ Für Besatzungskinder of Color war dies eine fata-

01 Vgl. Fatima El-Tayeb, *Schwarze Deutsche, Der Diskurs um „Rasse“ und nationale Identität 1890–1933*, Frankfurt/M. 2001.

02 Vgl. Michelle Wright, *Becoming Black. Creating Identity in the African Diaspora*, Durham 2004, S. 190.

03 Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 343, Berlin 1920, S. 3407.

04 Vgl. Christian Koller, „Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt“. Die Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik (1914–1930), Stuttgart 2001; Sandra Maß, *Weißer Helden, schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland 1918–1964*, Köln 2006; Iris Wigger, *Die „schwarze Schmach am Rhein“*. Rassistische Diskriminierung zwischen Geschlecht, Klasse, Nation und Rasse, Münster 2007; Julia Roos, *Nationalism, Racism and Propaganda in Early Weimar Germany. Contradictions in the Campaign against the „Black Horror on the Rhine“*, in: *German History* 1/2012, S. 45–74.

05 Vgl. das Schreiben Carl-Ludwig Diego von Bergens, des Botschafters des Deutschen Reichs beim Heiligen Stuhl, an Staatssekretär Edgar Haniel von Hainhausen vom 8. 4. 1920, sowie Haniels internes Memorandum vom gleichen Tag, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA) R. 74.427, ohne Paginierung.

06 Bericht des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete vom 28. 1. 1922, in: Landesarchiv Nordrhein Westfalen, Regierung Düsseldorf Nr. 15148, S. 90–110.

07 Vgl. Maß (Anm. 4), S. 79.

08 Margarete Gärtner, die Vorsitzende der halbamtlichen Rheinischen Frauenliga (RFL) im Reichsinnenministerium, bemerkte, dass die „sittlichen Zustände“ im amerikanisch besetzten Gebiet, in dem nahezu ausschließlich weiße Truppen stationiert waren, „am schlimmsten“ seien. Protokoll einer Sitzung der RFL vom 9. 4. 1921, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BayHStA) Haupthilfsstelle Pfalz (HHS1Pf) Nr. 35, ohne Paginierung.

09 Vgl. Wigger (Anm. 4), S. 34–66; Koller (Anm. 4), S. 284–311.

10 Robert Reinders, *Racialism on the Left. E. D. Morel and the „Black Horror on the Rhine“*, in: *International Review of Social History* 13/1968, S. 1–28.

11 E. D. Morel, *The Horror on the Rhine*, London 1921, S. 10. Aus dem Englischen übersetzt durch die Autorin.

12 Vgl. Ann Laura Stoler, *Carnal Knowledge and Imperial Power. Race and the Intimate in Colonial Rule*, Berkeley 2010, S. 58.

13 Vgl. Birthe Kundrus, *Moderne Imperialisten. Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien*, Köln 2003, S. 219–279; Krista Molly O'Donnell, *The First Besatzungskinder. Afro-German Children, Colonial Childrearing Practices, and Racial Policy in German Southwest Africa, 1890–1914*, in: Patricia Mazon/Reinhild Steingröver (Hrsg.), *Not So Plain as Black and White. Afro-German Culture and History, 1890–2000*, Rochester 2005, S. 61–81.

14 Vgl. Alexandra Przyrembel, „Rassenschande“. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus, Göttingen 2003, S. 43; Tina Camp, *Other Germans. Black Germans and the Politics of Race, Gender and Memory in the Third Reich*, Ann Arbor 2004, S. 28.

le Entwicklung. Fortan verbanden sich in der symbolischen Figur des schwarzen Besatzungskinds die rassistischen Stereotype des die deutsche Nation von außen bedrohenden schwarzen „Fremden“ mit der Furcht vor „innerer Verseuchung“.

Im April 1922 erschien in der Tageszeitung „Münchener Neueste Nachrichten“ ein Beitrag des Arztes Franz Rosenberger. Rosenberger war Vorstandsmitglied des Vereins „Deutscher Notbund gegen die schwarze Schmach“, der enge Kontakte zur antisemitischen völkischen Bewegung unterhielt. Vom besetzten Rheinland ausgehend, so Rosenberger, „droht dem deutschen Volke eine außerordentliche Gefahr durch gewaltsame Vermischung mit Farbigen, durch Verseuchung mit Geschlechtskrankheiten (...)“. Das wahre Ausmaß der „rassischen Verunreinigung“ sei schwer zu ermessen, denn die Träger „artfremden Bluts“ seien oft nicht als solche erkennbar. „Ganze Generationen können scheinbar rein kaukasisch sein, ein junges Paar aus solchen ‚seit Menschengedenken‘ rein weißen Familien heiratet, freut sich auf den Sprößling, und es kommt ein erbärmlicher Mischling.“ Die Kränklichkeit der „Mischlinge“ rühre daher, dass die Kinder weder den klimatischen Bedingungen noch den sozialen Anforderungen des „verwickelten Ablauf[s] europäischen Geschehens“ gewachsen seien. Rosenberger prophezeite eine düstere Zukunft: „Wehe der weißen Rasse, wenn das dichtbevölkerte Rheinland der Mulattisierung im Herzen des rein weißen Europas verfällt!“¹⁵

Auch staatliche Stellen trugen zu einem öffentlichen Diskurs bei, der Besatzungskinder of Color als bedrohliche „Keimträger“ brandmarkte. Die Haupthilfsstelle Pfalz, eine Einrichtung der bayerischen Regierung, arbeitete eng mit der amerikanischen Journalistin Ray Beveridge zusammen, die in ihren Reden unter anderem zu Lynchjustiz gegen Kolonialsoldaten aufrief.¹⁶ 1922 veröffentlichte Beveridge ihren Vortrag „Die schwarze Schmach – Die weiße Schande“, in dem sie behauptete, dass „60 Prozent der Kinder, die durch die französische Besatzung das Licht der Welt erblicken, schon mit Syphilis zur Welt kommen“, und dass „Mischlingskinder meistens die schlechten Eigenschaften und Laster beider Eltern in sich tragen“.¹⁷ Ein gestelltes

Foto zeigte die Amerikanerin mit einem schwarzen Jungen und einem weißen Mädchen, das sich hilflos an Beveridge klammert. Angeblich handelte es sich bei den Kindern um „ein Bastard-Kind, 9 Monate alt, das Kind einer deutschen weißen Mutter und eines farbigen Franzosen“ und um ein „deutsche[s] unterernährte[s] Kind, 6 Jahre alt, ein Opfer der unmenschlichen Hungerblockade“.¹⁸ Die Nachricht war eindeutig: Besatzungskinder of Color waren keine Deutschen, sondern gewaltsam in die Bevölkerung eingeschleust „Fremdkörper“, die den „echten“ deutschen Kindern lebenswichtige Ressourcen entzogen.

Eine Anfrage des Reichsfrauenausschusses der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) an den Reichsminister für die besetzten rheinischen Gebiete vom Februar 1927 verdeutlicht, welche tiefen Wurzeln die rassistische Hysterie über die angeblichen Gefahren der „Mischlingskinder“ geschlagen hatte. Der Ausschuss bat „um gefällige Mitteilung, ob irgend welche Einrichtungen bestehen, um Kinder, die von farbigen Truppen im besetzten Gebiet stammen, zu versorgen und zu verhindern, dass solche Mischlinge im deutschen Volke aufgehen“.¹⁹ Der Reichsminister äußerte sich pessimistisch: Da die meisten der Kinder unehelich geboren waren, hatten sie die Staatsbürgerschaft ihrer Mutter geerbt und waren somit Reichsangehörige. „Hieraus ergibt sich, dass ihrer Abkunft wegen irgendwelche Sondermaßnahmen gegen sie nicht werden ergriffen werden können.“ Die Anfrage motivierte den Minister, eine neuerliche Zählung der „farbigen Besatzungskinder“ in Auftrag zu geben. Das Ergebnis war bescheiden: 1927 befanden sich im Rheinland nur einige Hundert Kinder, die bekanntermaßen von französischen Kolonialsoldaten abstammten.²⁰

Bezeichnenderweise hatte die geringe Zahl von schwarzen rheinischen Kindern keinerlei mildernden Einfluss auf Ängste vor „rassischer Verseuchung“. In der bayerischen Pfalz waren 715 außereheliche Kinder gezählt worden, deren Väter Besatzungssoldaten waren; nur neun Prozent (68) stammten von Kolonialsoldaten ab.²¹ Den-

¹⁸ Ebd., Titellblatt.

¹⁹ Dr. von Dryander an den Reichsminister für die besetzten Gebiete, 12.2.1927, in: Bundesarchiv Berlin (BAB), Reichsministerium für die besetzten Gebiete, R1601/2234, ohne Paginierung.

²⁰ Reichsminister für die besetzten Gebiete an Dr. von Dryander, 23.2.1927, in: BAB R1601/2234.

²¹ Vgl. Oberlandesgericht Zweibrücken, „Übersicht über die Zahl der unehelichen Kinder in der Pfalz, die von Besatzungsangehörigen stammen“, in: BAB R 1601/2234.

¹⁵ Franz Rosenberger, Gefahr der Mulattisierung, in: Münchener Neueste Nachrichten, 18.4.1922.

¹⁶ Vgl. Wigger (Anm. 4), S. 56–61.

¹⁷ Ray Beveridge, Die schwarze Schmach. Die weiße Schande, Hamburg 1922, S. 22.

noch machten bayerische Beamte im Sommer 1927 einen radikalen Vorstoß. Im Juli bat Pfalzkommissar Heinrich Jolas den bayerischen Vertreter beim Reichsrat, Ministerialrat Franz Sperr, beim Reichsgesundheitsamt Erkundigungen einzuziehen, „ob sich zur Reinhaltung der Rasse im besetzten Gebiet von farbigem Blut nichts machen lässt“. Wie Diskussionen im bayerischen Innenministerium ergeben hätten, sei „die Unfruchtbarmachung von Mischlingen durch einen gänzlich schmerzlosen Eingriff zu erzielen“. Jolas war sich „darüber klar, daß solcher Eingriff nach der gegenwärtigen Rechtslage unzulässig ist“.²²

In den darauffolgenden Monaten eruierte der Reichsminister für die besetzten Gebiete zwei alternative „Lösungen“ des behaupteten Problems der „Mischlingskinder“: Zwangssterilisation oder Exilierung. Da Deutschland jedoch zu diesem Zeitpunkt noch kein Sterilisationsgesetz besaß, waren Zwangssterilisationen letztlich zu riskant. Zur Erforschung der bestehenden Möglichkeiten, die Kinder nach Übersee abzuschicken, wandte sich das Ministerium an Johannes Witte von der Ostasienmission des Allgemeinen Evangelisch-Protestantischen Missionsvereins. Anfang Januar 1928 berichtete Witte, dass man die Idee, die Kinder in deutsche Missionen im Ausland zu verbringen, wohl aufgegeben müsse. „Meine Erkundigungen über die Frage der dunkelfarbigem Mischlingskinder im besetzten Gebiet haben ergeben, dass die sämtlichen Pfarrer, in deren Gebiet sich solche Kinder finden, die Meinung vertreten, daß es in den allermeisten Fällen unmöglich sein wird, die Angehörigen zu bewegen, einem Abtransport des Kindes nach Afrika oder in andere Länder zuzustimmen.“²³

Infolgedessen konzentrierten sich staatliche Stellen verstärkt darauf, von alliierten Regierungen und Soldaten Unterhaltszahlungen für deutsche Besatzungskinder einzufordern. Nur Frankreich war jedoch bereit, in bestimmten Fällen Alimenterklagen unverheirateter deutscher Mütter gegen Soldaten der französischen Armee zuzulassen.²⁴ Auch Besatzungskindern of Color konnte die-

se Neuerung zugutekommen. So erklärte sich der marokkanische Soldat Messaoud ben Y. im November 1929 damit einverstanden, zum Unterhalt seiner in Frankfurt am Main lebenden vierjährigen Tochter I. K. beizutragen.²⁵ Deutsche Frauen und Kolonialsoldaten, die heiraten wollten, begegneten allerdings weiterhin erheblichen Widerständen vonseiten deutscher Behörden.

NATIONALSOZIALISMUS: KONSTRUKTION VON „RASSE“

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten löste einen Radikalisierungsschub in Diskursen über schwarze Besatzungskinder aus. Als im Frühling 1933 über das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GVeN) beraten wurde, mehrten sich die Forderungen nach einer Ausweitung des Sterilisationsgesetzes auf schwarze Besatzungskinder. In seiner Schrift „Rasseprobleme im Dritten Reich“ rief Hans Macco dazu auf, die „Überbleibsel der schwarzen Schmach am Rhein auszumerzen“. Die „Mulattenkinder“ seien „entweder durch Gewalt entstanden, oder aber die weiße Mutter war eine Dirne. In beiden Fällen besteht nicht die geringste moralische Verpflichtung gegenüber dieser fremdrassischen Nachkommenschaft“.²⁶ Das GVeN vom 14. Juli 1933 bot jedoch keine Handhabe, Menschen allein aufgrund ihrer „Rassezugehörigkeit“ zwangsweise zu sterilisieren.²⁷

Im April 1933 ordnete der preußische Innenminister Hermann Göring an, alle „Mischlinge“ erneut zu zählen. Zeitgleich wurde das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik (KWI-A) mit einer Lokalstudie rheinischer „Mischlingskinder“ beauftragt.²⁸ Die Studie sollte dazu dienen, „ein einwandfreies Urteil über den körperlichen und geistigen Zustand der Bastardkinder und über die rassische Bedeutung dieser Beimischung fremden Blutes in unseren westlichen Grenzgebieten zu gewinnen“.²⁹ Dazu untersuchte der Anthropologe Wolfgang Abel, ein Assistent des KWI-A Di-

22 Heinrich Jolas an Ministerialrat Sperr, 21.7.1927, abgedruckt in: Reiner Pommerin, „Sterilisierung der Rheinlandbastarde“: Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918–1937, Düsseldorf 1979, S. 92–93.

23 Dr. J. Witte an den Reichsminister für die besetzten Gebiete, 11.1.1928, in: BAB R 1601/2234.

24 Vgl. Julia Roos, Racist Hysteria to Pragmatic Rapprochement? The German Debate over Rhenish „Occupation Children“ 1920–1930, in: Contemporary European History 2/2013, S. 155–180.

25 Vgl. ebd., S. 176.

26 Hans Macco, Rasseprobleme im Dritten Reich, Berlin 1934, S. 13.

27 Vgl. Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986.

28 Vgl. Pommerin (Anm. 22), S. 45–48.

29 Ludwig Grauert, Bericht an den Herrn Ministerpräsidenten, 28.2.1934, in: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHS-tAW), Regierungspräsident Wiesbaden Abt. 405/3158, S. 447.

rektors Eugen Fischer, im Sommer 1933 in Wiesbaden dreiunddreißig Kinder marokkanischer beziehungsweise vietnamesischer Väter. Abel verzichtete dabei bewusst auf die Einbeziehung einer Kontrollgruppe *weißer* Besatzungskinder. Dennoch behauptete er, bewiesen zu haben, dass Besatzungskinder of Color aufgrund ihrer „rassischen Veranlagung“ sowohl körperlich als auch geistig „arischen“ Kindern unterlegen waren, was er damit erklärte, dass es im französischen Protektorat Marokko zu einer ungewöhnlich „starken Mischung von negriden mit orientalischen und mediterranen (...), z. T. auch nordeuropäischen Rasseelementen“ gekommen sei.³⁰ Im Gegensatz zu den Kindern vietnamesischer Soldaten, die Abel als „leicht erziehbar und folgsam“ beschrieb, zeichneten sich die „Marokkaner-Bastarde“ angeblich durch „Unfolgsamkeit, Liederlichkeit, Vorliebe für Straßenleben, große Erregbarkeit und Jähzorn“ aus.³¹ Allerdings habe die starke „Mischung“ des Erbguts ihrer marokkanischen Väter bei zwei Mädchen dazu geführt, dass „der fremde Einschlag nur schwach zu sehen“ sei.³² Damit suggerierte Abel, dass von den Kindern marokkanischer Soldaten eine besonders akute Gefahr für die „Reinhaltung der Rasse“ ausging, da ihre „Fremdartigkeit“ potenziell „unsichtbar“ war.

Im Anschluss an Abels Wiesbaden-Studie kam es zu einer Reihe von Verschärfungen in der Erfassung schwarzer Besatzungskinder. Am 28. Februar 1934 fasste Staatssekretär Grauert für Göring zusammen, dass für Preußen 145 „Mischlinge“ ermittelt worden seien, er diese Zahl jedoch für zu niedrig halte, da „erfahrungsgemäß die Mischlinge oft einen fast rein europäischen Typ zeigen“. Schätzungen, die von 500–600 Kindern ausgingen, seien realistischer. Der Staatssekretär bedauerte, dass die Sterilisierung aller „Mischlinge“ durch ein Sondergesetz zu unerwünschten Spannungen mit Frankreich und Japan führen würde. „Immerhin dürfte aufgrund der bisherigen Untersuchungsergebnisse anzunehmen sein, dass namentlich unter den Mischlingen marokkanischer Herkunft eine größere Zahl erblich Minderwertiger ist, auf die das Gesetz vom 14. Juli 1933 ohne weiteres anwendbar ist.“³³

30 Wolfgang Abel, Über Europäer-Marokkaner und Europäer-Annamiten-Kreuzungen, in: Zeitschrift für Morphologie und Anthropologie Bd. XXXVI/1937, S. 311–328, hier S. 313.

31 Ebd., S. 327.

32 Ebd., Tafel II.

33 Grauert (Anm. 29), S. 450.

In den folgenden Monaten wurden preußische Kreisärzte ermutigt, Besatzungskinder of Color daraufhin zu untersuchen, ob sie die Kriterien des Sterilisationsgesetzes zumindest oberflächlich erfüllten. Dies führte zu einer zunehmenden sozialen Ausgrenzung der Kinder und zu einer Intensivierung ihrer vermeintlich objektiven „rassischen Beurteilung“ durch Ärzte und Lehrerinnen.

Vier Jahre lang dauerte das politische Tauziehen darüber, wie man die vorgebliche „rassische Gefahr“ der rheinischen Kinder am wirkungsvollsten bekämpfte. Im Verlauf einer Tagung der Arbeitsgruppe II des Sachverständigenbeirats für Bevölkerungs- und Rassenpolitik, die am 11. März 1935 im Reichsministerium des Innern stattfand, formierten sich rivalisierende Positionen. In seinem Vortrag „Wege zur Lösung der Bastardfrage“ sprach sich der Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Walter Groß, für die Zwangssterilisation der „Mischlinge“ aus. Groß gab zu, dass eine solche Maßnahme nicht mit dem Sterilisationsgesetz vereinbar war und daher heimlich von der Gestapo koordiniert und von regimetreuen Ärzten durchgeführt werden müsse. Vertreter des Auswärtigen Amtes sowie Ministerialdirektor Arthur Gütt, der Leiter der Abteilung Volksgesundheit im Reichsministerium des Innern und „Vater“ des GVeN, befürworteten dagegen eine Politik der systematischen Exilierung, um potenzielle diplomatische Konflikte zu vermeiden. Schließlich war es jedoch die von Groß favorisierte Strategie, die sich durchsetzte.³⁴ Am 18. April 1937 erließ Hitler persönlich den Befehl, „die Maßnahmen zur Durchführung der Unfruchtbarmachung der Rheinlandbastarde sofort in Angriff zu nehmen“.³⁵

Im Verlauf des Sommers 1937 wurden schätzungsweise zwischen 400 und 600 Besatzungskinder of Color zwangssterilisiert.³⁶ Drei regionale Sonderkommissionen, die in Koblenz, Ludwigshafen und Wiesbaden unter Vorsitz hochrangiger Gestapobeamter tagten, koordinierten die heimlich

34 Vgl. Pommerin (Anm. 22), S. 71–77; Robbie Aitken/Eve Rosenhaft, *Black Germany. The Making and Unmaking of a Diaspora Community 1884–1960*, Cambridge 2013, S. 264–265.

35 Dokument Nr. 82 und Anhang, FV 200*, in: Friedrich Hartmannsgruber (Hrsg.), *Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1945*. Bd. IV (1937), München 2005, S. 273–275; 744. Vgl. Gisela Tascher, *Handeln auf Befehl des Führers. Die illegale und streng geheime Zwangssterilisation der „Rheinlandbastarde“ von 1937 und die Strafverfolgung der ärztlichen Täter nach 1945*, in: *Deutsches Ärzteblatt* 10/2016, S. A 420–422.

36 Vgl. Campf (Anm. 14), S. 73; Bock (Anm. 27), S. 354.

che Aktion. Den Kommissionen beigeordnet waren Eugeniker, die mehrheitlich mit dem Berliner KWI-A affiliert waren (darunter auch Abel und Fischer) und deren „anthropologische Gutachten“ letztlich darüber entschieden, ob ein Kind sterilisiert wurde. Unter den Opfern der Massensterilisationen war auch I. K., die außereheliche Tochter des Soldaten Messaoud ben Y., deren Mutter acht Jahre zuvor erfolgreich für Unterhaltszahlungen gekämpft hatte. Das Mädchen stand am 19. Juni 1937 im Alter von zwölf Jahren vor den Mitgliedern der Sonderkommission I (Wiesbaden) und wurde von Abel untersucht. Laut Kommissionsbericht kam Abel zu dem Schluss, „dass die I. K. Abkomme eines *farbigen* Angehörigen der ehemaligen Besatzungstruppen (Afrikaner) ist und eindeutig entsprechende anthropologische Merkmale aufweist. Sie ist deshalb unfruchtbar gemacht worden.“³⁷

DISKURSE UND VERGESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK

Im Oktober 1956 veröffentlichte das Statistische Bundesamt die Erhebung „Die unehelichen Kinder von Besatzungsangehörigen im Bundesgebiet und Berlin (West)“. Das Amt begründete die Erhebung damit, dass die Lage außerehelicher Besatzungskinder, von denen auch nach Erlöschen des Besatzungsstatuts im Mai 1955 nur eine begrenzte Zahl Anspruch auf väterliche Unterhaltszahlungen hatte, seit längerem ein zentrales Thema der „sozialpolitischen Diskussion“ sei. Außereheliche Besatzungskinder, deren Mütter nicht für den Unterhalt ihres Kindes aufkommen konnten, hatten ein Anrecht auf öffentliche Unterstützung. Es sei, so das Statistische Bundesamt, jedoch wenig bekannt über die Gesamtzahl der Kinder sowie das Ausmaß der Kosten „für diese besondere Art der Kriegsfolgen“.³⁸

Die Erhebung erfasste Kinder, die unter „Amtsvormundschaft der Jugendämter und (...) unter Einzel-, Vereins- und Anstaltsvormundschaft“ standen. Sie unterschied zwischen weißen Kindern und Besatzungskindern „farbiger Abstammung“. Unter den 67 753 gezählten außerehelichen Nach-

kommen alliierter Soldaten befanden sich 4776 (sieben Prozent) schwarze Kinder. Neun Prozent (417) der schwarzen Kinder waren von ihren Müttern zur Adoption freigegeben worden. Bei den weißen Kindern waren es drei Prozent (1744).³⁹ Obwohl Besatzungskinder auch in der Weimarer Republik wiederholt durch staatliche Stellen gezählt worden waren, waren Informationen immer nur bruchstückhaft an die Öffentlichkeit gelangt. Sowohl in den Zwanzigerjahren als auch im Dritten Reich dienten separate Statistiken über schwarze Besatzungskinder primär propagandistischen Zwecken. Im Gegensatz hierzu erfasste die Erhebung von 1956 schwarze und weiße Besatzungskinder gemeinsam und machte die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. War dieser veränderte Umgang mit Statistiken über Besatzungskinder auch Ausdruck einer größeren Bereitschaft, schwarze Kinder nicht als „Fremdkörper“, sondern als Teil der deutschen Gesellschaft zu betrachten?

Historiker*innen haben zu Recht auf die tiefen politischen Ambivalenzen hingewiesen, die bundesrepublikanische Diskurse über Besatzungskinder of Color kennzeichneten.⁴⁰ Dies verdeutlicht eine frühe Zählung, die das Bundesinnenministerium am 8. November 1950 veranlasste und die offen darauf zielte, schwarze Besatzungskinder zu identifizieren, die „außerhalb eines familiären Zusammenhangs“ lebten und so für eine Übersiedlung „in das Heimatland ihrer Väter“ in Frage kamen.⁴¹ In den Fünfziger- und Sechzigerjahren arbeiteten staatliche Stellen eng mit kirchlichen und privaten Organisationen zusammen, um schwarze Kinder in internationale Adoptionen zu vermitteln. Solche Bemühungen waren oft von ehrlicher Sorge um das Wohlergehen der Kinder motiviert; gleichzeitig spielten jedoch auch zwiespältige und rassistische Gründe eine Rolle, etwa die Befürchtung, dass die „Andersartigkeit“ der Kinder ein unüberbrückbares Hindernis für ihre Eingliederung in die deutsche Gesellschaft darstelle.

³⁹ Ebd., Tab. 1.

⁴⁰ Vgl. Yara-Colette Lemke Muniz de Faria, *Zwischen Fürsorge und Ausgrenzung. Afrodeutsche „Besatzungskinder“ im Nachkriegsdeutschland*, Berlin 2002; Heide Fehrenbach, *Race after Hitler. Black Occupation Children in Germany and America*, Princeton 2005; Silke Satjukow/Rainer Gries, „Bankerte“. Besatzungskinder in Deutschland nach 1945, Frankfurt/M. 2015.

⁴¹ Dr. Rothe, Bundesinnenministerium, an den Bayerischen Innenminister, 8. 11. 1950, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Ministerium des Innern/81083, keine Paginierung.

³⁷ Sonderkommission I Wiesbaden an Städtisches Gesundheitsamt Frankfurt am Main, 16. 8. 1937, in: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (IfS), Stadtgesundheitsamt 5.131.

³⁸ Statistisches Bundesamt, *Die unehelichen Kinder von Besatzungsangehörigen im Bundesgebiet und Berlin (West)*, in: dass. (Hrsg.), *Statistische Berichte*, 10. 10. 1956, S. 2.

Die Erkenntnis, dass die überwiegende Mehrheit der schwarzen Besatzungskinder zumindest mittelfristig in Deutschland bleiben würde, führte zu einer Reihe von Maßnahmen, die die Kinder vor rassistischer Diskriminierung schützen sollten. Behördenvertreter, kirchliche Organisationen und liberale Intellektuelle betrachteten die erfolgreiche Integration der Kinder als einen „Prüfstein“ der westdeutschen Demokratie und als eine wertvolle Möglichkeit, ihre deutschen Mitbürger*innen zu größerer Toleranz zu erziehen. Auch international – besonders auch unter Afroamerikaner*innen – bestand Besorgnis darüber, ob Besatzungskinder of Color in Deutschland in Sicherheit leben könnten.⁴² Für den westdeutschen Staat hing die Frage des Schutzes der schwarzen Besatzungskinder daher auch damit zusammen, der Weltöffentlichkeit beweisen zu können, dass die Bundesrepublik kategorisch mit dem Nationalsozialismus gebrochen hatte.

Ab 1951 konsultierte die Bundesregierung prominente Psychologen und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung von Materialien und Richtlinien, die Schulbehörden, Lehrer*innen und Eltern auf die schwarzen Erstklässler vorbereiten sollten. Im Mai 1952 entschied die Konferenz der Kultusminister der Länder, Erlasse an die Schulen zu senden, „in denen die Lehrer und Eltern gebeten werden sollen, die Mitschüler zu kameradschaftlicher Haltung gegenüber farbigen Schulneulingen anzuhalten“.⁴³ In den späten Fünfzigerjahren richtete sich das Augenmerk verstärkt auf Gefahren der Diskriminierung am Ausbildungsplatz. Im September 1959 wies der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit die Landesarbeitsämter darauf hin, dass die ersten der rund 6000 „farbigen Besatzungskinder“ demnächst auf Ausbildungsplatzsuche gehen würden. Es müsse erreicht werden, „dass die farbigen Kinder in Gemeinschaft mit den übrigen Jugendlichen und unter den gleichen Bedingungen wie diese ihre Ausbildung erfahren“. Die Bundesregierung, so der Präsident, „steht mit absoluter Selbstverständlichkeit zu Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes, demzufolge niemand wegen seiner Rasse benachteiligt oder bevorzugt werden darf. (...) Sollten den Mischlingskindern irgend-

welche grundgesetzwidrigen Schwierigkeiten gemacht werden, wird die Bundesregierung im Rahmen der ihr durch das Grundgesetz gegebenen Möglichkeiten sofort um Sicherung der ihnen (...) gewährleisteten Rechte besorgt sein.“⁴⁴

Wie erfolgreich waren diese Initiativen, rassistische Diskriminierung gegen schwarze Deutsche zu bekämpfen? Ein Artikel, der 1962 in dem Wochenmagazin „Stern“ erschien, beleuchtete die unterschiedlichen Lebenserfahrungen einer kleinen Gruppe afrodeutscher Kinder und Jugendlicher aus Hamburg, Frankfurt am Main und München. Einige berichteten von offenen rassistischen Anfeindungen, etwa in der Schule. Typisch schien zu sein, dass die jungen Frauen und Männer sich in ihrem unmittelbaren Familien- und Freundeskreis akzeptiert fühlten, dagegen aber oft von Menschen, die sie nicht kannten, als „fremdartig“ behandelt und rassistisch beleidigt wurden. Eine Protagonistin des Artikels vermutet, das entspringe „mehr der Dummheit oder der Neugierde“ denn einer bewussten Taktlosigkeit. Der Autor resümiert: „800 Mischlinge (...) wuchsen nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland auf. Sie sind, soweit sie nicht auswanderten, zum überwiegenden Teil in einer gleichgültigen oder abweisenden Umwelt untergegangen.“⁴⁵

Behauptungen, die Weimarer Generation schwarzer Besatzungskinder sei mehr oder weniger spurlos aus der deutschen Gesellschaft verschwunden, durchziehen bundesrepublikanische Diskurse über die Generation des Zweiten Weltkriegs.⁴⁶ In Wirklichkeit lebte eine nennenswerte Zahl der ersten Generation in der Bundesrepublik. Unter ihnen war L. M. aus Wiesbaden, die einen marokkanischen Vater hatte und als Kind an der Abel-Studie teilnehmen musste. Sie war im Sommer 1937 zwangssterilisiert worden. 1942 wurde sie von der Gestapo verhaftet und bezichtigt, ein verbotenes Verhältnis zu einem Tschechen gehabt zu haben. Zunächst im Mädchenkonzentrationslager Uckermark inhaftiert, wurde sie im Februar 1943 in das unmittelbar angeschlossene Frauenkonzentrationslager Ravensbrück überwiesen, aus dem sie Ende April 1945 ent-

⁴² Vgl. Lemke Muniz de Faria (Anm. 40), S. 99–106.

⁴³ Auszugsweise Abschrift aus einer Niederschrift über die Besprechung der Kultusminister am 5.5.1952, in: Bundesarchiv Koblenz (BAK), B304/2059, keine Paginierung.

⁴⁴ Der Präsident des Bundesamts für Arbeit an die Landesarbeitsämter, 9.9.1959, in: BAK B149/8679, S. 60.

⁴⁵ Heidi mit der dunklen Haut, in: Stern 25/1962, S. 40, IfS Fürsorgeamt Nr. 4991: „Amtsvormundschaft farbige Besatzungskinder“, 1962–69.

⁴⁶ Vgl. Julia Roos, *The Race To Forget? Bi-Racial Descendants of the First Rhineland Occupation in 1950s West German Debates about the Children of African American GIs*, in: *German History* 4/2019, 517–539.

kam. 1954 stellte L. M. einen Entschädigungsantrag in Wiesbaden. Im August 1963 wies die Wiesbadener Entschädigungsbehörde ihren Antrag mit der Begründung zurück, „die Antragstellerin ist nicht aus rassistischen Gründen, sondern aus fürsorgepolizeilichen Erwägungen inhaftiert worden. Aufgrund ihres vorangegangenen Lebenswandels wurde (...) die sogenannte Fürsorgeerziehung angeordnet. Damit wurde der Antragstellerin im Wege eines ordentlichen Gerichts- bzw. Vormundschaftsverfahrens die Freiheit entzogen“.⁴⁷

Die Weimarer Generation von Besatzungskindern of Color war dem unnachgiebigen Hass ausgesetzt, den die Propagandakampagne gegen die „schwarze Schmach“ geschürt hatte. Im Nationalsozialismus wurden die Nachkommen französischer Kolonialsoldaten gewaltsam verfolgt und zwangssterilisiert. Schwarze Besatzungskinder, die in der Bundesrepublik aufwuchsen, begegneten oft tiefsitzenden rassistischen Ressentiments und Vorurteilen. Gleichzeitig bemühten sich Tei-

le der westdeutschen Öffentlichkeit und der staatlichen Behörden, die zweite Generation vor rassistischer Diskriminierung zu schützen. Dadurch eröffneten sich potenziell neue Spielräume, innerhalb derer schwarze Deutsche ihre Rechte effektiver verteidigen konnten. Im Verlauf der Sechzigerjahre gerieten die „Mischlingskinder“ des Zweiten Weltkriegs mehr und mehr in Vergessenheit.⁴⁸ Damit verblassten auch die Debatten über Deutsche of Color und ihren Platz in der deutschen Gesellschaft. Die selbstgefällige Wahrnehmung, dass Westdeutschland die schwarzen Besatzungskinder letztlich ohne nennenswerte Probleme erfolgreich integriert habe, spielte in diesem Prozess eine zentrale Rolle. Diese Haltung war wesentlich dadurch erleichtert worden, dass die Geschichte der Verfolgung der Weimarer Generation schwarzer Besatzungskinder und die Realität ihrer Präsenz in der deutschen Nachkriegsgesellschaft im öffentlichen Bewusstsein weitgehend ausgeblendet waren.

⁴⁷ Der Regierungspräsident Wiesbaden/Entschädigungsbehörde, Bescheid in der Entschädigungssache der Arbeiterin L. M., 22. 8. 1963, in: HHSStAW 518/1071, S. 53.

⁴⁸ Vgl. Fehrenbach (Anm. 40), S. 178.

JULIA ROOS

ist Professorin für Geschichte an der Indiana University in Bloomington, USA, mit einem Schwerpunkt auf der Geschichte der Weimarer Republik. roos@indiana.edu

Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



OSTDEUTSCHE OF COLOR

Schwarze Geschichte(n) der DDR und Erfahrungen nach der deutschen Einheit

Patrice G. Poutrus · Katharina Warda

Ost-Berlin, Schönefeld, September 1972. Am Flughafen herrscht Chaos. Statt der 3000 angekündigten Besucher:innen erscheinen knapp 50000 Menschen. Ein Meer aus Fotoapparaten, Transparenten, Sonnenschirmen und Blumensträußen. Sie umringen das gelandete Flugzeug, jubeln und begrüßen in ekstatischen Sprechchören eines der größten politischen Idole der DDR: „unsere schwarze Schwester Angela“.

Dem vorausgegangen war eine Solidaritätskampagne zur Freilassung der 1970 durch das FBI inhaftierten US-amerikanischen Bürgerrechtlerin und Kommunistin Angela Davis, die sich bis heute im kollektiven Gedächtnis der Ostdeutschen verankert hat. Unter dem Slogan „1 Million Rosen für Angela“ schrieben DDR-Bürger:innen in den Jahren 1970 bis 1972 Tausende Postkarten und Protestschreiben, die ihre Freilassung forderten. Im Jahr 1971 verging kaum ein Tag, an dem die Staatsmedien nicht über Davis und ihre Inhaftierung berichteten. Als Kommunistin verkörperte sie für die DDR-Führung ein „anderes Amerika“ – einen im marxistisch-leninistischen Sinne revolutionären Teil der US-Bevölkerung.

Zudem wurde in den sozialistischen Ländern die afroamerikanische Bevölkerung generell als das „andere Amerika“ angesehen und Rassismus als Instrument kapitalistischer Unterdrückung betrachtet.⁰¹ Vor diesem Hintergrund pflegte die Sowjetunion bereits in den 1930er Jahren Kontakte zu afroamerikanischen Aktivist:innen. Prominente Beispiele sind der Schwarze Musiker, Bürgerrechtler und Sozialist Paul Robeson und seine Frau, die Autorin und Panafrikanistin Eslanda Goode Robeson, die 1934 die Sowjetunion besuchten und mehrere Jahre in der DDR lebten. Während Paul Robeson in der sozialistischen Welt ein gefeierter Musiker und Aktivist war, musste er in seiner

Heimat, den USA der McCarthy-Ära, mit starken Repressionen leben.⁰²

Auch Angela Davis genoss bei Besuchen in der DDR und anderen sozialistischen Ländern einen Schutz, der für sie als bekannte Schwarze Bürgerrechtlerin in den USA der 1970er Jahre nicht selbstverständlich war – den Schutz, sich frei und ohne Angst um ihr Leben in der Öffentlichkeit bewegen zu können.⁰³ Gleiches galt etwa für Martin Luther King und seinen Nachfolger Ralph Abernathy, der sich 1971 beeindruckt von den Solidaritätsbemühungen für Angela Davis zeigte.⁰⁴ Davis selbst wurde nach ihrer Freilassung ein gefeierter Star in der *weißen* Mehrheitsgesellschaft der DDR: Ihr Gesicht wurde in Zeitschriften, auf Postkarten und Demonstrationstransparenten abgebildet, die Stadt Magdeburg ernannte sie zur Ehrenbürgerin, die Universität Leipzig verlieh ihr vor einem Publikum von 200000 Menschen die Ehrendoktorwürde.

Dennoch verblieb aus heutiger Sicht dieser Antirassismus vor allem auf der Repräsentationsebene: Während Davis, Robeson, King und Abernathy als Symbole einer neuen Gesellschaft gefeiert wurden, fanden ihre Lehren selbst kaum Verankerung in der Gesellschaft der DDR, sondern standen lediglich für das „andere Amerika“. Auch wurden weder sie als Personen noch ihr antirassistisches Bewusstsein ein alltäglicher Teil der DDR.

Doch war die DDR selbst auch keine homogen *weiße* Gesellschaft. Seit ihrer Gründung hatte es neben repräsentativen Besuchen weniger diplomatischer Abgesandter auch größere Migrationsbewegungen gegeben. Die daraus hervorgehenden Schwarzen DDR-Bürger:innen erlebten in ihrem Alltag eine Diskrepanz zwischen antirassistischer Symbolpolitik einerseits und einem Mangel an antirassistischem Bewusstsein andererseits.



Die US-amerikanische Bürgerrechtlerin Angela Davis (2. v. r.) bei einem Freundschaftstreffen mit Erich Honecker (m.) am 11. September 1972 im Friedrichstadtpalast in Ost-Berlin.

Quelle: picture alliance / dpa-Zentralbild

WEGE SCHWARZER MENSCHEN IN DIE DDR

Asylsuchende

Schwarze Menschen kamen auf verschiedenen Wegen in die DDR. Eine Gruppe waren Asylsuchende. Dem sowjetischen Beispiel folgend, bot die erste Verfassung der DDR zwar eine Möglich-

keit für die Aufnahme politischer Flüchtlinge.⁰⁵ In Artikel 10 wurde denjenigen Ausländern Asyl gewährt, die „wegen ihres Kampfes für die in dieser Verfassung niedergelegten Grundsätze im Ausland verfolgt werden“. In der sozialistischen Verfassung von 1968 wurde dieses Asylrecht in Artikel 23 jedoch zu einer reinen Kann-Bestimmung. Entscheidungsträger waren die Führungsgremien der kommunistischen Staatspartei der DDR, das Politbüro und das Sekretariat des Zentralkomitees der SED, die als zentrale nicht-staatliche Gremien über die Gewährung von Asyl beziehungsweise den dauerhaften Aufenthalt von Asylsuchenden entschieden.

Es entwickelte sich eine Aufnahmepraxis, die den jeweils aktuellen außenpolitischen Interessen der SED nachgeordnet war und einen bedingten Aufnahmewillen der Staatspartei spiegelte.

01 Vgl. Maria Schubert, Solidarität! Angela Davis und die DDR, in: Kathleen Reinhardt (Hrsg.), 1 Million Rosen für Angela Davis, Ausstellungskatalog, Staatliche Kunstsammlungen Dresden 2020, S. 56–58.

02 Vgl. Michael Rauhut, The Voice of the Other America: African-American Music and Political Protest in the German Democratic Republic, in: Timothy Brown/Lorena Anton (Hrsg.), Between the Avant-Garde and the Everyday. Subversive Politics in Europe from 1957 to the Present, Kopenhagen 2011, S. 96–101.

03 Vgl. Kathleen Reinhardt, 1 Million Rosen für Angela Davis, in: Reinhardt (Anm. 1), S. 16.

04 Vgl. Sophie Lorenz, Chronologie der Ereignisse, in: Reinhardt (Anm. 1), S. 46.

05 Vgl. Patrice G. Poutrus, Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis zur Gegenwart, Berlin 2019, S. 103–160.

Die Unterstützung sogenannter fortschrittlicher Kräfte im Kampf gegen den Imperialismus zeigte sich in der Ausbildung und begrenzten Aufnahme von Funktionären und als zuverlässig geltenden Mitgliedern politischer Bewegungen im Ausland, wie der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), der namibischen Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Südafrika und lateinamerikanischer Befreiungsbewegungen.⁰⁶

Bei den Aufgenommenen handelte es sich nicht lediglich um Opfer oder Verfolgte von Willkür und Gewaltherrschaft in den Herkunftsländern. Als politische, meist kommunistische Gegner der jeweiligen Regime in ihrer Heimat galten sie als Verbündete im Kalten Krieg. Für diesen Personenkreis war es unter Umständen möglich, mit der gesamten Familie in die Emigration zu gehen. Durch das Überschreiten der Demarkationslinie zwischen Ost und West in der Zeit der Blockkonfrontation fiel diesen sogenannten politischen Emigranten jedoch eine äußere wie innere Mehrdeutigkeit zu: Ihre zumeist kommunistische Gesinnung und politische Loyalität gegenüber dem SED-Staat stand einer emotionalen Bindung an das verlassene Heimatland gegenüber. Die Folge waren Konflikte, in denen sie in Abhängigkeit zu den Institutionen des SED-Staates standen und sich, angesichts der Unmöglichkeit, Rechtsgarantien einzuklagen, in einer schwachen und letztlich gefährdeten Position befanden.

Der von der SED reklamierte Anspruch auf „gesellschaftlichen Fortschritt durch den Kampf gegen den Imperialismus“ – das heißt, gegen den „kapitalistischen Westen“ – war kein rein ideologisches Etikett, sondern verstärkte zugleich den Unwillen des Regimes, sich im Grundsatz wie im Einzelfall mit den Schwierigkeiten im Zusammenleben von Einheimischen und Fremden auseinanderzusetzen. Entscheidend für den Umgang mit Fremden im Staatssozialismus war die mit der Totalität des marxistisch-leninistischen Herrschaftsanspruchs verbundene Homogenitätsvorstellung der kommunistischen Staatspartei. Nicht das Postulat des universalen Menschheitsfortschritts, sondern die dichotome Struktur des Klassenkampfes kann für den Umgang mit Fremden im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ als grundlegend angesehen werden. Für DDR-Bürger:innen war es unter Berufung auf den „proletarischen Internationalis-

mus“ durchaus möglich, im Alltag chauvinistische Vorurteile und rassistische Stereotype aufrechtzuhalten, ohne dadurch in Konflikt mit der sozialistischen Staatsmacht zu geraten.⁰⁷

Ausländische Studierende

In der Zeit von 1951 bis 1989 erwarben zwischen 64 000 und 78 400 ausländische Studierende aus mehr als 125 Staaten an tertiären Bildungseinrichtungen der DDR einen Abschluss und machten damit bis zu drei Prozent aller Hochschulabsolvent:innen aus. Für 1952 weisen die internen Statistiken des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR erstmals 16 ausländische Studierende an den Hochschulen und Universitäten in der DDR aus. Die Zahl stieg kontinuierlich an, und für 1989 wurden 13 410 ausländische Studierende in der DDR gezählt. Nicht alle kamen aus den kommunistisch beherrschten Ländern in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa oder Ostasien.

Obwohl die DDR-Funktionäre die Aufnahme ausländischer Studierender beharrlich als Ausdruck der sozialistischen Solidarität und des proletarischen Internationalismus darstellten, war sie doch zugleich auch außen- und handelspolitischen Zielen unterworfen. So veränderte sich die Herkunftsstruktur der ausländischen Studierenden in der DDR gemäß den sich wandelnden außenpolitischen Interessen des SED-Staates. Die Zahl der arabischen Studierenden ging zwischen 1959 und 1967 um zehn Prozent zurück, während der Prozentsatz der Studierenden aus afrikanischen Ländern um zehn Prozent anstieg und die Zahl der Studierenden aus Asien, Westeuropa und Lateinamerika in diesem Zeitraum relativ konstant blieb.⁰⁸

Während ihres Aufenthalts waren die ausländischen Studierenden in der DDR einem erheblichen Anpassungsdruck ausgesetzt. Es wurde erwartet, dass sie die gegebenen politischen und ökonomischen Verhältnisse im SED-Staat hinnahmen. Es steht außer Frage, dass die DDR vielen Menschen eine Hochschulbildung ermöglichte, die sie ansonsten nicht erhalten hätten. Die individuellen Bedürfnisse dieser Menschen jedoch wurden von Vertreter:innen des SED-Staats im Allgemeinen ignoriert.

⁰⁷ Vgl. ebd., S. 158f.

⁰⁸ Zu den Zahlenangaben vgl. Damian Mac Con Uladh, „Studium bei Freunden?“ Ausländische Studierende in der DDR bis 1970, in: Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus (Hrsg.), *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnungen in der DDR-Gesellschaft*, Köln 2005, S. 175–220.

⁰⁶ Vgl. Poutrus (Anm. 5), S. 105.

Trotz der Rhetorik des Internationalismus und der Solidarität sahen diese die ausländischen Studierenden vor allem als außen- und handelspolitisches Kapital an. Die Verantwortlichen führten sich die unvermeidlichen sozialen Konsequenzen nicht vor Augen, die es haben musste, wenn junge Studierende für viele Jahre in einer von rassistischen Einstellungen geprägten Gesellschaft lebten. Das zerstörte letztlich nicht nur viele positive Beispiele für interkulturelle Verständigung in der DDR, es machte auch den erhofften Effekt der Verbreitung eines positiven DDR-Bildes bei den Bürger:innen nicht-sozialistischer Länder zunichte.

Weil die DDR-Behörden sich bei der Entwicklung eines Alumni-Netzwerks schwerfällig zeigten, ist es kaum möglich, systematisch die weiteren Lebenswege der Menschen nachzuvollziehen, die in der DDR studierten. Einiges weist jedoch darauf hin, dass viele Absolvent:innen schlussendlich in Westdeutschland oder bei westdeutschen Firmen im Ausland Arbeit fanden. Ironischerweise hat so letztlich wohl gerade die Bundesrepublik am stärksten vom Ausländerstudium in der DDR profitiert. Zugleich wies das Ausländerstudium bereits in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren Merkmale auf, die in der Folgezeit zu Grundlinien der SED-Politik gegenüber Ausländer:innen im Allgemeinen und insbesondere gegenüber Arbeitsmigrant:innen wurden.⁰⁹

Vertragsarbeiter:innen

Im Jahr 1989 registrierte der SED-Staat rund 95 000 ausländische Beschäftigte, hauptsächlich aus Vietnam, Mosambik, Angola, Kuba und Polen. In der neueren Forschung herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass der entscheidende Grund für die Beschäftigung von ausländischen Arbeitsmigrant:innen der zunehmende Arbeitskräftemangel in der zentralistischen Planwirtschaft war.¹⁰ Zugleich gingen die ausländischen Arbeitskräfte, die Re-

präsentanten der jeweiligen Entsendeländer und ihre administrativen Partner in der DDR sowie die ostdeutsche Bevölkerung davon aus, dass mit der Arbeitsmigration keine langfristige Einwanderung verbunden sein würde. In der offiziellen Propaganda galt der Aufenthalt als „Arbeitskräftekooperation“ im Rahmen der „sozialistischen ökonomischen Integration“. Dadurch sollte das unterschiedliche Entwicklungsniveau zwischen den sozialistischen Staaten und den sogenannten Jungen Nationalstaaten ausgeglichen werden.¹¹

In der Presse wurde ein ausnahmslos harmonisches Bild vom Leben und Arbeiten von Vertragsarbeiter:innen in der DDR-Gesellschaft gezeichnet. Hilfsbereitschaft und Solidarität mit und vor allem vonseiten der ostdeutschen Kolleg:innen wurden hervorgehoben. Neben Rührung, Herzlichkeit und Zuneigung kam das alltägliche, von Mangel und Misstrauen geprägte Zusammenleben schlicht nicht vor. Widersprüche und Konflikte wurden – wenn überhaupt – nur als Anpassungsprobleme der Arbeitsmigrant:innen an den Alltag in der „fortschrittlichen“ Industrieproduktion dargestellt. Implizit erschienen die Vertragsarbeiter:innen entweder als Bestätigung des kommunistischen Ideals vom Revolutionär in der Welt oder sie galten als behütete Schützlinge und folg-same Schüler:innen des Sozialismus in der DDR.¹²

Gemessen an ihrer Anzahl und Aufenthaltsdauer, prägten insbesondere Menschen aus Vietnam und Mosambik das Bild der Arbeitsmigrant:innen. 1989 waren aus den beiden Staaten rund 52 000 beziehungsweise 15 000 Personen als Beschäftigte in der DDR registriert. Vietnam, Mosambik und Angola rangen seit Ende der 1970er Jahre mit den Folgen jahrzehntelanger Dekolonisationskonflikte, die durch die globale Blockkonfrontation im Kalten Krieg ausgeweitet worden waren: Massive Kriegszerstörungen, hohe Auslandsverschuldung, Wirtschaftskrisen sowie Versorgungsengpässe bei Grundnahrungsmitteln und gleichzeitige Massen-erwerbslosigkeit führten dazu, dass die kommu-

⁰⁹ Vgl. Patrice G. Poutrus, Migranten in der „Geschlossenen Gesellschaft“. Remigranten, Übersiedler, ausländische Studierende, Arbeitsmigranten in der DDR, in: Jochen Oltmer (Hrsg.), Handbuch Staat und Migration vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Berlin–Boston 2016, S. 967–995, hier S. 981–984.

¹⁰ Vgl. Jonathan R. Zatlín, Scarcity and Resentment. Economic Sources of Xenophobia in the GDR 1971, in: Central European History 4/2007, S. 683–720; Mike Dennis, Asian and African Workers in the Niche Society, in: ders./Norman LaPorte, State and Minorities in Communist East Germany, New York 2011, S. 87–123; Urmila Goel, Ungehörte Stimmen. Überlegungen zur Ausblendung von Migration in die DDR in der Migrationsfor-

scherung, in: Duygu Gürsel/Zülfükar Çetin/Allmende e.V. (Hrsg.), Wer Macht Demokratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen, Münster 2013, S. 138–150.

¹¹ Vgl. Mirjam Schulz, Migrationspolitik der DDR. Bilaterale Anwerbeverträge von Vertragsarbeitnehmern, in: Kim Christian Priemel (Hrsg.), Transit – Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in der DDR 1945–1990, Berlin 2011, S. 143–168.

¹² Vgl. Ann-Judith Rabenschlag, Völkerfreundschaft nach Bedarf, Ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und Bevölkerung der DDR, Stockholm 2014.

nistischen beziehungsweise prokommunistischen Regierungen dieser Staaten großes Interesse an Vereinbarungen zum Arbeitskräftetransfer in die verbündeten Staaten in Europa hatten. Angeworben werden sollten insbesondere Menschen zwischen 18 und 35 Jahren, weil diese Altersgruppe als besonders leistungsfähig angesehen wurde. Die Beschäftigung der Vertragsarbeiter:innen sollte auf einen Zeitraum von jeweils vier Jahren begrenzt sein, wobei die Möglichkeit einer Verlängerung auf sieben Jahre bestand, wenn die Betriebe sie für unabkömmlich hielten. Ab 1987 sollte es möglich sein, dass vietnamesische Vertragsarbeiter:innen für fünf Jahre in der DDR einer Arbeit nachgingen. Allerdings war ein Übergang in eine permanente Anstellung mit einem entfristeten Aufenthaltsrecht kein Gegenstand der bilateralen Übereinkünfte.¹³

Insbesondere, wenn es zwischen Vertragsarbeiter:innen und Einheimischen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam, verurteilten die Justizorgane des SED-Staates bei gleichen Strafvorwürfen Ausländer deutlich härter als ostdeutsche Angeklagte. Insbesondere mosambikanische Vertragsarbeiter wurden überdurchschnittlich oft wegen Sexualdelikten angeklagt und verurteilt. Gewaltsame Ausschreitungen gegen Vertragsarbeiter:innen, etwa gegen algerische Arbeitsmigrant:innen in Erfurt im August 1975 oder gegen zwei kubanische Männer im August 1979 in Merseburg, wurden in der DDR-Öffentlichkeit nicht thematisiert. Vertragsarbeiter:innen waren gegenüber ihren ostdeutschen Kolleg:innen und den Institutionen des SED-Staats situativ und strukturell gefährdet.¹⁴

Dennoch kam es zwischen Vertragsarbeiter:innen und DDR-Bürger:innen auch zu privaten Kontakten und Beziehungen. Wenn binationale Paare heiraten wollten, benötigten sie für die Eheschließung das Einverständnis beider Staaten, und dies war weder in der DDR noch in den Entsendeländern ein mit Wohlwollen begleiteter Vorgang. Viele Beziehungen scheiterten an der staatlichen Willkür, manche deutsche Frau verleugnete gar den ausländischen Vater ihres Kindes, um den Männern Schwierigkeiten nach der Rückkehr ins Heimatland zu ersparen.

13 Vgl. Patrice G. Poutrus, *Fremd im Bruderland. Vertragsarbeit und das Ende des Goldbroilers*, in: Lydia Lierke/Massimo Perinelli (Hrsg.), *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin 2020, S. 277–298, hier S. 284–291.

14 Vgl. Jürgen Mense, *Ausländerkriminalität in der DDR. Eine Untersuchung zu Kriminalität und Kriminalisierung von Mosambikanern 1979–1990*, in: Priemel (Anm. 11), S. 211–244.

Wenngleich dieser staatliche Druck auf private Beziehungen Ausdruck der generellen Politisierung eines jeden Auslandskontakts war, so erwies sich diese Gemengelage de facto doch als geeignet, ohnehin bestehende rassistische Vorbehalte in der ostdeutschen Bevölkerung durch eine institutionelle Rahmensetzung zu bestätigen. Die ganze Aufmerksamkeit der verantwortlichen Teile des Partei- und Staatsapparates richtete sich auf die Entlastung der angeschlagenen Planwirtschaft der DDR durch den Arbeitskräftetransfer. Wenn auch die Willkür im institutionellen Handeln dabei zuweilen überraschende Spielräume für einzelne beziehungsweise paradoxe Lebensumstände für manche Vertragsarbeiter:innen mit sich bringen konnte, entwickelte sich die gesellschaftliche Integration der Vertragsarbeiter:innen in die ostdeutsche Gesellschaft nie zum Ziel. Erwartet wurde eine umfassende Anpassung an die vorgefundenen Arbeits- und Lebensverhältnisse sowie eine unbedingte Anerkennung der staatlichen Autorität.¹⁵

Mit dem rapiden Machtverlust der SED im Herbst und Winter 1989/90 ging nicht nur die Illusion der Reformierbarkeit der Planwirtschaft verloren, sondern auch die Kontrolle über die staatlichen Betriebe. Damit landeten die Vertragsarbeiter:innen trotz fortwährender Gültigkeit der bilateralen Entsendevereinbarungen in einem rechtlichen Niemandsland. In der sich abzeichnenden Systemkrise standen viele nun massiv unter Druck: Vertragsarbeiter:innen waren von betrieblichen Kündigungen betroffen, und betriebliche Unterkünfte wurden aus Kostengründen geschlossen. Insbesondere am Rande ostdeutscher Großstädte breitete sich ein xenophobes Klima aus, dessen radikalster Ausdruck gewaltsame Übergriffe auf Ausländer:innen waren. Um diesen Verhältnissen zu entgehen, folgten zahlreiche Vertragsarbeiter:innen dem Weg ihrer ostdeutschen Kolleg:innen und beantragten nach dem Fall der Mauer in Westdeutschland Asyl. Zugleich bemühte sich die inzwischen frei gewählte und zugleich letzte Regierung der DDR im Sommer 1990 darum, die gezielte Rückführung der nun ehemaligen Vertragsarbeiter:innen in ihre Entsendeländer durch finanzielle Unterstützungszahlungen zu befördern. Die gewandelte gesellschaftliche Situation in der DDR und die damit einhergehenden

15 Vgl. Christoph Lorke, *Verhandelte Grenzüberschreitungen – Binationale und interkulturelle Eheschließungen und Paarbeziehungen in der DDR*, 13. 10. 2021, www.bpb.de/342017.

staatlichen Maßnahmen führten schließlich dazu, dass von den Ende 1989 registrierten etwa 59 000 vietnamesischen und 15 100 mosambikanischen Vertragsarbeiter:innen zum Zeitpunkt der deutschen Einheit lediglich noch 21 000 beziehungsweise 2800 in Ostdeutschland lebten.¹⁶

LEBENSWEGE SCHWARZER OSTDEUTSCHER

Die, die blieben, erwarteten die Wirren und die Gewalt der Wendejahre. Das betraf zum einen weit verbreitete Phänomene wie Arbeitslosigkeit und die Abwertung von Qualifikationen und Bildungsabschlüssen, die Schwarze Ostdeutsche potenziell schneller und stärker trafen als ihre *weißen* Kolleg:innen. Zum anderen waren Schwarze Menschen der rechten Gewalt, die sich in der DDR bereits abzeichnete, aber sich mit der Wiedervereinigung in einem erschütternden Ausmaß im Osten ausbreitete, oft am stärksten ausgesetzt. Am 6. Dezember 1990 wurde der aus Angola stammende Vertragsarbeiter Amadeu Antonio in Eberswalde ermordet. In Hoyerswerda kam es 1991 und ein Jahr später in Rostock-Lichtenhagen zu rassistischen Pogromen. Aber auch im Alltäglichen hat und hatte der Umgang mit Schwarzen Menschen in der DDR-Gesellschaft für viele Menschen biografische Konsequenzen. Diese sind in journalistischen, literarischen und geisteswissenschaftlichen Darstellungen und Deutungen der Verhältnisse in Ostdeutschland bisher nachrangig behandelt worden, was Aussagen über wiederkehrende Muster, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Biografien Schwarzer Menschen in der DDR und Ostdeutschland erschwert. Deshalb möchten wir im Folgenden unsere persönlichen Lebenserfahrungen schildern und damit andere Schwarze Menschen aus Ostdeutschland ermutigen, hervorzutreten und ihre Geschichten und Sichtweisen vorzustellen.

Patrice Poutrus

Als Sohn einer Ostberliner Buchhändlerin und eines afrikanischen Studenten war bis 1989 die DDR Dreh- und Angelpunkt meines Lebens. Ich wurde hier geboren und wuchs in der Nähe

der Berliner Mauer auf. In Ostberlin ging ich zur Schule und absolvierte meine erste Berufsausbildung als Elektronikfacharbeiter. Ich fühlte mich in dieser Zeit dem SED-Staat stark verbunden, war stolzer Thälmann-Pionier und erhielt die Jugendweihe. Mit 18 Jahren wurde ich Mitglied der SED und diente von 1981 bis 1984 als Unteroffizier in der NVA. Während der Militärzeit wurden meine Frau und ich Eltern von zwei Söhnen und erhielten vom Staat relativ zügig eine Wohnung. Meine Frau studierte an der Humboldt-Universität und wurde Lehrerin, ich war hauptamtlicher Funktionär der FDJ, zuerst in meinem Ausbildungsbetrieb, später in der Berliner Bezirksleitung der FDJ. Ich suchte in dieser Wirklichkeit nach Anerkennung und schien sie als junger Mann auch gefunden zu haben.

Allerdings gab es in den Jahren zwischen dem Ende meiner Schulzeit und dem Ende der DDR auch Episoden und Ereignisse, die ich mir nicht erklären konnte. Warum wollten unbekannte Menschen meine Haare berühren? Warum erwarteten Lehrer und Mitschüler, dass ich ein besonders guter Sportler oder talentierter Tänzer sein musste? Warum verprügelte ein Vater seine Tochter, nachdem ich sie nach der Disco nach Hause gebracht hatte? Warum mussten sich junge Frauen in meiner Begleitung anzügliche Bemerkungen über ihre Partnerwahl gefallen lassen? Es gab Zeiten, da mied ich im Sommer die Sonne, damit ich nicht gar zu verschieden aussah. Ich wollte, dass die „Genossen“ erkannten, dass sie sich auf mich verlassen konnten. Dennoch ergab es sich mehrfach, dass mein abwesender Vater ausreichender Grund dafür war, dass ich bei der Berufswahl, beim Militär und auch bei der FDJ nicht als hinreichend vertrauenswürdig galt und deshalb bestimmte Stellen nicht einnehmen sollte.

Ich hatte das Ende des SED-Staates nicht kommen sehen; ich habe es so auch nicht wirklich gewollt und war deshalb Ende 1989 tief enttäuscht – enttäuscht vom real existierenden Kommunismus, von der DDR (als vermeintlicher Alternative zur Bundesrepublik) und vor allem von mir selbst. Ich gehörte nicht zu den Siegern der Geschichte, wie ich es in der Schule, beim Militär und in der SED gelernt und mir auch gewünscht hatte. Nicht nur das Politbüro der SED war gescheitert, sondern auch meine Hoffnung auf Anerkennung und Teilhabe hatte sich als vergeblich erwiesen. Die frühen 1990er Jahren waren für mich eine Zeit schwerer Enttäuschungen, großer Ängste und schwerer

¹⁶ Vgl. Almuth Berger, Nach der Wende: Die Bleiberechtsregelung und der Übergang ins vereinte Deutschland, in: Karin Weiss/Mike Dennis (Hrsg.), Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 69–76.

wiegender Verluste. Gleichzeitig zu meiner persönlichen Sinnkrise veränderte sich die Stimmung in Ostdeutschland und Ostberlin auf gefährliche Weise. Ich hatte den Eindruck, dass sich mir bekannte Orte und Menschen zu einer Gefahr entwickelten, und jeder Blick in die Medien zu dieser Zeit verstärkte dieses Gefühl.

In dieser Zeit fand ich in Kreuzberg zur Initiative Schwarze Deutsche (ISD) und lernte die Poesin May Ayim kennen. Wie ich schon zuvor erfahren hatte, war May in dieser Szene von Menschen, denen ich mich verwandt fühlte, durch ihre historisch-publizistische Arbeit und nicht zuletzt durch ihre Poesie zu einer der herausragenden Frauen geworden, und ich bewunderte sie. Die wöchentlichen Zusammenkünfte der ISD in Kreuzberg, und ganz besonders der Black History Month, wurden für mich zu Zufluchts-, Sehnsuchts- und Inspirationsräumen. Dies ist auch ein Grund dafür, warum ich mich nicht, trotz Treuhand-Skandalen und all der Härten der Transformation in Ostdeutschland, an Wessi-Ossi-Zerwürfnissen der vergangenen Jahre beteiligen mag. Westberlin war für mich in den sogenannten Baseballschlägerjahren zum Zufluchtsort geworden. Durch die ISD habe ich mein Selbstbewusstsein als Schwarzer Ostdeutscher gefunden, und die Worte von May Ayim werden mich immer begleiten.

Katharina Warda

1985 werde ich in Wernigerode geboren, einer Kleinstadt im Harz. Meine Mutter ist *weiße* ostdeutsche Fabrikarbeiterin, mein Vater südafrikanischer Student, der über den ANC in die DDR kam. Ihn habe ich bis zum heutigen Tag nie kennengelernt, weil die Beziehung meiner Eltern von den staatlichen Funktionären „nicht gern gesehen“ wurde. „Nicht gern gesehen“ – die Worte meiner Mutter scheinen sich verselbstständigt zu haben, auch wenn es generell um Schwarze Menschen in der DDR und Ostdeutschland geht. „Nicht gern gesehen“ – eigentlich gar nicht gesehen und besprochen. Denn so real eine Schwarze DDR-Bevölkerung auch war und so virulent antirassistische Kämpfe im Ausland gefeiert wurden, so wenig wurden beide im Alltag der DDR zusammengebracht. Es fehlte ein gelebter Antirassismus in Praxis und Sprache.

Meine Mutter sagte mir in meiner Kindheit oft, meine Haare sähen aus wie die von Angela Davis. Ein gewisser Stolz und Anerkennung blitzten dann immer in ihren Augen auf. Ich glaube heute, das war ihre einzige Metapher, um mir

zu sagen, dass ich Schwarz bin. Damit meine ich eine Art und Weise, zu einer vermeintlich „Anderen“ gemacht zu werden, „nicht gern gesehen“, nicht gern besprochen zu sein. Meine Kindheit war geprägt von einem Schweigen, wenn es zum Beispiel um meinen Vater und seine Geschichte in der DDR ging, oder wenn es um Dinge ging, die mir passierten und die ich heute als rassistisch benennen kann; von einer Sprachlosigkeit im Umgang mit Schwarz-Sein in dem Deutschland, in dem ich aufwuchs.

In meiner Erinnerung an die DDR stehen die Erfahrungen im Kindergarten, das Warten auf die Pionierweihe und Alltägliches wie Besuche im Zoo im Vordergrund. Doch mit der Wende im Alter von fünf Jahren brach die ganze Dimension mangelnder antirassistischer Praxis über mich herein. Auf einmal, mit dem Aufbrechen der Regeln, die zuvor galten, gab es eine Sprache für mich als Schwarze Person; eine gewaltvolle Sprache der Außenwelt – die ihre Entsprechung in Anfeindungen und körperlicher Gewalt auf der Straße fand. Als ich sieben Jahre alt war, verfolgte mich eine Gruppe Berufsschülerinnen auf dem Weg von der Grundschule nach Hause. Sie bewarfen mich mit Steinen, riefen Beleidigungen und wünschten mich dahin zurück, „wo ich herkomme“. Ich frage mich bis heute manchmal, wo das eigentlich sein soll. Denn so sehr ich mich aufgrund meiner Erfahrungen als Ostdeutsche fühle, so wenig finde ich als Schwarze Frau bis heute in Erzählungen der DDR und Ostdeutschlands im öffentlichen Raum statt. Es scheint, als wiederhole sich die Wortlosigkeit der DDR gegenüber ihren Schwarzen Bürger:innen bis heute in der beharrlichen Betrachtung der DDR und Ostdeutschlands als homogen *weiße* Gesellschaft ohne Migration, anstatt eine antirassistische Sprache zu finden und Ostdeutsche of Color selbst zu Wort zu bitten.

PATRICE G. POUTRUS

ist Zeithistoriker, Migrationsforscher und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erfurt mit einem Schwerpunkt auf der DDR und Ostdeutschland. patrice.poutrus@uni-erfurt.de

KATHARINA WARDA

ist Literaturwissenschaftlerin, Soziologin und freie Autorin mit den Schwerpunktthemen Ostdeutschland, marginalisierte Identitäten, Rassismus, Klassismus und Punk. katharina.warda@gmail.com

AFROZENSUS

Intersektionale Analysen zu Anti-Schwarzem Rassismus in Deutschland

*Joshua Kwesi Aikins · Teresa Bremberger ·
Daniel Gyamerah · Muna AnNisa Aikins*

„Black Lives Matter – Schwarze Leben zählen!“ – unter diesem Motto gingen auch in Deutschland 2020 tausende Menschen auf die Straße. In Medien und Politik wurde wochenlang über Rassismus diskutiert. Schnell etablierten sich jedoch bekannte Muster: Schwarze Menschen wurden aufgefordert, von persönlichen Rassismuserfahrungen zu berichten. Im öffentlichen Diskurs gab es aber wenig Bereitschaft, die darin sichtbar werdenden Muster von Anti-Schwarzem Rassismus (ASR) sowie dessen Einbettung in institutionelle und strukturelle Verhältnisse in Deutschland anzuerkennen, geschweige denn, den Fokus auf notwendige institutionelle Veränderungen zu legen.

Die beständige Reinszenierung immer gleicher Fragen erzeugte innerhalb der Schwarzen Communities vielfach den Eindruck einer bekannten, kräftezehrenden Dynamik: Am Ende der Debatten stehen meist allgemeine Appelle und Bekundungen, in denen Anti-Schwarzer Rassismus meist nicht einmal mehr benannt wird. In krassem Kontrast dazu steht der Handlungsbedarf zur Sicherung von Menschenrechten, Grundfreiheiten und der Menschenwürde von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen, die in Deutschland weit verbreitetem Rassismus ausgesetzt sind.

Die gemeinsame Reflexion von Anti-Schwarzem Rassismus ist zwar schon lange Bestandteil Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Wissenspraxen, dennoch fehlte bisher eine empirische Diskussionsgrundlage mit differenzierten Daten, obwohl weit mehr als eine Million Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen in Deutschland leben⁰¹ und die Bundesregierung diese neben Sinti*^zze und Rom*ⁿja, Jüdinnen und Juden sowie Muslim*ⁿinnen als eine von vier Gruppen benennt,⁰² die in Deutschland in besonderer Weise von Rassismus betroffen sind.

Der Afrozensus, eine Onlineerhebung zu Lebensrealitäten Schwarzer Menschen in Deutschland, soll das ändern: Im Sommer 2020 nahmen knapp 6000 Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen an einer Befragung zu ihren Lebensrealitäten, Diskriminierungserfahrungen, zu Anti-Schwarzem Rassismus, aber auch zu ihrem Engagement und ihrem Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen teil. Diese Daten lenken den Blick auf das Ausmaß, die Muster und die Folgen der Diskriminierungserfahrungen und machen in den Erfahrungen Einzelner die institutionelle und strukturelle Verankerung des Anti-Schwarzen Rassismus in Deutschland sichtbar.⁰³ Für Schwarze Menschen ist wegen der häufigen Leugnung der Existenz von ASR die Validierung der eigenen Diskriminierungserfahrung von besonderer Bedeutung.

ANTI-SCHWARZER RASSISMUS

In der Onlinebefragung des Afrozensus wurde Anti-Schwarzer Rassismus wie folgt definiert: „Anti-Schwarzer Rassismus (ASR) ist eine spezifische Form des Rassismus und hat in Europa und Deutschland seit der Zeit der Versklavung Tradition. Bei ASR handelt es sich um eine spezifische Herabwürdigung, Entmenschlichung und rassistische Diskriminierung von Schwarzen Menschen afrikanischer Herkunft. Ungeachtet der Realität von Diskriminierung oder Hierarchisierung nach ‚Hautschattierung‘ (Colorism), ist ASR nicht auf Diskriminierung in Bezug auf die ‚Hautfarbe‘ reduzierbar, da spezifische Dynamiken bei Anti-Schwarzer Diskriminierung existieren und diese von Menschen afrikanischer Herkunft mit unterschiedlichen ‚Hauttönen‘ erlebt werden.“⁰⁴ Diese Definition basiert auf theoretischen und historischen Arbeiten zu ASR⁰⁵ sowie auf einem seit

Generationen transnational geteilten und für unterschiedliche Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Erfahrungen in Deutschland und der Welt ausdifferenzierten Erfahrungswissen.⁰⁶ Auf Basis dieser Definition identifiziert der Afrozensus zentrale Muster des ASR.⁰⁷ Die quantitative Onlinebefragung sowie die qualitative Vertiefung der Analyse durch Interviews und Fokusgruppen in den Bereichen Gesundheit und Bildung ermöglichen eine empirische Überprüfung und Präzisierung der Wirkungsweise dieser Muster.⁰⁸

Sowohl die Vertiefung der Themenbereiche Gesundheit und Bildung als auch die auf Alltagssituationen basierende Abfrage von ASR-Mustern sind aus Konsultationen mit Vertreter*innen Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Communities in Deutschland entstanden – dieses Vorgehen verweist ebenso wie die Durchführung des Afrozensus durch die Selbstorganisation Each One Teach One (EOTO) in Zusammenarbeit mit Citizens For Europe (CFE) auf eine in Deutschland in dieser Form – und mit diesem Methodenmix – neue, communities-basierte und zivilgesellschaftlich verankerte Forschung. Diese war vor dem Hintergrund historischer und gegenwärtiger Erfahrungen wichtig, um das Vertrauen der Mit-

wirkenden zu gewinnen – Schwarze Menschen waren im Afrozensus-Projekt nicht die passiven Objekte einer vornehmlich weißen Forschungsperspektive, sondern die Subjekte einer Wissensproduktion, die Fragestellungen auf die Bedarfe der Communities fokussiert.

METHODEN UND STICHPROBENDEMOGRAFIE

Der Afrozensus besteht aus einer quantitativen Online-Befragung sowie qualitativen Interviews und Fokusgruppengesprächen. Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen in Deutschland waren per Selbstidentifikation zur Teilnahme an der Online-Befragung in deutscher, englischer und französischer Sprache eingeladen – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. Da es keine genauen Erkenntnisse über die Größe dieser Gruppe in Deutschland gibt – und aufgrund historischer Erfahrungen mit dem Missbrauch von Forschungsdaten für rassistische Diskriminierung⁰⁹ –, handelt es sich um eine eher versteckte und nur schwer zu erreichende Grundgesamtheit. In Verbindung mit forschungsökonomischen Faktoren macht dies eine völlig zufällige Stichprobenziehung unmöglich. Wir haben daher ein Schneeball-Sampling-Verfahren angewendet. Mit Hilfe von EOTO und weiteren, insbesondere Schwarzen Selbstorganisationen und Unterstützer*innen haben wir dazu aufgerufen, sich auf der Projektwebsite für eine Teilnahme anzumelden.

Insgesamt sind die Antworten von 5793 Teilnehmenden in die Analyse eingegangen. Aufgrund der Corona-Pandemie konnten Menschen vor Ort, etwa in Geflüchtetenunterkünften, Afroschops, Kirchen, Moscheen und anderen Treffpunkten nicht persönlich angesprochen werden – die Beteiligung einiger Teilgruppen ist daher geringer ausgefallen als erhofft.

01 Vgl. Muna AnNisa Aikins et al., *Afrozensus 2020: Perspektiven, Anti-Schwarze Rassismuserfahrungen und Engagement Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland*, Berlin 2021, S. 57. www.afrozensus.de/reports/2020.

02 Vgl. Bundesministerium des Innern/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus: Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen, Berlin 2017, www.bmfsfj.de/resource/blob/116798.

03 Anti-Schwarzer Rassismus ist in Deutschland seit der Beteiligung mehrerer deutscher Vorläuferstaaten am Versklavungshandel überliefert. Vgl. Klaus Weber, *Germany and the Early Modern Atlantic World: Economic Involvement and Historiography*, in: Rebekka von Mallinckrodt/Josef Köstlbauer/Sarah Lentz (Hrsg.), *Beyond Exceptionalism. Traces of Slavery and the Slave Trade in Early Modern Germany, 1650–1850*, München 2021.

04 Vgl. Aikins et al. (Anm. 1), S. 39f.

05 Vgl. Michael J. Dumas/kihana miraya ross, „Be Real Black for Me“: *Imagining BlackCrit in Education*, in: *Urban Education* 4/2016, S. 415–442; Frantz Fanon, *Schwarze Haut, weiße Masken*, Frankfurt/M. 1980; Grada Kilomba, *Plantation Memories: Episodes of Everyday Racism*, Münster 2010; Charles W. Mills, *An Illumination Blackness*, in: *The Black Scholar* 4/2013, S. 32–37; Katharina Oguntoye/May Opitz/Dagmar Schultz, *Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte*, Berlin 1986; Michelle M. Wright, *Becoming Black: Creating Identity in the African Diaspora*, Durham 2004; dies., *Physics of Blackness: Beyond the Middle Passage Epistemology*, Minneapolis 2015.

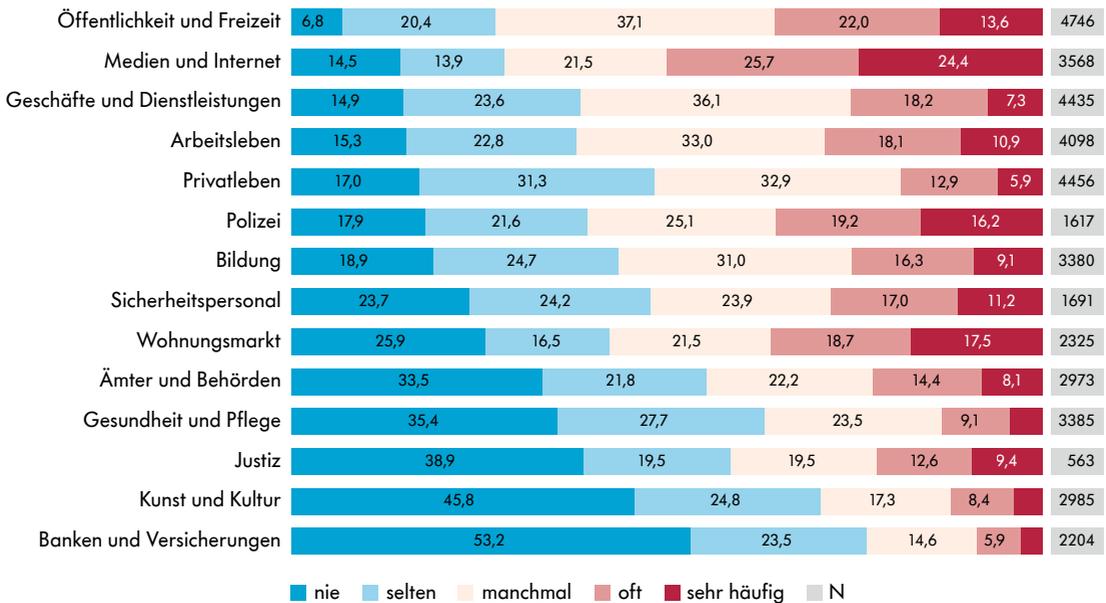
06 Vgl. Michelle M. Wright 2004 (Anm. 5).

07 Vgl. Aikins et al. (Anm. 1), S. 40ff.

08 Vgl. ebd., S. 212–222.

09 Schwarze Menschen waren im Verlauf des 20. Jahrhunderts wiederholt Gegenstand sozialanthropologischer und psychologischer Studien in rassistischer Tradition. Vgl. Robbie Aitken/Eve Rosenhaft, *Black Germany: The Making and Unmaking of a Diaspora Community, 1884–1960*, Cambridge 2013, S. 264; Tina Camp/Pascal Grosse, „Mischlingskinder“ in Nachkriegsdeutschland: Zum Verhältnis von Psychologie, Anthropologie und Gesellschaftspolitik nach 1945, in: *Psychologie und Geschichte* 1–2/1994, S. 48–78.

Abbildung 1: Relative Häufigkeit von eigenen Diskriminierungserfahrungen der Afrozensus-Befragten nach Lebensbereichen in Prozent



N weist die Gesamtzahl der Antworten in den Lebensbereichen aus. Angaben wurden nur von denjenigen Teilnehmenden gemacht, die im relevanten Zeitraum Kontakt zum jeweiligen Bereich hatten.

Quelle: Aikins et al., Afrozensus 2020, Abb. 22. Datenteam: L. Reiber, J. Vivanco | Design: C. Scherer | Lizenz: CC-BY-NC by EOTO & CFE | afrozensus.de.

Die Stichprobendemografie zeigt, dass wir im Afrozensus häufiger cis-weibliche¹⁰ Befragte mit überdurchschnittlichen Bildungsabschlüssen erreicht haben, die in Relation zum Durchschnitt aller Menschen mit afrikanischem Migrationshintergrund¹¹ in Deutschland etwas älter sind und ein höheres Einkommen haben. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind sie jedoch im Durchschnitt jünger und verdienen weniger. Die Befragten sind in 144 unterschiedlichen Ländern geboren, der Großteil jedoch in Deutschland (71,0 Prozent). Etwa ein Viertel der Befragten hat statistisch gesehen keinen Migrationshintergrund,¹² gehört

aber zur Gruppe Schwarzer, afrikanischer und afro-diasporischer Menschen. Hier wird deutlich, wie wichtig es ist, in Befragungen nicht nur nach dem Migrationshintergrund zu fragen, um eine Unsichtbarmachung zu vermeiden.

ERGEBNISSE

Die Teilnehmenden wurden zu Diskriminierungserfahrungen in 14 Lebensbereichen befragt. Dabei werden einerseits Unterschiede in den Erfahrungen verschiedener Teilgruppen deutlich. Andererseits erlebt selbst im Bereich mit der geringsten Diskriminierungserfahrung (Banken und Versicherungen) immer noch fast die Hälfte der dazu Befragten¹³ (46,8 Prozent) Diskriminierung. Am häufigsten mit jeweils mehr als 85 Prozent geben

10 „Cis“ (lat. diesseitig) bezeichnet Menschen, deren Geschlechtsidentität mit ihrem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt.

11 Da über die Zielgruppe Schwarze, afrikanische und afro-diasporische Menschen keine Statistiken vorliegen, konnten wir das Sample nur näherungsweise mit Menschen afrikanischer Herkunft vergleichen. Zu den Quellen vgl. Aikins et al. (Anm. 1), S. 56, Anhang 1.

12 Keinen Migrationshintergrund zu haben bedeutet nach der im Afrozensus operationalisierten Definition, dass kein Elternteil nach 1955 aus einem anderen Land auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewandert ist, eingebürgert

wurde oder eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit hat oder als Schutzsuchende*r unter Berufung auf humanitäre Gründe nach Deutschland geflohen ist.

13 Da die Beantwortung der einzelnen Fragen freiwillig war und es sich teils um Filterfragen handelt, ist im Afrozensus zu jedem Ergebnis das spezifische „n“, also die Anzahl der Personen, die die Frage beantwortet hat, angegeben. Vgl. Aikins et al. (Anm. 1), S. 53.

die Befragten an, in den vergangenen beiden Jahren in den Bereichen „Öffentlichkeit und Freizeit“, „Medien und Internet“, „Geschäfte und Dienstleistungen“ und „Arbeitsleben“ diskriminiert worden zu sein. Die Angabe, „sehr häufig“ diskriminiert worden zu sein, machen die meisten Befragten in den Lebensbereichen „Medien und Internet“ (24,4 Prozent), „Wohnungsmarkt“ (17,5 Prozent) und „Polizei“ (16,2 Prozent).

Die Befragten sollten zunächst angeben, mit welchen der 14 Lebensbereiche sie in den vergangenen beiden Jahren Kontakt hatten. Im Anschluss konnten sie angeben, ob beziehungsweise wie häufig auf einer 5er-Skala von „nie“ bis „sehr häufig“ sie Diskriminierung erlebt haben. Gaben die Befragten an, in einem Lebensbereich diskriminiert worden zu sein, konnten sie aus einer Liste von 22 Diskriminierungsmerkmalen auswählen. Mehrfachantworten waren dabei möglich.

In der Analyse werden über alle Lebensbereiche hinweg für Diskriminierungen am häufigsten rassistische Gründe oder „ethnische Herkunft“ (93,9 Prozent) und Hautfarbe (91,5 Prozent) genannt, gefolgt von den Merkmalen Geschlecht (52,5 Prozent), Name (44,8 Prozent), Haare/Bart (38,1 Prozent) und sozialer Status (33,5 Prozent). Auffällig ist, dass sich die Rangfolge der am häufigsten genannten Diskriminierungsmerkmale je nach Teilgruppen verändert. So nimmt beispielsweise das Merkmal „Geschlecht“ bei Cis-Frauen (Rang 3) einen deutlich höheren Rang ein als bei Cis-Männern (Rang 11).¹⁴ Obwohl die Befragten an dieser Stelle der Umfrage noch allgemein nach ihren Diskriminierungserfahrungen und nicht explizit nach Rassismuserfahrungen gefragt wurden, spielt rassistische Diskriminierung schon hier eine relevante Rolle. Die Verschränkungen mit zahlreichen weiteren Diskriminierungsmerkmalen wie etwa Geschlecht und sozialer Status bis hin zum Körpergewicht spiegeln die Bedeutung intersektionaler Diskriminierungserfahrungen.

97,3 Prozent der Afrozensus-Befragten geben an, dass sie persönlich ASR erleben, fast die Hälfte (42,9 Prozent) „oft“ oder „sehr häufig“. ASR wirkt spezifisch über wiederkehrende Mechanismen. Dabei werden häufig Ideen von einer angeblich „wesenhaften Andersartigkeit“ Schwarzer Menschen mobilisiert: 99,1 Prozent der Befragten berichten davon, gefragt worden zu sein, wo sie *wirklich* herkommen, wobei geographische

Antworten häufig so lange nicht zufriedenstellen, wie die Fragenden davon ausgehen, dass die genannten Orte mehrheitlich von weißen Menschen bewohnt werden. 78,6 Prozent sind schon mindestens einmal aufgefordert worden, „dahin zurückzukehren wo sie hergekommen sind“. Dieses Muster der Fremdverortung spricht Schwarzen Menschen die Zugehörigkeit zu Deutschland ab, was sich in Äußerungen bis hin zu Abschiebe- und Deportationsfantasien als Teil rassistischer Beleidigungen und Übergriffe zeigt.

Mit dem Überschreiten persönlicher geht häufig auch ein Überschreiten körperlicher Grenzen einher: 90,4 Prozent der Befragten geben an, dass ihnen ungefragt in die Haare gegriffen wird. Hier werden Ideen von der Verfügbarkeit Schwarzer Körper wirkmächtig. In diesem Zusammenhang ist auch die Sexualisierung Schwarzer Menschen eine häufige Erfahrung. Insgesamt geben fast 80 Prozent an, auf Dating-Apps sexualisierte Kommentare bezüglich ihres Aussehens beziehungsweise ihrer „Herkunft“ zu erhalten.

Auch die Kriminalisierung ist eine geteilte Erfahrung. Über 56 Prozent geben an, gefragt zu werden, ob sie Drogen verkaufen, und ebenfalls über 56 Prozent bekunden, ohne erkennbaren Grund von der Polizei kontrolliert zu werden.

In den Daten zeigen sich darüber hinaus Mechanismen wie die Aberkennung von Kompetenzen, die Entindividualisierung und die Homogenisierung Schwarzer Menschen. Diese sind insbesondere in den Fokusgruppeninterviews für die Bereiche Gesundheit und Bildung thematisiert worden. So benennen etwa Schwarze Ärzt*innen die Muster der Fremdmachung, die ihnen in den Bereichen Forschung, Diagnostik, Versorgungsstrukturen und auch bereits in der Ausbildung und Qualifizierung begegnen. Sie beschreiben intersektionale Diskriminierung, in der sich Rassismus, Sexismus und Klassismus überschneiden: „(...) da gibt es irgendwie so einen Knick in der Logik für ganz viele Leute, die können es [Schwarz sein/Afrikanisch sein und ein Medizinstudium] irgendwie schwer zusammenbringen und dann halt kommen immer (...) noch so Classicism dazu, (...) das haben mich total viele im Studium immer gefragt, ‚du musst adoptiert sein‘, das können die gar nicht verstehen.“ Dies setzt sich im Arbeitsalltag fort, wenn Schwarze Ärzt*innen routiniert für Krankenpfleger*innen oder das Reinigungspersonal gehalten werden. In diesem Zusammenhang beobachten sie auch,

14 Vgl. Aikins et al. (Anm. 1), Anhang 8.

dass die Aberkennung von Fachlichkeit nach Zuschreibungen zu Sprache und afrikanischer Herkunft so nuanciert wird, dass etwa togolesische oder kenianische Kolleg*innen noch einmal deutlich andere Diskriminierungserfahrungen machen als afrodeutsche, in Deutschland sozialisierte Ärzt*innen mit einem weißen Elternteil.

INTERSEKTIONALE ANALYSE

Auf Basis der unterschiedlichen Vielfaltsdimensionen, die für den Afrozensus mithilfe der soziodemografischen Angaben der Befragten operationalisiert wurden,¹⁵ war es uns möglich, für die verschiedenen Lebensbereiche und für in Communities-Konsultationen entwickelte Situationsbeschreibungen¹⁶ zu konkreten Ausprägungen von Anti-Schwarzem Rassismus Teilgruppenanalysen durchzuführen. Dabei haben wir untersucht, zwischen welchen Teilgruppen (zum Beispiel Cis-Frauen, Cis-Männern und TIN*-Befragten¹⁷) einer Vielfaltsdimension (etwa Geschlechteridentität(en)) sich signifikante¹⁸ Unterschiede in den Angaben zu Diskriminierungserfahrungen feststellen lassen. Die differenzierte Erfassung von ASR im Erleben von Teilgruppen ermöglicht es, differenzierte Gefährdungsprofile herauszuarbeiten, die unterschiedliche Schutzbedürfnisse sichtbar werden lassen. Es zeigt sich, dass

15 Für eine Übersicht sowie Angaben zur Operationalisierung aller 17 im Afrozensus abgefragten Vielfaltsdimensionen vgl. Aikins et al. (Anm. 1), S. 59.

16 Dabei wurden zwei Sets mit je 23 Aussagen zu diskriminierenden Situationen abgefragt. Die Befragten erhielten zufällig zugewiesen entweder Set 1 oder Set 2. Von diesen 23 Aussagen kamen vier aufgrund ihrer erhöhten Relevanz für die Schwarzen Communities jeweils in beiden Sets vor (zu Racial Profiling, Hatespeech, Leugnung von ASR und der Bezeichnung mit dem N-Wort). Daraus ergibt sich für einige der Fragen eine geringere Gesamtzahl der Befragten. Vgl. Aikins et al. (Anm. 1), Anhang 12.

17 Das Akronym TIN* steht für trans*, inter* und nicht-binär. Für detaillierte Erklärungen vgl. Aikins et al. (Anm. 1), S. 308.

18 Zur Berechnung der Signifikanz wurden mit der tendenziell deprivilegierten Gruppe und der tendenziell norm-privilegierten Gruppe (z. B. Befragte mit und ohne Beeinträchtigung) der jeweiligen Vielfaltsdimension ein Zweistichproben-t-Test durchgeführt. Für alle Werte von p unter 0,1 wurde ein signifikanter Unterschied zwischen den jeweiligen Gruppen für einen bestimmten Lebensbereich festgestellt. Als Signifikanzniveau wurde $p \leq 0,1$ (Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner als 10 Prozent) verwendet. Für die genauen p -Werte der Teilgruppenanalysen vgl. Aikins et al. (Anm. 1), Anhang.

in den meisten Fällen gesellschaftlich tendenziell deprivilegierte Teilgruppen signifikant häufiger angeben, diskriminiert worden zu sein, als die gesellschaftlich tendenziell privilegierten Teilgruppen.

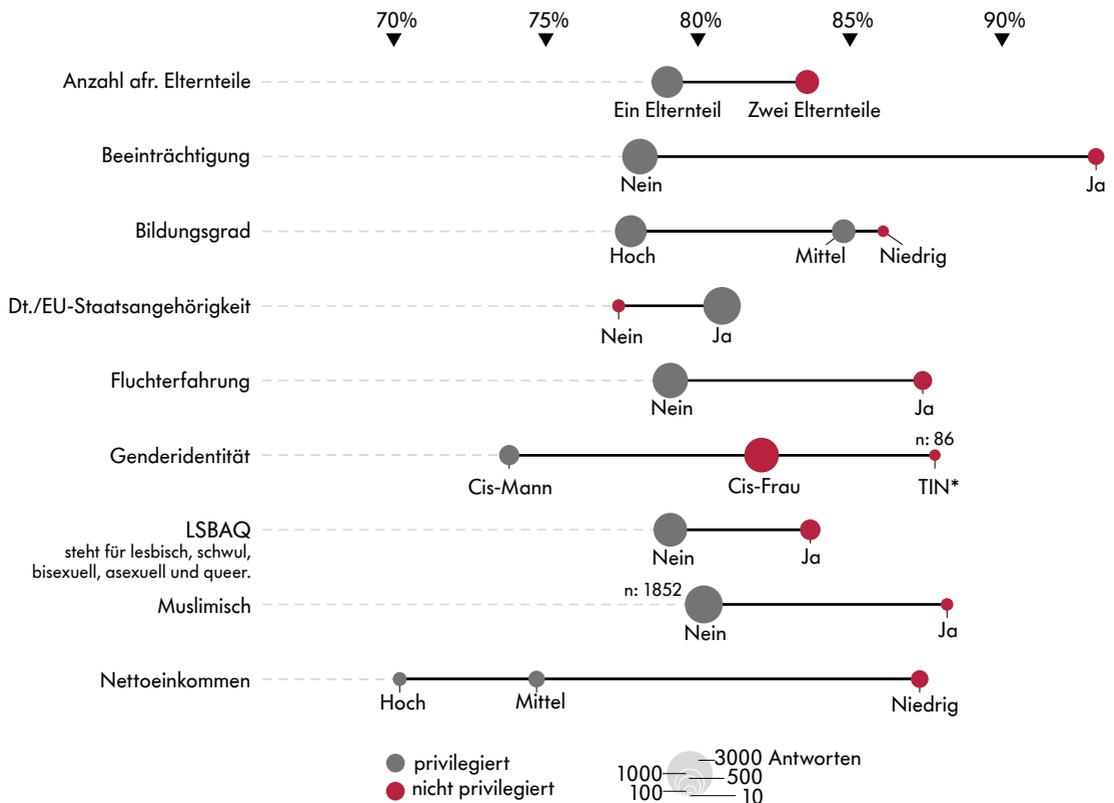
Auf diese Weise differenzieren und ergänzen die Afrozensus-Daten den Wissensstand zu Diskriminierungsrealitäten in unterschiedlichen Lebensbereichen um Einblicke in spezifische Effekte der Mehrfachdiskriminierung Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen. Diese sind zum Beispiel neben und in Verschränkung mit den bekannten Diskriminierungsdynamiken im deutschen Bildungssystem, die etwa Menschen mit Beeinträchtigung und mit einem niedrigen Einkommen benachteiligen, von weiteren Diskriminierungsformen betroffen, wobei sich alle dargestellten Formen mit Anti-Schwarzem Rassismus verschränken.

Eine Teilgruppe, die sich als besonders gefährdet herausgestellt hat, sind Befragte mit zwei afrikanischen/afrodiasporischen Elternteilen. Die Operationalisierung dieser Teilgruppe gründete auf unserer Vermutung, dass Schwarze Menschen im Kontext von ASR nach zugeschriebenen phänotypischen und kulturellen „afrikanischen“ Merkmalen hierarchisiert, bewertet und diskriminiert werden. Je „afrikanischer“ eine Person wahrgenommen wird, desto intensiver ist ihre ASR-Erfahrung. Diese Vermutung wird über fast alle Lebensbereiche hinweg bestätigt: In 12 von 14 Lebensbereichen geben Befragte mit zwei afrikanischen/afrodiasporischen Elternteilen signifikant häufiger an, in den vergangenen beiden Jahren diskriminiert worden zu sein, als Befragte mit einem afrikanischen/afrodiasporischen Elternteil.

Über die Hälfte der Befragten mit zwei afrikanischen/afrodiasporischen Elternteilen (57,7 Prozent) geben an, dass ihnen in der Schule davon abgeraten wurde, Abitur zu machen, und stattdessen geraten wurde, einen Ausbildungsberuf zu erlernen oder im Bereich Sport und Entertainment zu arbeiten. Bei Befragten mit nur einem afrikanischen/afrodiasporischen Elternteil war das nur bei knapp der Hälfte der Fall.

Dieses Muster und die Intensivierung von ASR über eine Nähe zu zugeschriebenen „afrikanischen“ Merkmalen bestätigt sich ebenfalls in der vertieften qualitativen Analyse der Studie, in der unter anderem Ärzt*innen und Eltern von Kindergarten- und Schulkindern diese Dynamiken beschreiben. Die größten Unterschiede in Bezug auf Diskriminierungserfahrungen zwischen Befragten

Abbildung 2: Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen entlang ausgewählter Vielfaltsdimensionen im Lebensbereich „Bildung“



Quelle: Aikins et al., Afrozensus 2020, Abb. 57. Datenteam: L. Reiber, J. Vivanco | Design: C. Scherer | Lizenz: CC-BY-NC by EOTO & CFE | afrozensus.de.

mit einem und solchen mit zwei afrikanischen/afrodiasporischen Elternteilen finden sich in den Lebensbereichen „Wohnungsmarkt“, „Ämter und Behörden“ und „Sicherheitspersonal“. Lediglich im Bereich Privatleben geben Befragte mit einem afrikanischen/afrodiasporischen Elternteil häufiger an, Diskriminierung zu erleben als Befragte mit zwei afrikanischen/afrodiasporischen Elternteilen. Der Unterschied ist signifikant. Gestützt auf die Antworten auf die offenen Fragen der Analyse vermuten wir, dass Schwarze Menschen mit einem weißen oder People-of-Color-Elternteil auch durch eigene Familienmitglieder im Privatleben vermehrt rassistische Diskriminierung erleben.

Weitere Abweichungen vom Muster, dass die gesellschaftlich eher deprivilegierte Teilgruppe häufiger von Diskriminierung berichtet als die privilegierte Teilgruppe, zeigen sich in den Ergebnissen zur Teilgruppenanalyse der Vielfaltsdimension „Geschlechteridentität(en)“. So geben in den Lebensbereichen „Wohnungsmarkt“, „Poli-

zei“, „Sicherheitspersonal“ sowie „Geschäfte und Dienstleistungen“ cis-männliche Befragte signifikant häufiger als cis-weibliche Befragte an, Diskriminierung erlebt zu haben. Dies verdeutlicht, warum wir prinzipiell und vor allem im Kontext von Anti-Schwarzem Rassismus von *tendenziell* gesellschaftlich deprivilegierten und privilegierten Gruppen sprechen: Schwarze Cis-Frauen sind in vielen der abgefragten Bereiche zwar gegenüber Schwarzen Cis-Männern benachteiligt – gleichzeitig ergeben sich durch die Intersektion von rassistischer und sexistischer Diskriminierung für Schwarze Männer in bestimmten Kontexten Diskriminierungsdynamiken, die sie gegenüber Schwarzen Cis-Frauen benachteiligen.

Besonders deutlich wird das im Kontakt mit der Polizei. Insgesamt geben mehr als die Hälfte der Afrozensus-Befragten (56,7 Prozent) an, bereits ohne für sie erkennbaren Grund von der Polizei kontrolliert worden zu sein. Cis-Männer geben mit 78,0 Prozent signifikant häufiger an, von

der Polizei kontrolliert zu werden als Cis-Frauen (47,9 Prozent).

Dieses Ergebnis bestätigt das ASR-Muster von angeblicher Kriminalität, das vor allem bei der Diskriminierung von Schwarzen Männern in Form von Racial Profiling zum Tragen kommt. 63,3 Prozent der befragten Personen, die sich als trans*, inter* oder non-binär identifizieren, werden regelmäßig von der Polizei kontrolliert, sie geben signifikant am häufigsten an, Polizeigewalt zu erleben. 58,3 Prozent von ihnen sind von Polizeigewalt betroffen, bei Cis-Männern und -Frauen sind es 45,6 und 27,3 Prozent.

Die Erfahrungen Schwarzer Menschen mit der Polizei unterscheiden sich grundlegend von den Erfahrungen der Gesamtbevölkerung: Zwar liegen bisher keine vergleichenden Daten für Diskriminierung im direkten Kontakt mit der Polizei vor, ein erster Hinweis könnte allerdings die Frage nach dem Vertrauen in die Polizei sein: Während in der Gesamtbevölkerung nur 2 Prozent „gar kein Vertrauen“ in die Polizei haben,¹⁹ sind es unter Afrozensus-Befragten mehr als ein Viertel (28,0 Prozent). Darüber hinaus gibt fast die Hälfte der Befragten an, in den vergangenen beiden Jahren den Kontakt zur Polizei aus Angst vor Diskriminierung gemieden zu haben.

LEUGNUNG VON RASSISMUS

Die Bagatellisierung und Ablehnung von ASR ist eine Erfahrung, die viele Befragte teilen: Fast alle Befragten (93,3 Prozent) geben an, dass ihnen nicht geglaubt wird, wenn sie Rassismus ansprechen.

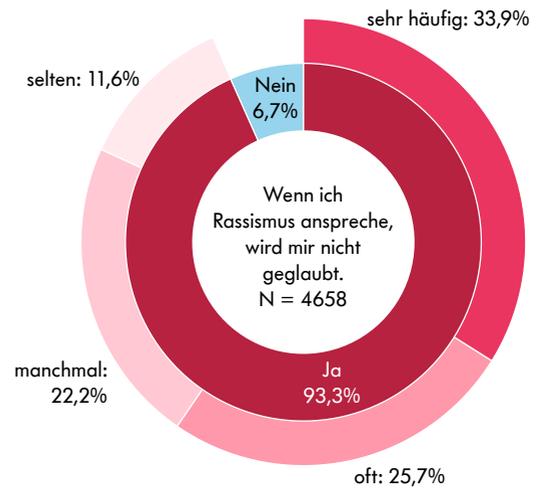
Zudem erleben viele Befragte, wenn sie Diskriminierung melden, einen unsachgemäßen oder gar diskriminierenden Umgang damit. Das hat zur Folge, dass viele Befragte Institutionen oder Lebensbereiche meiden, um sich vor Diskriminierung zu schützen.

Aus diesen Angaben und den in der qualitativen Analyse vertieften Betrachtungen der Umgangsweisen mit ASR konnten wir das Dilemma identifizieren, mit dem sich die Befragten konfrontiert sehen:²⁰ Das Ansprechen oder Melden von ASR kann Ablehnung oder sogar weitere und verstärkte rassistische Diskriminierung zur Fol-

¹⁹ Vgl. Infratest Dimap, Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die Polizei, 2020, www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/vertrauen-in-die-polizei/.

²⁰ Vgl. Aikins et al. (Anm. 1), S. 157.

Abbildung 3: Erfahrungen mit der Leugnung von Anti-Schwarzem Rassismus



Quelle: Aikins et al., Afrozensus 2020, Abb. 77. Datenteam: L. Reiber, J. Vivanco | Design: C. Scherer | Lizenz: CC-BY-NC by EOTO & CFE | afrozensus.de.

ge haben. Wenn ASR jedoch nicht angesprochen wird, ist klar, dass die Betroffenen – und potenziell viele andere nach ihnen – im jeweiligen Kontext weiterhin ASR ausgesetzt sein werden. Die Tatsache, dass 45,7 Prozent der Befragten angeben, die Polizei zu meiden, während 22,3 Prozent die Justiz und 21,4 Prozent Ämter und Behörden meiden, dokumentiert die gravierende Einschränkung von gesellschaftlicher Teilhabe als eine Folge von Anti-Schwarzem Rassismus in Deutschland. Ein Teilnehmer beschreibt folgende Situation: „Ich wurde, ohne erkennbaren Grund, extrem aggressiv von Türstehern aus [einer] Studi-Party geschmissen und getreten. Die Anzeige bei der Polizei wurde am Ende für mich gefährlich, da ich eine Gegenanzeige bekam, der nach Aussage der Polizei eher geglaubt [werden würde] vor Gericht. Als Hauptproblem meiner Anzeige benannte der Polizist, dass ich erwähnte, dass ich die Vermutung hatte, dass die Situation aufgrund rassistischer Vorurteile (ich als Schwarzer Mann als besonders gefährlich wahrgenommen) so eskaliert ist. Im Anschluss wurde mir von einem Chirurgen noch gesagt, dass er es nicht mehr hören kann, dieses 'Rassismus'[-Thema]. Ich solle einfach eingestehen, dass ich daran Schuld habe.“²¹

²¹ Ebd., S. 224.

Die Erfahrung, dass auf Meldungen entsprechender Vorfälle unsachgemäß reagiert wird, ist eine naheliegende Erklärung dafür, weshalb 77,8 Prozent der Befragten Diskriminierung nicht melden. Dies ist jedoch nicht mit einem rein passiven Umgang gleichzusetzen. Denn gleichzeitig sind die Befragten überdurchschnittlich engagiert, etwa in der Empowermentarbeit: 46,8 Prozent geben an, ehrenamtlich aktiv zu sein, die meisten davon im sozialen Bereich. Damit liegt die Engagement-Quote unter den Teilnehmenden deutlich höher als im Bevölkerungsdurchschnitt.²²

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN AN POLITIK, VERWALTUNG UND COMMUNITIES

Vor diesem Hintergrund wird der dringende Handlungsbedarf zur gezielten Zurückdrängung von ASR und zur Etablierung eines angemessenen Umgangs mit Rassismus deutlich. Daher haben wir im Afrozensus auf Basis der erhobenen Daten und der qualitativen Analysen detaillierte Handlungsempfehlungen zusammengestellt, die sich sowohl an Politik und Verwaltungen in Bund und Ländern als auch an Schwarze, afrikanische und afrodiaporische Selbstorganisationen richten.

Eine zentrale Handlungsempfehlung zielt auf die Professionalisierung des Umganges mit Anti-Schwarzem Rassismus in Deutschland: Anstelle der Leugnung des Problems und der Wahrnehmung der gemeldeten Fälle als Anschuldigungen müssen Beschwerdestellen und Verfahren treten, die ASR kompetent und mit einem Verständnis für dessen strukturelle Einbettung und Intersektionalität untersuchen und bearbeiten.

Zur Anerkennung der Realität von ASR und einem professionellen Umgang damit gehört zudem das Ausarbeiten einer Definition, die Eingang in Verwaltungshandeln findet, ASR in seiner Spezifik fasst und Politik und Verwaltungen dazu befähigt, präventiv, aber auch ahndend tätig zu werden. Die im Afrozensus vorgelegte Definition und die empirisch herausgearbeiteten ASR-Muster können dafür ein Anhaltspunkt sein.

²² Vgl. Julia Simonson et al., *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurvey*, Berlin 2019, www.bmfsfj.de/resource/blob/176836/7dffa0b4816c6c652fec8b9eff5450b6/freiwilliges-engagement-in-deutschland-fuenfter-freiwilligensurvey-data.pdf.

Aufgrund der gesellschaftlichen Verankerung des ASR muss auch dessen Zurückdrängung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, sie kann nicht in der alleinigen Verantwortung Schwarzer, afrikanischer und afrodiaporischer Menschen liegen. ASR muss zu einem Problem derer werden, die ihn ausüben, und darf nicht länger vornehmlich mit denen assoziiert werden, die ihn erleben. Gleichzeitig ist die wichtige Arbeit von Selbstorganisationen aus rassismuserfahrenen Gemeinschaften anzuerkennen und zu stärken, da auch im Afrozensus Aktivitäten von Schwarzen Menschen selbst als diejenigen benannt werden, die Anti-Schwarzen Rassismus am effektivsten vermindern. Communities-basierte Antidiskriminierungs- und Empowermentarbeit sind daher zentrale Bausteine der Zurückdrängung von ASR, die entsprechende Anerkennung und Unterstützung verdienen sowie einer gezielten und langfristigen Förderung bedürfen. Dafür sind substantielle Aktionspläne notwendig, die durch eine unabhängige Expert*innenkommission flankiert werden sollten. Zur Schließung der Schutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), insbesondere in den Bereichen Bildung und Polizei, gehört zudem die (Weiter-)Entwicklung von Landesantidiskriminierungsgesetzen sowie des AGG zu einem Bundesantidiskriminierungsgesetz, das auch bei Diskriminierung durch staatliche Stellen Anwendung findet. Die Stärkung der Antidiskriminierungsinfrastruktur insgesamt, etwa durch unabhängige Beschwerdestellen mit ASR-Fachkompetenz, muss die genannten Maßnahmen flankieren.

Für Selbstorganisationen bieten die Afrozensus-Daten eine Gelegenheit, ihre wichtige Arbeit für Betroffene von intersektional intensiviertem ASR zu vertiefen. Die Tatsache, dass der erste Afrozensus im Jahr 2020 von zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführt wurde, verweist auf die Notwendigkeit der Etablierung von universitären Departments für Schwarze Studien/Black Studies – in Deutschland gibt es bisher kein einziges.

Der Afrozensus selbst kann nur der Anfang weiterer Forschung zur Lebenssituation Schwarzer, afrikanischer und afrodiaporischer Menschen in Deutschland sein. Er wurde ausführlich in den Medien rezipiert und hat Diskussionen in Sozialverbänden, in Politik und Verwaltung sowie in den vielfältigen Schwarzen, afrikanischen und afrodiaporischen Selbstorganisationen angestoßen. Nun gilt es, die Einblicke interdiszi-

plinär – und ausgehend von Schwarzen kollektiven Erfahrungen und Wissenstraditionen – weiter zu vertiefen. Der Afrozensus ist technisch so angelegt, dass Folgebefragungen möglich sind, um die Entwicklung der Perspektiven, Erfahrungen, Verhältnisse und Einschätzungen der Beteiligten im Zeitverlauf betrachten zu können. Sollte sich diese Möglichkeit eröffnen, verweisen die Ergebnisse des Afrozensus auf Kernthemen, die wir in einer Folgebefragung fokussieren würden: Im Auswertungsprozess wurde immer wieder deutlich, wie wichtig die Resilienz der Befragten, aber auch Empowermentaktivitäten von und für die Communities sind. Resilienz- und Empowermentstrategien wären daher Schwerpunkte für eine zweite Runde des Afrozensus.

Der Afrozensus ist im Volltext unter www.afrozensus.de/reports/2020 verfügbar, die Creative Commons Lizenz (CC-BY-NC) für Text und Grafiken ermöglicht die Verwendung der Analyse in der Presse, in Lehre, Forschung und der politischen Bildung sowie der Advocacy Arbeit.

JOSHUA KWESI AIKINS

ist Politikwissenschaftler und gehört als Senior Researcher bei Citizens For Europe zum Kernteam des Afrozensus. Er ist außerdem wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand an der Universität Kassel.

TERESA BREMBERGER

ist Sozialwissenschaftlerin. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Citizens For Europe und war zuvor bei EOTO e.V. als eine der Projektleiterinnen im Afrozensus tätig.

DANIEL GYAMERAH

ist Politik- und Verwaltungswissenschaftler. Er ist Bereichsleiter bei Citizens For Europe und ehrenamtlich im Vorstand von EOTO e.V. tätig.

MUNA ANNISA AIKINS

ist Sozialwissenschaftlerin und Dozentin mit dem Schwerpunkt auf Menschenrechten und leitet bei EOTO e.V. die Praxisforschung im Kompetenzzentrum Anti-Schwarzer Rassismus (KomPAD).

Immer informiert.

Bestellen Sie unseren APuZ-Newsletter oder folgen Sie uns bei Twitter!



ESSAY

SCHWARZE KÖRPER IN WEIßEN KUNSTRÄUMEN

Für eine Kultur des Kontakts

Mabret Ifeoma Kupka

Die Frage nach Einfluss und Rolle Schwarzer Deutscher im Kulturbetrieb wirft zunächst einige Fragen auf. Am dringlichsten ist vielleicht die nach dem vermeintlichen Graben zwischen *Kulturbetrieb*⁰¹ und Einflussnahme, als sei das eine ohne das andere denkbar, so als gäbe es einen *Kulturbetrieb*, in dem Schwarze Personen eine Rolle spielen können oder auch nicht. Eine weitere Frage ist die danach, was überhaupt „Schwarze Deutsche“ sind und *wie* sich diese zum *Kulturbetrieb*, welcher auch genauer zu definieren wäre, verhalten (können).

DEUTUNGSMACHT UND AUSSCHLUSSMECHANISMEN

In einem Video-Essay mit dem Titel „Black Stories“ befasste ich mich 2020 im Rahmen der Frankfurter Buchmesse mit den Fragen, was Schwarze deutsche Literatur ist oder sein könnte, ob ein derartiges Label überhaupt nützlich ist, und wenn ja, für wen und wenn nein, für wen nicht.⁰² Die Gespräche, die ich mit den Schwarzen Autor*innen Michael Götting, Sharon Dodua Otoo und Natasha A. Kelly sowie den Kritikern Eric Otieno und René Aguijah und der Vorsitzenden des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, Karin Schmidt-Friderichs, dazu führte, offenbarten alle eine gewisse Uneindeutigkeit, die zur Überlegung führte, ob die gestellten Fragen überhaupt die richtigen waren. Besonders dann, wenn es eigentlich um Fragen der Deutungsmacht, Marginalisierung und Ausschlussmechanismen innerhalb eines Teilbereichs des *Kulturbetriebs* – der Literatur – gehen sollte. Wer bestimmt eigentlich, was Literatur ist? Ist von Schwarzen Personen geschriebene Literatur keine Literatur? Wessen Werke werden von großen Verlagen veröffentlicht? Wer erhält Stipendi-

en und Preise?⁰³ Und sind das nicht Fragen, die der *Kulturbetrieb* selbst diskutieren müsste, eher als jene, die Ausgrenzung erfahren – gerade dann, wenn er, der *Kulturbetrieb*, sich als weltoffen, divers, demokratisch und anti-diskriminierend versteht?⁰⁴

2015 trafen sich in Berlin im Ballhaus Naunynstraße im Rahmen der Veranstaltungsreihe „We are tomorrow“ Schwarze, in Deutschland tätige Kulturschaffende zur „Ersten Indaba“. „Indaba“ ist ein Begriff aus dem isiZulu und bedeutet Zusammenkunft, Konferenz oder auch Angelegenheit, Affäre und beschreibt genau, worum es ging: eine Versammlung zum Austausch über die jeweilige kulturelle Praxis in Deutschland. Für das Theater waren Simone Dede Ayivi, Wagner Carvalho, Lara-Sophie Milagro und Julia Wissert dabei, im Bereich der Kunst Sandrine Micoché-Aikins, Bonaventure Soh Bejeng Ndikung und Manuela Sambo, für die Literatur Stefanie-Lahya Aukongo, Sharon Dodua Otoo, Michael Götting und Chantal Sandjon und für die Theorie Joshua Kwesi Aikins und Jean-Paul Bourelly.⁰⁵ Die Protokolle wurden im Anschluss als Buch publiziert, das „allen Schwarzen Kunst- und Kulturschaffenden in Deutschland und anderswo“ gewidmet ist und sich auch an Entscheidungsträger*innen der Kulturpolitik richtet.⁰⁶ Das Ballhaus Naunynstraße wurde 2008 gegründet und versteht sich als postmigrantisches Theater. Seit der Leitung durch Wagner Carvalho (2013) liegt ein Programmfokus auf Schwarzen Perspektiven, Perspektiven of Color und queeren Perspektiven. Das Haus bezeichnet sich „als Impulsgeber für eine Reflexion postkolonialer Strukturen in Alltag und Kunst, es interveniert für die gesellschaftliche Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Deutschlands, des strukturellen Rassismus und intersektionaler Ausschlussmechanismen“.⁰⁷ Die

„Erste Indaba“ ist Teil der Absicht, durch Kontinuität und Nachhaltigkeit zur Entwicklung neuer Perspektiven in den darstellenden Künsten beizutragen. Philipp Khabo Koepsell, Moderator der Veranstaltung und Herausgeber der begleitenden Publikation, betont die Kontinuität, in der die Veranstaltung steht, und hofft auf – der Name impliziert es – folgende Indaba.

Denn Schwarze Kulturschaffende organisieren sich in Deutschland seit vielen Jahrzehnten. Bereits in den 1930er Jahren schrieb der deutsch-kamerunische Schauspieler und Aktivist Louis Brody seine afrozentrische Theaterrevue „Sunrise in Morningland“. In den späten 1970er Jahren wurde das „Fountain Tanz Theater“ gegründet, und wenig später organisierte die „African Writers Association“, ein Zusammenschluss im Exil lebender afrikanischer Kulturschaffender in West-Berlin, Theaterstücke und Performances. Auch die Arbeit der Vereine Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e. V. (ISD) und Adefra e. V., die beide Mitte der 1980er Jahre gegründet wurden, umfasste von Beginn an ein kulturelles Programm mit Konzerten, Ausstellungen, Lesungen, Performances und Theater sowie die Publikation von Büchern und Zeitschriften (etwa „Afro Look“ und „Afrekete“), um nur einige Beispiele neben all den einzeln agierenden Schwarzen Kulturschaffenden in Deutschland zu nennen.⁰⁸ Wirklich Teil deutscher Kul-

turgeschichte, im Kontext mit anderen Werken, sind die Produktionen und Erzeugnisse dennoch nicht, die lange – wenn überhaupt bemerkt – als „exotisch“ oder genuin „afrikanisch“ markiert waren. 2013 noch wurde das „Black Lux Festival“ am Ballhaus Naunynstraße, das Kunst, Theater, Performances und Tanz Schwarzer Künstler*innen zeigte, in der Berichterstattung als „Afrikafestival“ bezeichnet.⁰⁹ Philipp Khabo Koepsell beschreibt ein Phänomen, das viele Schwarze deutsche Künstler*innen kennen: Ihre Fördergesuche würden von den Entscheidungsträgern mit dem Hinweis, man fördere im vorgesehenen Programm nur deutsche, keine internationalen Projekte, abgelehnt: „Zugrunde liegt der vorherrschende Irrglaube, es könne sich bei den schwarzen Antragsteller*innen (unabhängig ihrer tatsächlichen Nationalität) nicht um Deutsche, beziehungsweise beim Fokus ihrer Arbeit kaum um für Deutschland relevante Themen handeln.“¹⁰ Das Bewusstsein darüber, dass Deutsche nicht nur *weiß* sind, verändert sich langsam, ebenso langsam wie eine Verständigung darüber, was deutsche Themen sind. Dieser Mangel macht die Archivierung, Aufarbeitung und Kontextualisierung nach wie vor schwierig. Wissen geht verloren oder gerät in Privatarchiven in Vergessenheit, sodass mit jeder Produktion, Publikation oder Ausstellung der Eindruck entsteht, etwas genuin Neues würde geschaffen, statt es in einer Kontinuität zu betrachten und historisch einzuordnen. Mein eingangs erwähnter Video-Essay für die Frankfurter Buchmesse beginnt mit einem Kommentar des Autors und Wissenschaftlers Eric Otieno zum breiten Interesse an Schwarzem Leben in Deutschland im Kontext der Black-Lives-Matter-Proteste 2020: „Ich fand die Diskussion (...) sehr komisch. Insofern als keine Kontinuitäten gemacht wurden zu Personen oder Akteuren, die dieses Thema

01 *Kulturbetrieb* ist im Text bewusst kursiv gesetzt, um den *Betrieb* als soziales Feld zu markieren, in dem die Handelnden je nach ihrer Disposition und abhängig von historischen Bedingungen um Macht und Einfluss ringen. Vgl. Pierre Bourdieu, *Soziologische Fragen*, Frankfurt/M. 1993 und ders., *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*, Frankfurt/M. 1998.

02 Der Video-Essay „Black Stories“ entstand im Auftrag der Frankfurter Buchmesse 2020 für das digitale Programm der Messe „Signals of Hope“, www.youtube.com/watch?v=3UTH-1YHhT98.

03 Die Nominierungen für den Preis der Leipziger Buchmesse 2021 wurden in einem offenen Brief scharf kritisiert. Vgl. Preis der Leipziger Buchmesse. Der deutschsprachige Literaturbetrieb ist weiß, 26. 4. 2021, www.deutschlandfunkkultur.de/preis-der-leipziger-buchmesse-der-deutschsprachige-100.html.

04 Ein Beispiel ist die Frankfurter Buchmesse 2021: Eine Reihe von Vertreter*innen marginalisierter Gruppen sagte ihre Teilnahme ab, weil sie sich bei gleichzeitiger Präsenz rechter Verlage auf der Messe nicht sicher fühlten. Die Buchmesse gab bekannt, dass die Meinungs- und Publikationsfreiheit an oberster Stelle stehe, was auch für rechte Verlage gelte. Vgl. Rechte Verlage auf der Buchmesse. Wehrhaft sein und es den Rechten ungemütlich machen, 21. 10. 2021, www.deutschlandfunkkultur.de/rechte-verlage-auf-der-buchmesse-wehrhaft-sein-und-es-den-100.html.

05 Die Zuordnung der Teilnehmer*innen zu Disziplinen erfolgte zur groben Orientierung. Tatsächlich sind die jeweiligen Praktiken zumeist interdisziplinär.

06 Philipp Khabo Koepsell (Hrsg.), *Erste Indaba Schwarzer Kulturschaffender in Deutschland: Protokolle*, Berlin 2015, S. 4.

07 Vgl. Eigendarstellung des Ballhaus Naunynstraße, www.ballhausnaunynstrasse.de/about/.

08 Vgl. Koepsell (Anm. 6), S. 11 f.

09 Vgl. Patrick Wildermann, Ein Fest für die Heimat. „Black Lux“ im Ballhaus Naunynstraße zeigt die schwarze Community, 3. 9. 2013, www.tagesspiegel.de/kultur/8729638.html.

10 Koepsell (Anm. 6), S. 6.

schon vor Jahren thematisiert hatten. Es ist sehr wichtig, diese Kontinuitäten zu zeigen, damit man nachvollziehen kann, wie sich Schwarzes Leben in Deutschland entwickelt hat.“¹¹

DEUTSCHE (FEUILLETON-)KULTUR

2004 erschien der Roman „Liebe“ der afroamerikanischen Autorin und Literaturkritikerin Toni Morrison in deutscher Übersetzung. Seit den 1990er Jahren analysiert die Literaturwissenschaftlerin Julia Roth die Rezeption von Morrisons Werk im deutschsprachigen Raum, und auch 2004 stellte sie einen Unwillen (*weißer*) deutscher Kritiker*innen fest, sich umfassend mit dem Werk der amerikanischen Autorin auseinanderzusetzen. Morrison allein als Romanautorin und nicht als Essayistin zu rezipieren, was – so arbeitet es Roth heraus – in den deutschen Medien zu jener Zeit passierte, greife zu kurz: „In Toni Morrisons literaturkritischen Essays geht es darum, den Zusammenhang zwischen bestimmten Repräsentationsformen des ‚Anderen‘ im Bereich der Literaturkritik sowie dem literarischen Kanon und spezifischen Machtstrukturen innerhalb dieses Bereichs aufzudecken und in Frage zu stellen“, schreibt Roth.¹² Morrison plädiere für eine neue Lesart der zum US-amerikanischen Kanon gehörenden Texte, „die die bisher unmarkierte *weiße* Position kritisch reflektierend aufnimmt. Rassismus bleibt so kein rein ‚Schwarzes‘ Problem, sondern stellt ein Verhältnis dar, das auf einer Ideologie der binären Opposition basiert, die die *weiße* Seite privilegiert. Die Essays verhandeln den Diskurs um die Repräsentations-, Definitions- und Handlungsmacht marginalisierter Gruppen“.¹³ Es gehe Morrison darum, „die eigene Machtposition und die damit verbundenen Einschluss- und Ausschlussstrategien zu hinterfragen und sich

nicht länger außerhalb dieser Struktur zu verorten“. Damit ist unbedingt verbunden, „diese Position und die damit verbundene Autorität zur Disposition zu stellen“, so Roth.¹⁴

Toni Morrisons Essays sind auch für viele Schwarze Kulturschaffende in Deutschland wichtige Referenzen, wenn es darum geht, strukturelle Ausschlussmechanismen benennbar zu machen und Lösungsstrategien zu entwickeln. Morrisons Essays sind auch essenziell für das umfassende Verständnis ihrer Romane, doch wurde dieser Kontext in der deutschen Literaturkritik ignoriert und damit auch eine breite Anschlussfähigkeit an hiesige Diskurse unmöglich gemacht. „Das Problem des Rassismus und der Marginalisierung bleibt ein ‚Schwarzes‘ und zudem auf den spezifischen US-amerikanischen Kontext beschränkt“, so Roth.¹⁵ Zudem ließen die meisten *weißen* deutschen Rezensionen von Toni Morrisons Essays eine regelrechte Weigerung einer konkreten inhaltlich-kritischen Auseinandersetzung und einer Anerkennung als Beitrag zum literaturkritischen Diskurs erkennen. Es gäbe deutlichen Widerstand gegen das Konzept *Whiteness* „und der damit verbundenen Auflösung der binären Opposition, die die weiße Seite privilegiert“.¹⁶ Der hegemoniale Anspruch auf die Dominanz gesellschaftspolitischer und kultureller Diskurse bleibt bestehen.

Einige Jahre später wiederholt sich Ähnliches bei Erscheinen des Romans „Brüder“ der deutschen Autorin Jackie Thomae. Der Roman, in dem Thomae die Geschichte zweier ungleicher Brüder erzählt, streift viele Themen: Es geht um Beziehungen, um alleinerziehende Frauen, die DDR, ums Erwachsenwerden, um die Sinnsuche. Die dunkle Hautfarbe der Männer sowie die (rassistischen) Erfahrungen, die sie machen, spielen eine eher nebensächliche Rolle. Nun gibt es in Deutschland Schwarze Personen, die sich nicht mit Rassismus auseinandersetzen (wollen), und die sich nicht als „Schwarz“ bezeichnen. Und auch diese Geschichten sollen, dürfen und müssen in einer multi-perspektivischen Gesellschaft erzählt werden. Nur: Einen Roman, in dem es

11 Vgl. Kupka (Anm. 2); der Autor und Filmemacher Oliver Hardt weist darauf hin, dass Ausstellungen, die andere Themen als die des Kunstbetrieb-Mainstreams behandeln, aufgrund fehlender Kontinuität und Kontextualisierung zumeist vereinzelt wirken und dadurch nicht umfassend diskutiert und für deutsche Diskurse fruchtbar gemacht werden. Vgl. Round Table. Kara Walker's Art in the German Context, 6. 12. 2021, www.youtube.com/watch?v=vigSXSDuB2M.

12 Julia Roth, „Stumm, bedeutungslos, gefrorenes Wissen“. Der Umgang mit Toni Morrisons Essays im *weißen* deutschen Kontext, in: Maureen Maisha Eggers et al. (Hrsg.), *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*, Münster 2020, S. 491.

13 Ebd., S. 492.

14 Ebd.

15 Ebd., S. 491.

16 Roth führt als Beispiele Rezensionen u. a. in der Zeitschrift „Literaturen“, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dem Tagespiegel, der Stuttgarter Zeitung und der „Brigitte“ an. Vgl. ebd., S. 497.

nicht um Rassismus gehen soll, als „Kontrapunkt zu den oft überhitzt geführten Debatten über Identität und Rassismus“¹⁷ oder als „Plädoyer gegen die Gefahr, farbfehlgeleitet durch die Welt zu gehen“¹⁸ zu rezipieren, wird dem Roman nicht gerecht. 2019 war „Brüder“ auf der Shortlist des Deutschen Buchpreises. Umgeben von allgemeinen Feuilleton-Debatten um „Rassismus-Keulen“, „Cancel Culture“ und „Political Correctness“ muss der Roman einer Schwarzen Autorin, in dem es nur am Rande um Rassismus geht, wie eine Erleichterung wirken. Auffällig ist, dass sich die Rezensionen nur darum drehen, wie wenig es in dem Roman um Rassismus geht. Dabei treten alle anderen Aspekte der Handlung in den Hintergrund. Hinzu kommt der bereits oben thematisierte Mangel an Kontinuität. Es mag sein, dass es in Deutschland „bisher keine Entsprechung zu so etwas wie der afroamerikanischen Literaturtradition gibt“,¹⁹ wie es in einer weiteren Rezension der Romans heißt. Allerdings versäumt es die Rezensentin, auf die durchaus existierende Schwarze deutsche Literaturtradition zu verweisen, in deren Kontext sich Thomaes Roman vergleichend diskutieren ließe. Problematisch ist nicht, was diskutiert wird, sondern was *nicht* diskutiert wird.²⁰

Die weltweiten Black-Lives-Matter-Proteste haben in Deutschland zu einer weiteren Sensibilisierung für Anti-Schwarzen Rassismus geführt. Aktionen wie beispielsweise das Teilen eines schwarzen Quadrats in den Sozialen Medien, das am 2.6.2020 zum #blackouttuesday auch viele Kulturinstitutionen in Deutschland posteten, zeigten eine Art Konsens darüber, dass etwas passieren muss. Sie offenbarten aber auch eine große Unwissenheit und Hilflosigkeit gegenüber

einem Thema, dessen Aufarbeitung in Deutschland kaum auf Traditionen zurückgreifen kann. Zwar machen einzelne Wissenschaftler*innen und Initiativen wie die ISD, Adefra oder Each One Teach One e.V. (EOTO) wichtige Arbeit. Weiterhin fehlt es allerdings an der Bereitschaft der Dominanzgesellschaft, dieses generierte Wissen auch in den Kanon zu implementieren und breit zugänglich zu machen. Es fehlt weiterhin an akademischer Verankerung und an Wissenschaftler*innen, die zu Schwarzer deutscher Geschichte und Kultur in Deutschland forschen. Entsprechende Forschung findet fast ausschließlich im Ausland an entsprechenden Instituten statt.²¹ Allerdings geht es nicht allein darum, für marginalisierte Positionen Raum zu schaffen. Es muss darum gehen, ein System zu hinterfragen, um- und neuzugestalten, das diese Marginalisierung überhaupt erst produziert.

FÜR EINE KULTUR DES KONTAKTS

In meinem Essay für die Buchmesse waren sich alle Gesprächspartner*innen ebenso wie die Teilnehmer*innen der „Ersten Indaba“ bezüglich einer gewissen Schiefelage zugunsten marginalisierter (Schwarzer) Autor*innen einig. Die Marginalisierung lässt sich in Deutschland nicht allein aus einer realen quantitativen Differenz erklären, sondern sie ist auch auf systemische Ausschlussmechanismen, die sich aus einem festen Verständnis von *Kultur* ergeben, zurückzuführen. Mangelnde Sichtbarkeit und Förderung sowie eklatante Wissenslücken in deutscher Geschichte und Lebensrealitäten vonseiten eines *weiß* dominierten *Kulturbetriebs* (oder einzelner Individuen) sind demnach nicht Gründe dieser Schiefelage, sondern viel eher Symptome eines Systems, das diese Schiefelage produziert beziehungsweise durch seine Akteur*innen (re-)produzieren lässt. Die Kommunikationswissenschaftlerin Natasha A. Kelly weist in ihren Publikationen immer wieder darauf hin, dass es zentral sei, Diskriminierungsformen wie Rassismus nicht als singuläres Phänomen oder Erfahrungen Einzelner zu

17 Juliane Liebert, Brüder. Das Glück lauert an der Ecke. Wie werden wir, wer wir sind? Jackie Thomae erzählt von zwei afrodeutschen Brüdern, die in verschiedenen Welten leben, 25.9.2019, www.zeit.de/2019/40/brueder-jackie-thomae-roman.

18 Tobias Becker, Jackie Thomae über Herkunft und Heimat. Steckt Deutschsein in den Genen oder im Kopf?, 16.8.2019, www.spiegel.de/kultur/a-00000000-0002-0001-0000-000165454515.

19 Marie Schmidt, Roman von Jackie Thomae. Eine große deutsche Neuigkeit, 14.10.2019, www.sueddeutsche.de/1.4603017.

20 Die Rezeption von Jackie Thomaes Roman habe ich in einem Essay für Deutschlandfunk Kultur ausführlich kommentiert: Identitäten (6/7). Farbe bekennen, www.deutschlandfunk.de/identitaeten-6-7-farbe-bekennen-100.html.

21 Zahlreiche deutsche Akademiker*innen wandern zur Forschung ins Ausland ab, hauptsächlich in die USA, die Schweiz, Kanada und UK. Nicht selten erfährt ihre Arbeit erst dadurch Aufmerksamkeit in Deutschland. Das betrifft u.a. Fatima El-Tayeb, Natasha A. Kelly, Yvette Mutumba, Vanessa E. Thompson oder Alexander G. Weheliye.

begreifen, sondern als „Machtmechanismen, die in Individuen, Gesellschaften oder Institutionen verankert sind und diese negativ beeinflussen“.²² Am Umgang der deutschen Medien und der Politik mit den Black-Lives-Matter-Protesten 2020 bemängelt sie vor allem „ein falsches, verkürztes Verständnis von Rassismus, das seine strukturelle Dimension ignoriert“.²³

Das von Christian Kravagna entwickelte Modell der *Transmoderne* lässt sich zum besseren Verständnis der Funktionsweise dieses Systems mit Blick auf Kunst und Kultur heranziehen. Der Kunsthistoriker Kravagna sieht Moderne, „beziehungsweise das westliche Konzept von Moderne und Modernität“, als „untrennbar mit der auf dem Kolonialismus beruhenden globalen Machtordnung und deren Formationen des Wissens verknüpft“.²⁴ Es sind dieselben Ordnungen, die „Rasse“-Kategorien wie „schwarz“ und „weiß“ auf der Basis rassistischer Ideologien implementierten und die seitdem in unzähligen alltäglichen Gesten reproduziert und gefestigt werden. Ein Grund für diese Kategorisierung sei die Suche nach einer Legitimierung von vermeintlicher Zivilisierung, Ausbeutung, Versklavung und Verfolgung kolonisierter Bevölkerungen mit zumeist dunkler Hautfarbe (Schwarz) durch europäische Kolonisatoren mit heller Hautfarbe (*weiß*) gewesen: „In der Ära der Aufklärung mit ihren Dogmen von Vernunft und Fortschritt wurde der Diskurs von kultureller und ‚rassischer‘ Differenz für die ideologische Bestätigung und machtpolitische Befestigung der kolonialen Grenzen unentbehrlich.“²⁵ Die bis heute hoch geschätzten Errungenschaften der Aufklärung galten nie für alle, sondern ganz ausschließlich für *weiße* (Männer), und durch die Erfindung von Menschenrassen, denen unterschiedliche genetisch bedingte Fähigkeiten zugesprochen wurden, war es künftig möglich, das vermeintlich wissenschaftlich zu untermauern.²⁶ Schwarz und *weiß* in dieser Wirkungsweise sind *weiße* Erfindungen mit dem deutlichen Ziel der Unterwerfung alles Nicht-*Weiß*en.

Die Welt war damals schon komplexer als hier dargestellt und ist seitdem noch komplexer geworden. Doch hilft dieses Definitionsgerüst, einige bis heute wirksame Mechanismen zu verstehen. Es hilft auch zu verstehen, warum der (moderne) *Kulturbetrieb* als ein auf bestimmten Vorstellungen von Kultur basierendes System so ist, wie er ist, und warum eine Einflussnahme gewissen Regeln folgen muss.

Diese „Kolonialität der Moderne“, auf die sich Kravagna bezieht, wurde zunächst in den antikolonialen Schriften nicht-westlicher Autor*innen wie Aimé Césaire und Frantz Fanon einer radikalen Kritik unterzogen. „Scheinbar universale Konzepte von Subjektivität, Rationalität, Fortschritt und Zivilisation wurden aus der Perspektive der Kolonisierten als tragende Elemente eines westlichen Herrschaftssystems benannt.“²⁷ Kravagna sieht die Transmoderne in dieser Tradition „als kritische Positionierung zu den Grenzziehungen und Ausschlussmechanismen der dominanten Euromoderne“.²⁸ Es geht ihm um die „Überwindung des kolonialen Denkens der Grenze, der ‚Rasse‘ und der ethnisch definierten kulturellen Differenz“²⁹ sowie „ihrer kunstideologische[n] Manifestation im modernistischen Dogma der Reinheit der Kunst“.³⁰ Dabei fokussiert Kravagna auf eine „transkulturelle globale Moderne, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus den Kontakten zwischen Akteur/innen unterschiedlicher Herkunft, Positionen im kolonialen Machtgefüge und künstlerisch intellektueller Sozialisierung hervorgeht“,³¹ entgegen der Praxis „der einseitigen Aneignung anderer Kulturen und Ästhetiken in der Euromoderne und der diffusionistischen Vorstellungen, nach der das Neue in den westlichen Zentren produziert würde und dann seine Wirkung auf die Peripherien der Welt hätte“.³² Diesem Ansatz folgend gab es nie einen „Graben“ zwischen Kulturbetrieb und Schwarzen Künstler*innen, die darauf Einfluss nehmen können. Es handelt sich dabei vielmehr um eine Konstruktion, eine künstliche Abspaltung weißer oder europäischer von außereuropäischer Kulturproduktion.

22 Natasha A. Kelly, *Rassismus. Strukturelle Probleme brauchen strukturelle Lösungen*, Zürich 2021, S. 10.

23 Ebd., S. 9.

24 Christian Kravagna, *Transmoderne. Eine Kunstgeschichte des Kontakts*, Berlin 2017, S. 15.

25 Ebd., S. 19.

26 Vgl. u. a. Susanne Wernsing et al. (Hrsg.), *Rassismus. Die Erfindung von Menschenrassen*, Göttingen 2018.

27 Kravagna (Anm. 24), S. 15.

28 Ebd., S. 12.

29 Ebd., S. 15f.

30 Ebd., S. 23f.

31 Ebd.

32 Ebd., S. 50.

EMANCIPATE YOURSELF FROM MENTAL SLAVERY³³

Die Künstler*innen Joana Tischkau und Anta Helena Recke begaben sich gemeinsam mit dem Musikwissenschaftler Frieder Blume und der Dramaturgin Elisabeth Hampe für ihre Ausstellung „Deutsches Museum für Schwarze Unterhaltung und Black Music“ (DMSUBM), die vom 25. August bis zum 3. September 2020 im Museum Angewandte Kunst in Frankfurt am Main zu sehen war, auf die Suche. Hier war von Beginn an klar: Es ist ein deutsches Thema, und es geht darum, vergessene und verdrängte Aspekte deutscher Musikgeschichte herauszuarbeiten und in der Nebeneinanderstellung dokumentarischen Materials wie Schallplatten, CDs, (Auto-)Biografien, Zeitungsartikeln, Plakaten, Interviews und Film- und Fernsehauszügen Schwarze Unterhaltungskultur in Deutschland in der Breite sicht- und kritisch diskutierbar zu machen. Es ging Tischkau und Recke auch darum, sich als Schwarze deutsche Künstler*innen (historisch) zu verorten, in Form eines performativen Ausstellungsprojekts, das sich in einen bestehenden Museumsbetrieb eingliederte.³⁴

Dass das Vorhaben glückte und breit diskutiert wurde, liegt auch an der Bereitschaft der Institution, den Begriff der Angewandten Kunst kritisch zu reflektieren und zu erweitern. Das Museum zeigt sich seit seiner Neupositionierung 2012 als Möglichkeitsraum. Das bedeutet auch, Themen vorzustellen, die Klassifizierungen und überkommene Hegemonien infrage stellen. 2019 wurde die Ausstellung „Contemporary Muslim Fashions“ deutschlandweit kontrovers diskutiert. Ein Teil der Kritik rührte daher, dass die Schau nicht in einem ethnologischen Museum stattfand, das nach wie vor mit vermeintlich

fremden Kulturen assoziiert wird, sondern in einem europäischen Museum und damit selbstverständlich zeitgenössische Interpretationen muslimischer Bekleidungsstraditionen in deutsche Kulturgeschichte einschrieb. 2020 zeigte „Life doesn't frighten me. Michelle Elie wears Comme des Garçons“ zum Höhepunkt der weltweiten Black-Lives-Matter-Proteste eine Melange aus japanischem Avantgarde-Design und Lebensrealität der Schwarzen Designerin und Stil-Ikone Michelle Elie. Die Ausstellung war *auch* (politischer) Kommentar zu Fragen der Repräsentation und Diversität Schwarzer Perspektiven in der Mode und in Museumsräumen. Fünfzig Puppen, die nach Elies Abbild gestaltet waren, verdeutlichten, dass es bei der Ausstellung einerseits um Elies Erfahrung in Kleidern von Comme des Garçons ging, um das Spiel mit Raum und Bewegung, Blick und Darstellung, das Annehmen der eigenen Körperlichkeit, andererseits aber auch um die Besetzung eines politischen Raums, den des Museums, der seit jeher als *anders* kategorisierte entweder ausschloss oder zum ausgestellten Objekt machte.³⁵

Eine derart selbstkritische Auseinandersetzung deutscher Institutionen mit der eigenen Ausstellungspraxis ist noch eher eine Ausnahme. Aktuelle Restitutionsdebatten haben den Druck auf ethnologische Museen erhöht und Dekolonisierungsprozesse vorangebracht. So befasst sich etwa das Museum am Rothenbaum. Künste und Kulturen der Welt (MARKK) in Hamburg seit seiner Neuausrichtung 2018 kritisch mit der eigenen Verwobenheit in den Kolonialismus. Ausstellungen wie „Hey Hamburg, kennst Du Duala Manga Bell?“ oder „Benin. Geraubte Geschichte“ machen zusätzlich die Involvierung Hamburgs in den Kolonialismus als kapitalistisches Projekt deutlich. Mit „Mapping the Collection“ konzentrierte sich 2020 das Museum Ludwig in Köln auf die Lücken in der eigenen Sammlung. Die von Janice Mitchell kuratierte Ausstellung zeigte Arbeiten US-amerikanischer Künstler*innen der 1960er und 1970er Jahre aus der Museumssammlung gemeinsam mit Werken queerer und BIPOC Künstler*innen der gleichen Zeit, die nicht Teil der Sammlung sind: Ein Anstoß zur Er-

³³ „Emancipate yourselves from mental slavery, none but ourselves can free our minds“, aus: Bob Marley & The Wailers, Redemption Song, 1980.

³⁴ Vgl. Mahret Ifeoma Kupka, Das Deutsche Museum für Schwarze Unterhaltung und Black Music, in: Das Wetter. Magazin für Text und Musik 22/2020, S. 32f. In diesem Kontext ist auch die Ausstellung von James Gregory Atkinson „6 Friedberg-Chicago“ im Dortmunder Kunstverein zu erwähnen. Darin beleuchtet er anhand eigens für die Ausstellung entstandener Arbeiten und kollaborativer Projekte einen Teil afroamerikanisch-deutscher Geschichte, auf persönlicher, gesellschaftlicher und politischer Ebene, www.dortmunder-kunstverein.de/de/ausstellungen/aktuell-vorschau/vorschau/james-gregory-atkinson.htm.

³⁵ Vgl. Mahret Ifeoma Kupka, Hold On to Your Love. Was Mode zu Mode macht, in: Martin Seiler (Hrsg.), Ich bin, weil wir sind. Warum Haltung das Miteinander stärkt, Frankfurt/M. 2021, S. 56–61.

weiterung des herrschenden Rezeptionsrahmens US-amerikanischer Kunst. Parallel dazu war im Museum das Langzeitprojekt „Center of Unfinished Business“ der in Berlin ansässigen Onlineplattform Contemporary&³⁶ unter Leitung von Julia Grosse und Yvette Mutumba zu sehen: ein partizipativer Leseraum mit Publikationen, deren Fokus – ebenso wie der der Plattform selbst – auf Kunst und Kultur aus Afrika und der globalen Diaspora liegen. Der Museumsbesuch wurde so weniger zu einer Bestätigung einer überkommenen Vorstellung von Kultur, sondern machte auf Brüche und Entwicklungspotenziale aufmerksam und lud ein, westlich zentrierte Kunstgeschichte zu hinterfragen.³⁷ Der Berliner Kunst- und Projektraum Savvy Contemporary hat seit seiner Gründung 2009 das Ziel, „durch die Kunst Diskurse zwischen dem Westen und dem Nicht-Westen in den Vordergrund zu bringen“.³⁸ Der Ansatz ist theoretisch und kritisch. Es werden Symposien und Diskursveranstaltungen organisiert. Künstlerischer Leiter war von Beginn an der Kurator Bonaventure Soh Bejeng Ndikung, der 2023 die Intendanz am Haus der Kulturen der Welt (HKW) in Berlin übernehmen wird.³⁹

... NOTHING CAN BE CHANGED UNTIL IT IS FACED⁴⁰

Dieser Text kann keine Auflistung Schwarzer Kulturpraxis sein, weil sich diese – und das hoffe ich mit diesem Beitrag zu zeigen – genau dieser Zuschreibung entzieht. Schwarz, geschrieben mit großem S, symbolisiert – in all seiner Ambivalenz – Widerstand gegen ein System, das diese Unterscheidung erst schafft beziehungsweise geschaffen hat. Schwarz ist auch Widerspruch, weil sich darin zugleich Aneignung und Ablehnung finden: Aneignung von Fremdzuschreibung zur Markierung geschaffener Differenz, denn nur

was sichtbar ist, kann auch geändert werden. Ablehnung aber von essentialistischen Ausprägungen zugunsten wechselseitiger Beziehung und Solidarität. Kravagna schreibt: Die „antikolonialen Kritiker/innen [wiesen] die westlichen Konzepte von Humanismus und Universalismus (...) nicht einfach zurück, sondern unterzogen sie einer neuen Interpretation auf Basis der kolonialen Erfahrung und im Rahmen der globalen Allianzen antikolonialer Kämpfe.“⁴¹ Davon ausgehend ändert sich die Perspektive auf Kultur, ihren Betrieb und die Möglichkeiten der Einflussnahme. Werden die Konstruktionsbedingungen mit in die Betrachtung von Kunst und Kultur einbezogen, weitet sich der Blick über vermeintliche Ränder hinaus, werden Verknüpfungen und gegenseitige Einflussnahmen und (Re-)Aneignungen sichtbar. Schwarze Kulturpraxis – oder als solche markierte – ist so nicht mehr in einem Außen verortet, von wo aus auf etwas (Inneres) Einfluss genommen werden kann, sondern *ist* (Teil von) Kultur. Damit einher geht eine Veränderung der Institutionen. Es geht nicht länger darum, vermeintliches Wissen durch Reproduktion zu festigen, sondern die Schönheit des Aufbrechens zu gestalten. Das führt zu prozesshaften (Re-)Präsentationskonzepten, die sich vorsichtig herantasten an eine Zukunft, von der wir selbst noch keine klare Vorstellung haben können.

36 Die Serie „Auf Deutsch“ zeigt aktuelle Kunst- und Kulturproduktionen Schwarzer Künstler*innen aus dem deutschsprachigen Raum: www.contemporaryand.com/auf-deutsch-2/.

37 Vgl. Mahret Ifeoma Kupka, *Paving the Way for Institutional Changes. A Look at Germany's Exhibition Landscape Shows the Importance of Identifying Blind Spots*, 30.9.2020, www.frieze.com/article/paving-way-institutional-changes.

38 Koepsell (Anm. 6), S. 34.

39 Vgl. Margarita Tsomou, *Wir waren nie Peripherie*, 6.10.2021, www.freitag.de/autoren/der-freitag/wir-waren-nie-peripherie.

40 „Not everything that is faced can be changed. But nothing can be changed until it is faced“, James Baldwin.

41 Kravagna (Anm. 24), S. 15.

MAHRET IFEOMA KUPKA

ist promovierte Kunstwissenschaftlerin, freie Autorin und seit 2013 Kuratorin für Mode, Körper und Performatives am Museum Angewandte Kunst in Frankfurt am Main.

www.mahretkupka.de

INTERVIEW

DIE RENAISSANCE DER HAUTFARBE

Ein Gespräch über Kindheitserfahrungen, Identität und antirassistische Diskurse

mit *Ijoma Mangold*

Herr Mangold, in „Das deutsche Krokodil“ erzählen Sie, wie Sie als Sohn einer Schlesierin und eines Nigerianers in den 1970er Jahren in Heidelberg aufgewachsen sind. Sie beschreiben darin, dass Sie sich für alles Afrikanische an sich oder an Ihrem Zuhause häufig eher geschämt haben. Können Sie sich heute erklären, warum das so war?

Ijoma Mangold – Ja, natürlich. Es ist ganz einfach: Menschen oder zumindest Kinder wollen gerne Normalität in ihren eigenen Verhältnissen haben, weil sie ein unbewusstes Gespür dafür haben, dass Abweichung immer mit einer Erhöhung des Risikos einhergeht. Das hat sich heute vielleicht ein bisschen verändert, denn der kollektive Trend läuft auf Individualisierung hinaus. Das war aber in den 70er Jahren nicht so – schon gar nicht bei einem fünfjährigen Kind. Das wäre ja auch absurd. Als Kind wollte ich gerne, dass bei mir alles so ist wie bei allen anderen. Später, als Erwachsener, habe ich gelernt, dass es ein riesiger Vorteil ist, wenn man anders ist, abweichend ist von den anderen, dann hat man in Wahr-

heit in der heutigen Gesellschaft, in der wir leben, lauter Privilegien.

In der Ablehnung dessen, was bei uns anders war, spielte das Afrikanische schon eine Rolle. Aber in Wahrheit stand im Vordergrund vielleicht eher etwas anderes, nämlich der abwesende Vater. Das, was ich als Kind als die größte Gefahr sah, die Schwachstelle, durch die man bedroht werden könnte, war, aus keiner vollständigen Familie zu stammen. Um mich herum hatten alle meine Freunde Vater und Mutter, das war ja noch nicht jene Zeit, die dann erst 20 Jahre später begann, als man die alleinerziehende Mutter zum neuen Mythos des Übermenschen ausrief, sondern das waren noch „ordentliche“ Kleinfamilien. Davon wichen Mama und ich ab, und das fand ich bedenklich. Dem konnte ich nichts Positives abgewinnen. Und ich glaube, das Afrikanische hat die Sache quasi verstärkt, denn die Frage, „Warum gibt es da eigentlich keinen Vater?“, verwies zwingend auf Afrika. Wenn der Vater aus Afrika kommt und nicht anwesend ist, bedient das gleichzeitig – das werde ich

mir als Kind so nicht vorgelegt, aber unbewusst gespürt haben – auch so ein ungutes Klischee, das damals im Schwange war im Kontext der GIs. Heidelberg war Headquarter der amerikanischen Armee. Da gab es viele GIs und ich weiß, dass mich öfter mal Erwachsene fragten, ob mein Vater ein GI sei. Und damit war immer ein Schwarzer gemeint, der sich nach der Zeugung aus dem Staub macht. Und dass es nicht zur Ehre der eigenen Mutter gereicht, wenn sich der Erzeuger aus dem Staub gemacht hat, dieses Gefühl hatte ich als Kind sehr stark, auch wenn die Geschichte faktisch eine völlig andere war.

Sie sprechen in dem Zusammenhang manchmal davon, dass Sie in dieser Zeit gar nicht wirklich Rassismuserfahrungen gemacht haben, sondern eher von Selbstdiskriminierung. Können Sie erklären, was Sie damit meinen?

– Den Begriff „Selbstdiskriminierung“ habe ich nicht verwendet. Aber ich ahne, was Sie damit meinen. Vielleicht würden manche Leute behaupten, dass ich dazu neige, aufgrund meines sonnigen Gemüts negative Erfahrungen zu verdrängen. Aber ich kann ja nur darüber reden, was mir bewusst ist. Und bewusst, würde ich sagen, gab es überhaupt keine rassistischen oder zurückweisenden oder unangenehm ausgrenzenden Erfahrungen. Ganz im Gegenteil, in 99 Prozent der Zeit meiner Kindheit spielte das gar keine Rolle. Es gab immer nur diese klassischen Standardsituationen. Wenn jemand fragte „Wie spricht man denn deinen Namen aus?“, dann musste ich

den logischerweise mehrmals sagen. Und dann kam die Frage „Wo kommt er denn her?“, und da dachte ich mir schon manchmal: Warum bin ausgerechnet ich es, der immerzu sagen muss, wo dieser Name herkommt? Es kam auch vor, dass ältere Damen mir mal übers Haar fuhren und sagten: „So tolle Locken.“ Und natürlich fand ich das auch nicht toll. Ein Trauma war es gleichwohl nicht.

Ich vergleiche das eigentlich immer gerne mit einem angeborenen Fluchtreflex, den zum Beispiel Tiere haben. Bevor das Rehkitz je einen Säbelzahniger zu Gesicht bekommen hat, hat es ja schon den Fluchtreflex, das heißt, ich glaube, dass Kinder schon so eine instinktive Ahnung davon haben, dass Abweichung eine Gefahr sein kann und man damit irgendwie umgehen muss. Und insofern war meine Sorge, dass das möglicherweise nicht gut geht mit meinem seltsamen Vornamen und meinem seltsamen Aussehen. Das war eine rein theoretische Sorge, die durch keine Erfahrung in dieser Wirklichkeit gedeckt war, aber eine, die auch nicht vollständig aus dem heiteren Himmel gefallen ist, sondern gewissermaßen intuitiv. Ich würde sagen: ein anthropologischer Pessimismus, wie er gesünder nicht sein kann. Und ich danke Gott, dass sich all das gar nicht bewahrheitet hat. Trotzdem ist Vorsicht die Mutter der Porzellankiste.

Können Sie nachvollziehen, wenn manche Leute sagen, dass das eine eher untypische deutsche Lebenserfahrung ist?

– Nein, nicht mehr. Ich dachte, während ich das Buch schrieb,

dass das möglicherweise so sein könnte. Ich habe dann aber sehr, sehr viele Lesereisen gemacht. Und da waren viele Menschen mit unfassbar identischen Biografien wie der meinen. Es ist immer der Vater aus Afrika, und er studiert immer Medizin und geht in der Regel nach dem Studium zurück nach Afrika und so weiter. Die Überschneidungen sind verblüffend. Selbstverständlich teilen nicht alle meine Ansichten, aber ich würde tatsächlich sagen, eine deutliche Mehrheit tut das. Und die Frage, wie man dann insgesamt auf die Gesellschaft schaut, ist ja auch noch mal eine andere. Es gibt zum Beispiel Leute – jede Position ist ja legitim und jeder soll seinen Weg finden –, die wie ich keinerlei rassistische Erfahrung gemacht haben, aber trotzdem der Meinung sind, dass unsere Gesellschaft eine rassistische ist, auch wenn sie es selber nie zu spüren bekommen. Ja, ich verstehe diese Haltung. Ich glaube, sie kann konsistent sein. Ich möchte ihr auch nicht den Respekt versagen, aber meine ist es nicht. Und nein, ich glaube nicht, dass es eine Singularitätserfahrung ist, die ich gemacht habe.

„Das deutsche Krokodil“ ist vor kurzem auch auf Englisch erschienen. Wie schaut man aus internationaler Perspektive auf diese Geschichte?

– Das ist total spannend und hat mich auch selber wahnsinnig gefreut. Die engagierte Verlegerin des kleinen englischen Verlags, die selbst aus einer ähnlichen Konstellation kommt wie ich – der Vater Nigerianer und eine deutsche Mutter, allerdings als Kind

schon nach England gezogen –, hat mir viele tolle Lesungen an Universitäten in Oxford und Cambridge organisiert. Und das waren hochinteressante und spannende Begegnungen. Und zwar, weil natürlich der postkoloniale Erfahrungshorizont in UK weiter ist als in Deutschland. Wie sollte es auch anders sein, wir haben eine andere Vergangenheit. Das heißt, auch dieses Genre von Literatur ist – sagen wir mal stichwortartig seit Zadie Smith – wohl etabliert in der Literatur des Commonwealth, während es in Deutschland ein jüngerer Genre ist. Wobei hier zu differenzieren wäre: Es ist ein seit 20 Jahren etabliertes Genre mit Blick auf italienische, türkische, griechische, arabische Einwanderung. Aber mit Blick auf Schwarzsein doch ein jüngerer, da würde ich fast sagen, war mein Buch 2017 eines der frühen oder sogar der ersten. Das ist der erste Unterschied, wenn Sie vor englischem Publikum sprechen. Und dann gibt es an diesen sehr internationalen Universitäten auch eine ganz andere Bandbreite an biografischen Erfahrungen.

Nach einer Lesung kam beispielsweise eine junge Studentin auf mich zu und sagte: „Ihr Buch hat mir so viel gegeben. Ich habe mich so erkannt, das ist bei mir alles ganz genauso.“ Das fand ich sehr schön, nur fiel mir auf, dass sie so gar nicht aussah wie ich. Ihre Eltern waren aus der Mongolei, insofern hatte sie eine ganz andere Geschichte. Aber die Erfahrung, sich 100 Prozent identisch mit der in diesem Fall britischen Gesellschaft zu fühlen, aber qua Aussehen nicht so zu wirken, die teilten wir.

Dieses Moment der visuellen Andersheit, mit der gewissermaßen kein entsprechendes Innenleben korrespondiert, war etwas Verbindendes.

Eine andere spannende Begegnung war mit einem Journalisten Mitte 30, sein Vater Nigerianer und seine Mutter Polin. Er kennt Nigeria recht gut, weil er seine Verwandtschaft dort regelmäßig besucht. Ich war mir hingegen manchmal bei meinem Buch unsicher, ob ich vielleicht in der Beschreibung meiner nigerianischen Familie überhaupt nichts Allgemeines beschrieben hatte, sondern nur den zufälligen Spezialfall meiner Familie und ihrer Verhaltensweisen – auch, weil meine Erfahrungsbasis nicht sehr groß war; sie fußte vor allem auf zwei Monaten, die ich in Nigeria verbracht hatte. Und da war ich ganz beruhigt, als er sagte: Genau so sind die Nigerianer, genau so läuft es ab, genau so ist ihr Habitus.

Ich erinnere mich auch an ein schönes Literaturfestival, auf dem ich mit einer anderen Autorin aus England auf der Bühne saß, die eine ganz andere Geschichte hatte. Für sie war es wichtig, sich endlich zu ihrer schwarzen Hautfarbe zu bekennen, und zwar aus einer sehr nachvollziehbaren Situation heraus: Sie wurde adoptiert von weißen, nordirischen Eltern, die ihr nie gesagt hatten, dass sie schwarz war. Und sie hat sehr, sehr, sehr lange gebraucht, bis bei ihr der Groschen fiel. Das kann man sich vielleicht kaum vorstellen, aber das ist das Interessante an der Hautfarbe: Sie ist etwas Physisches, aber am Ende doch auch etwas sozial Verhandeltes.

Kurzum: Der Horizont an Erfahrungen ist weit. Deswegen, glaube ich, kann auch „Das deutsche Krokodil“ auf ganz unterschiedliche Weise andocken. Ganz viele werden das Buch unbedingt zurückweisen und, so hoffe ich, es auch für einen Skandal halten. Ich bin ein polemischer Naturell, und ich wollte mit dem Buch durchaus einen bestimmten identitätspolitischen Diskurs angreifen und zurückweisen.

Sie haben bereits anklingen lassen, dass Ihre Geschichte womöglich anders verlaufen wäre, wären Sie in der Gegenwart in Heidelberg aufgewachsen. Was wären die größten Unterschiede? – Na ja, der „Exotikbonus“ würde natürlich wegfallen. Das wäre ja nichts Besonderes mehr. Und vor allem wäre es eine grundsätzlich andere Sozialisierungserfahrung. Was sehr wichtig ist, um die ewige Frage nach dem Rassismus sinnvoller zu situieren: Ich war in Heidelberg eine Singularität. Es gab nur einen Menschen mit einem afrikanischen Vater im Umfeld meiner Schule oder der Sportvereine, denen ich angehörte. Wenn Sie eine Singularität sind, dann werden Sie von der Mehrheitsgesellschaft als exotisch wahrgenommen. Aber es gibt in dem Sinne keinen Rassismus gegen Sie, denn Rassismus ist eine kollektive Verurteilung von Gruppenidentitäten. Es gab aber keine Gruppe von Afro-Deutschen in Heidelberg, für die man irgendwelche Klischees oder Schubladen hätte öffnen können, in die man sie steckt – wie es sie selbstverständlich gab für griechische oder türkische

Gastarbeiter. Das heißt, dieses Moment, dass man von anderen wahrgenommen und in bestimmte Schubladen gesteckt wird, ist bei einer Singularität viel schwächer ausgeprägt. Da überwiegt die Neugier, zumal zu einem Zeitpunkt, wo die Gesellschaft insgesamt noch homogener war. Da findet man das natürlich besonders interessant. Und das wäre heute anders.

Es gab mal so eine Übergangsphase. Vor rund 20 Jahren habe ich bei mir plötzlich festgestellt, wenn ich Kinder sah, die einen ähnlichen Teint hatten wie ich, dass ich die immer so besonders liebevoll anschaute und hoffte, dass die meinen Blick erwidern, von Brother zu Brother. Und da kam natürlich nie was zurück, weil die gar nicht wussten, warum der Alte sie so ansieht. Das löste bei denen nichts aus. Die hatten nicht die Idee, dass es irgendwas Verbindendes zwischen uns geben könnte.

Sie haben mal gesagt, dass Sie sich eigentlich aufgrund dieser Singularität nicht zu einer schwarzen Community zugehörig gefühlt haben. Gibt es denn ein solches Community-Gefühl aufgrund von spezifischen geteilten Erfahrungen?

– In den 70er und 80er Jahren, als ich Kind und Schüler war, da gab es einfach keine Community, der ich mich hätte zugehörig fühlen können. Das erste Mal, dass ich mit einer Black Community zu tun hatte, war, als ich nach dem Abitur in die USA reiste und feststellte, dass die mich immer als einen der ihren betrachteten. Das hat mich total irritiert. Ich wusste gar nicht, auf welcher

belastbaren gemeinsamen Erfahrungsgrundlage das stattfand. Es war aber gleichzeitig ein toller Einblick, eine tolle Form des Willkommenseins in einer fremden Community. Aber in Deutschland gab es die nicht.

Heute gibt es das vielleicht auf der Meta-Reflexionsebene. Ich habe mehr Leute mit afrikanischen Wurzeln im Freundeskreis. Ich würde sagen, uns verbindet nicht die Zugehörigkeit zu einer Community, trotzdem können wir uns natürlich bestimmte Geschichten gegenseitig erzählen, wie wir sie anderen nicht erzählen können, die nicht die gleichen Erfahrungen gemacht haben. Es gibt etwas Verbindendes. Aber wissen Sie, wenn wir beide uns lange genug unterhalten, werden wir auch etwas Verbindendes finden. Mit jedem Menschen gibt es irgendwas Verbindendes, man muss nur lange genug suchen, und es ist manchmal spannend und manchmal weniger spannend. Das macht uns noch nicht zu einer Community. Trotzdem würde ich lügen, wenn ich jetzt nicht auch einräumte: Je älter ich werde, desto mehr macht es mir Freude, mehr Leute mit ähnlicher Sozialisierung im Freundeskreis zu haben. Es ist schon so! Warum, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Sie waren viele Jahre Literaturchef bei der Wochenzeitung „Die Zeit“ und arbeiten jetzt dort als kulturpolitischer Korrespondent. Wie präsent sind in Ihrer Arbeit die Themen Kolonialismus und Rassismus, und hat sich das in den letzten Jahren verändert? – Es hat sich total verändert. Es gibt ja quasi gar keine ande-

ren Themen mehr. Sie können das Feuilleton komplett mit postkolonialen Diskussthemem füllen, ohne dass es besonders auffiele. Und das war anders, als ich 2000 anfang als Redakteur. Da spielte das alles noch kaum eine Rolle. Zu der Zeit war ein großes Thema für mich als Redakteur Literatur mit migrantischem Hintergrund. Da gab es eine irrsinnige Fülle und Bandbreite toller Romane. Und spätestens etwa im Jahr 2010 war ein Punkt erreicht, wo klar war, dass ein gutes Drittel der bedeutenden und wichtigen deutschen Gegenwartsauteuren auf eine Migrationserfahrung zurückblickt, von Terézia Mora bis Feridun Zaimoğlu und so weiter. 2017 hat schließlich der verdienstvolle Albert-von-Chamisso-Preis seine Existenz von selbst aufgegeben, sich sozusagen selbst abgeschafft. Der wurde seit Mitte der 1980er Jahre verliehen an Autoren, deren Muttersprache nicht Deutsch war. Und hier sagte man irgendwann: *Mission accomplished*. Es braucht jetzt keine Förderung mehr. Das ist im Mainstream angekommen, es hat sich durchgesetzt. Das war aber trotzdem, wie man jetzt gerade auch im Rückblick sieht, ein ganz anderer Diskurs als der, den wir jetzt führen.

In den letzten drei Jahren haben wir die komplette Fetischisierung der Farbe Schwarz erlebt. Das heißt, das, was noch vor 10 oder vor 15 Jahren als fortschrittlich, weil migrantisch wahrgenommen worden ist, das gilt jetzt als kaum noch der Rede wert, weil: Schwarz muss die Hautfarbe sein. Nur so kann sich die enorme, auratische Aufla-

dung des mir verhassten Begriffs PoC – *People of Color* – erklären. Es geht wirklich um die Hautfarbe. Das ist die große Linie, die wir in diesem Diskurs erleben, die Renaissance der Hautfarbe. Martin Luther King träumte mal von einer Gesellschaft, in der die Menschen nach ihrem Charakter, nicht nach ihrer Hautfarbe beurteilt oder gewürdigt werden. Und das ist jetzt vorbei. Das ist Vergangenheit, das gilt als reaktionär und vorgestrig. Jetzt zählt wieder die Hautfarbe, und sie allein entscheidet darüber, ob man Rederecht hat und ob man etwas beurteilen oder eine Meinung zu etwas beisteuern kann. Das gilt natürlich umgekehrt auch für die weiße Hautfarbe, die in der gleichen Weise quasi-religiös als *das Böse* aufgeladen wird, wie die schwarze als *das Gute*. Und insofern gibt es in meiner Perspektive eigentlich keine Kontinuität aus dieser migrantisch-deutschen Literatur der 2000er Jahre zu den antirassistischen Modediskursen, die wir jetzt erleben. Ich würde sie geradezu als gegensätzlich empfinden.

Würden Sie sagen, dass diese „Fetischisierung“, wie Sie es genannt haben, auch ein Grund dafür ist, warum bei dem Begriff „postkolonial“ die einen schon die Augen verdrehen, während die anderen betonen, dass wir uns nicht genug mit unserer Kolonialgeschichte auseinandersetzen?

– Da würde ich doch gerne differenzieren. Es ist unendlich viel zu gewinnen, wenn wir unseren postkolonialen Blick schärfen und uns für die eigene Kolonialgeschich-

te interessieren, da ist ganz viel Unerzähltes, was spannend ist und was wichtig ist und was natürlich auch zu neuen Werturteilen führt. Das heißt, per se bin ich sowieso immer der Ansicht: Bei allem, was einem ein Mehr an Erfahrung ermöglicht, da ist man auf einem guten Weg. Deswegen finde ich auch das Postkoloniale toll und aufregend. Viele Länder haben völlig unterschiedliche postkoloniale Geschichten. Und auch Deutschland hat eine postkoloniale Geschichte, weil es eben auch eine Kolonialgeschichte hat. Es ist gar nicht zu leugnen, dass das Interesse und die Aufmerksamkeit dafür früher sehr schwach ausgebildet waren. Ich weiß noch, mit welchem Erstaunen ich als Student in den 90er Jahren den Roman „V“ von Thomas Pynchon las, in dem ein ganz entscheidender Erzählstrang vom Genozid an den Herero handelt. Und das war mir etwas völlig Neues. Als Deutscher mit hohem deutschem Geschichtsbewusstsein wusste ich zwar schon, dass wir ein paar Kolonien hatten. Aber wie dieses Aushungern durch den General Trotha stattgefunden hat, davon hatte ich damals als 22- oder 23-Jähriger noch nichts mitbekommen. Ich fand das sehr bedrückend und fand auch da schon: Das muss eigentlich weiter erzählt werden. Ein bisschen später las ich den tollen Roman „Morenga“ von Uwe Timm, der sich desselben Themas in Form eines historischen Romans annahm.

Ich will nur sagen: Postkolonialismus ja – nur dort, wo er zu einer modischen Ideologie wird, wo vor allem die Erwart-

barkeit der Antworten groß ist, diese komplette Überraschungsfreiheit, mit der jedes geschichtliche Erbe in Misskredit gebracht wird, weil es nicht der Moral unserer Gegenwart entspricht, empfinde ich als intellektuell steril. Und vor allem mit der ahistorischen Moralisierung, die den postkolonialen Diskurs fest im Griff hat, kann ich gar nichts anfangen. Ich verweigere mich diesen Werturteilen der *woken* Gegenwart, die heute vorherrschend sind, und finde es todlangweilig, weil es nicht meinem historischen Sinn entspricht. Übrigens: Allein schon durch den Umstand, dass diese Urteile seit drei Jahren herrschen, ist völlig klar, dass sie in drei Jahren schon nicht mehr herrschen werden, sondern dann schon wieder als vorgestrig erscheinen und von einer neuen Normativität überboten worden sein werden. Ich kann nicht jede Vergangenheit daran messen, ob sie den moralischen Erwartungen der Gegenwart entspricht. Dann wird Geschichte tot und steril, dann braucht man überhaupt nicht nach hinten zu blicken, weil die Gegenwart sich nur noch an sich selbst und ihrer eigenen Moral berauschen kann. Ein solcher Blick auf Geschichte, der interessiert mich nicht. Und deswegen habe ich eine große Skepsis gegenüber breiten Teilen des postkolonialen Diskurses. Aber damit meine ich nicht die Auseinandersetzung mit diesen Gegenständen. Da ist noch sehr viel zu leisten.

Haben Sie denn eine Idee, wie man aus dieser Sackgasse wieder herauskommt, in der nur vorgefertigte Denkmuster

aufeinander zu prallen scheinen und es gar nicht mehr weitergeht in dem Diskurs?

– Na ja, ich habe da vielleicht so einen hegelianischen Optimismus, dass ich denke, irgendwann werden die Leute doch an der eigenen Langeweile eingehen. Und das ist ja immer so, wenn etwas orthodox und dogmatisch wird, wie die Religion, wie der Puritanismus im 19. Jahrhundert, dann ruft das oft eine starke Gegenbewegung hervor, und dann kommt ganz sicher die nächste Jugendgeneration und wird diese Orthodoxie und ihre dogmatische Sterilität zurückweisen und wieder ganz andere, neue Fragen stellen. Und dann wird das wieder aufgerissen, dann wird es auch wieder lebendiger. Und ich glaube, so einen Punkt, an dem viele es schon merken, dass so vieles versteinert ist, den haben wir jetzt erreicht.

Das Gespräch führte Julia Günther.

IJOMA MANGOLD

ist Autor, Literaturkritiker und kulturpolitischer Korrespondent der Wochenzeitung „Die Zeit“. 2017 veröffentlichte er seine Autobiografie „Das deutsche Krokodil“. Zuletzt erschien von ihm „Der innere Stammtisch: Ein politisches Tagebuch“.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 11. März 2022

REDAKTION

Anne-Sophie Friedel
Julia Günther (verantwortlich für diese Ausgabe)
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
Robin Siebert (Volontär)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
13-14/2022, 28. März 2022

KINDER UND POLITIK



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz